Nr. 289. 11. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 4 Mk., für das übrige Ausland 5 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 12. Dezember 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Ultramontanismus in Belgien.

Man kann es noch häufig genug in ultramontanen Zeitungen lesen, von ultramontanen Rednern hören, daß die katholische Kirche mit ihren Heilslehren und Heilmitteln den einzig sicheren Schutz gegen das Vordringen des Sozialismus gewähre. Mit Stolz wird immer darauf hingedeutet, wie gegenüber den starken Fortschritten des Sozialismus in den protestantischen Gegenden Deutschlands er nur geringe in den katholischen mache, nur geringe, denn gar keine kann man nicht mehr behaupten, seitdem München und Mainz „über" sind, Köln, Dortmund, Würzburg und Kronach in's Wackeln geriethen. Nun liegt der Grund dafür ja wesentlich daran, daß der langjährige Vertheidigungskampf des Katholizismus gegen die Staatsgewalt der katholischen Kirche in Deutschland einen Einfluß auf das Volk verliehen hat, der sich langsamer lockert als in anderen Ländern. Der Sozialismus kann dort nicht so leicht Boden gewinnen, wo die Priesterschaft, mehr mit dem Volksleben verwachsen, theilweise mit einem starken demokratischen Geiste erfüllt, eine praktische soziale Wirksamkeit von einem gewissen Werth entfaltet. Es sind also besondere historische Ursachen, die vorübergehend die katholische Kirche in Deutschland als ein Bollwerk gegen den Sozialismus erscheinen lassen. Daß es nicht der Geist und die Institutionen der päpstlichen Kirche an sich sind, von denen diese Wirkung ausgeht, das zeigt, von anderen katholischen Ländern abgesehen, keins so deutlich wie Belgien, das als die Hochburg der katholischen Kirche von den Ultramontanen selbst gepriesen wird, und in dem jetzt der Sozialismus im Kampfe gegen die ultramontane wie die liberale Bourgeoisie sich plötzlich zu einer Macht entfaltet hat, die den sozialdemokratischen Parteien keines anderen Landes, auch Deutschlands nicht, nachsteht.

Seitdem der spanische Staatsmann und Feldherr Alba die katholische Kirche als Staatskirche in Belgien wie einen ehernen Fels „stabilirte", hat sie dauernd Gelegenheit gehabt, ihre Segnungen dem Volke zu theil werden zu lassen. Sie war allmächtig noch bis in die Mitte dieses Jahrhunderts. Sie konnte eine Revolution gegen die Aufklärungsbestrebungen des deutschen Kaisers Josef, der als österreichischer Landesherr auch über Belgien gebot, in Szene setzen und sie war treibende Kraft in der belgischen Revolution von 1830, die das protestantische holländische Herrscherhaus aus dem Lande trieb. Die neue belgische Staatsverfassung sicherte der Kirche unbedingte Bewegungsfreiheit zu, die Aufsicht über die Volksschulen und das Recht, selbst so viel Schulen, wie ihr beliebt, zu gründen. Sie hat ihre Rechte nach Möglichkeit ausgenutzt. Selbst über eine eigene katholische Universität verfügt sie in Löwen. Ihre Klöster waren von 779 mit 11 968 im Jahre 1846 auf 1784 mit 30 098 Ordensleuten im Jahre 1890 angewachsen. Auf je 250 Einwohner kam eine Ordensperson, auf je 1½ Gemeinden ein Kloster.

Und dennoch hat der Unglaube in den großen Städten reißend überhand genommen, ist der Sozialismus zu einer Macht im Lande geworden.

Bürgerliche Beurtheiler, wie ein Kritiker, der unter dem Pseudonym „Alius" in den „Preußischen Jahrbüchern" schreibt, wissen sich das nicht anders zu erklären, als aus einer falschen Kirchenpolitik der katholischen Kirche, die in Aeußerlichkeiten verflacht sei und den wahren demüthigen Glauben in dem Volke nicht zu wecken verstanden habe. Sie erkennen es nicht, daß die revolutionirende Macht, die hinter dieser Sinneswandlung des belgischen Volkes steckt, die Industrie war, die nämliche Macht, die das Aeußere des Landes so gewaltig verändert hat seit der 30er Revolution.

Und wenn die katholische Kirche thatsächlich verflacht ist in der Hochburg des Katholizismus, so rührt das gleichfalls her von der industriellen Umwälzung. Denn da die Kirche sich nicht auf die Seite der ausgebeuteten Proletariermassen, sondern, vom Staate begünstigt, sich auf die Seite der Ausbeutenden stellte, wurde sie ergriffen von der kapitalistischen Korruption wie alles, was dem Kapitalismus sich verbündet. So trifft, ohne daß der Kritiker in den „Preußischen Jahrbüchern" es weiß, er den Kern der Sache mit den Worten, in denen er den Zustand der Kirche in Belgien schildert:

„Aus den religiösen Orden sind vielfach religiöse Konkurrenz-Geschäfte geworden, die sich gegenseitig überbieten in Anpreisung ihrer Vorzüge, ihrer Erfolge, ihrer Vortheile, die wie ein großes Handelshaus mit hochmüthiger Eitelkeit die Jahresbilanz ihrer „guten Werke" ziehen, und voll prahlerischer Selbstgefälligkeit die Zahl der gehaltenen Gottesdienste und Predigten, die Namen ihrer vornehmen und reichen Klienten, das Lob und die Auszeichnungen, die ihnen geworden, in ihre Jahrbücher eintragen. Aber gerade deshalb auch die Unfruchtbarkeit an innerlichem, dauerndem Heilserfolg. Es erheben sich prachtvolle Kirchen und Kapellen, herrliche Gemälde, vergoldete Altäre entzücken das Auge, um die Kanzeln renommirter Prediger sammelt sich eine elegante Zuhörerschaft, die „Sprachzimmer" der Klöster werden nicht leer von Besuchern; in großartigen Erziehungsanstalten werden die Söhne und Töchter des Landes von den in der Jugenderziehung berühmtesten Orden herangebildet, tausende von Männern und Frauen — künftige Familienväter und Mütter — gehen aus ihnen hervor, aber die Genußsucht und Frivolität, die Glaubens- und Sittenlosigkeit nimmt gerade dort am meisten zu, wo dieser Ultramontanismus in höchster Blüthe steht; nicht durch ihn, aber trotz seiner. So war es im vorigen Jahrhundert in Frankreich, als die aus der Fäulniß und Widerstandslosigkeit der damaligen Gesellschaft entstandene Revolution, den äußerlich glänzenden ultramontanen Aufbau vom Erdboden fegte; so ist es heute in Belgien, wo die sozialdemokratischen „Legionen" unter den Fenstern der hunderte von Kirchen und Klöstern ihren Parademarsch in die Kammer antreten."

Allerdings nicht durch den Ultramontanismus, aber durch den Kapitalismus, dem er dient, wurden die bürgerlichen Klassen Belgiens korrumpirt und durch die industrielle Revolution wurden trotz des Ultramontanismus die Massen mit dem Geiste des Sozialismus erfüllt, der ihnen die Kraft verleihen wird, die Korruption zu vernichten und die Zukunft des Volkes zu retten trotz Staat und Kirche, trotz Mönch und Kapitalist.

Preßstimmen über die Umsturzvorlage.

Nachdem wir nun wiederholt und ausführlich in unserer Preßstimmen-Sammlung die Stellung wiedergegeben haben, welche die verschiedenen bürgerlichen Parteien zu der Umsturzvorlage der Regierung einnehmen, lassen wir nun noch einige Stellen aus unserer auswärtigen Parteipresse folgen, die sich mit dem neuesten Ergebniß staatsmännischer Regierungskunst beschäftigen. Wir glauben mit dieser in den Nummern 286, 287, 288 und der vorliegenden Nummer enthaltenen Preßstimmen-Sammlung unseren Genossen ein sehr reichhaltiges und sehr brauchbares Material zur Beurtheilung der gegenwärtigen politischen Situation in die Hand gegeben zu haben, von dem sie in den kommenden Wochen jedenfalls vielfach Gebrauch werden machen können.

Die **„Leipziger Volks-Zeitung"** äußert noch einmal: Je fester die gesellschaftliche Ordnung auf der Grundlage der Bedürfnisse, der Anschauung der Massen des Volkes beruht, je mehr sie sich eins weiß mit dem Willen der großen Mehrheit der Staatsangehörigen, um so mehr wird sie die Kraft ihrer Erhaltung in diesem Willen suchen, wird sie im Vertrauen auf das Vertrauen des Volkes alle Angriffe mit kühler Ruhe hinnehmen. Anders, wenn die Erkenntniß in den leitenden Schichten aufdämmert, daß ihre Herrschaft von der größen Mehrheit der Bevölkerung mit wachsender Unlust ertragen wird, daß die Interessen, die sie vertreten, vom Volke mehr und mehr als fremde, ja feindselige Interessen angesehen werden. Dann tritt an stelle der ruhigen Selbstgewißheit ein unsicheres Tasten, ein nervöses Schwanken, und fern von der Zuversicht auf die

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

Im Exil. 25

Roman von Georges Renard. Autorisirte Uebersetzung von Marie Kuner.

O, wenn René wollte! begann die Mutter wieder. Mein Vetter Grandie hat ebenso viel, wenn nicht noch größeren Einfluß, als da er Senator unter dem Kaiserreich war. Er hat mir gesagt, daß er Deine Begnadigung erwirken will, wenn Du darum nachsuchst und versprichst, Dich nicht mehr mit Politik abzugeben.

So ist es, sagte René bitter, wenn ich versprechen will, ganz artig zu sein, d. h. meine Ueberzeugungen zu verleugnen, den Kopf zu neigen und die Knie zu beugen, dann werde ich das Recht haben, wieder ein Vaterland zu besitzen. Um diesen Preis niemals, Mutter! Ein für allemal bitte ich Dich, erlaß es mir, auf dergleichen Vorschläge zu antworten.

Frau Messant schwieg betrübt. Aber René wurde wieder von schmerzlichen Wünschen gequält, die diese Worte seiner Mutter in ihm wachriefen. Vor allem fühlte er, daß die Reise seiner Eltern nach Frankreich ihr Verlangen, dorthin zurückzukehren, nur verstärkt hatte, und er litt, weil er ihrem Leiden ebenso wenig wie dem seinigen ein Ziel setzen konnte. Als wirklich bekümmerte Seelen vegetirten die beiden Alten seit ihrer Rückkehr unbeschäftigt, traurig, von der Langenweile verzehrt. René sagte ihnen dann immer wieder:

Ihr müßt ausgehen, Ihr müßt Euch zerstreuen.

Er hütete sich, seiner Mutter etwas von seiner Liebe zu sagen, die sie als eine schreckliche Gefahr, ihren Sohn für immer an die Schweiz zu fesseln, bekämpft hätte. Aber er trieb sie auf alle Weise dazu, die Damen Krantz zu besuchen, überhaupt alle Personen, die sie kannte und warum auch nicht Frau Roveray? Ihr Sohn, der nach Deutschland abgereist war, war vorher gekommen, um ihr Ade zu sagen. Das war eine Höflichkeit, die eine Erwiderung verdiente.

René selbst verzichtete in diesem Jahre auf alles gesellige Treiben. Er hatte verschiedene Gründe dazu, ohne den allerbesten zu rechnen, den er aber nicht verrieth. Er wollte Ersparnisse machen, ferner irgend eine große schriftstellerisch: Arbeit vornehmen, die ihm die Rückkehr nach Frankreich ermöglichen und seine Freunde an die Existenz des Autors wieder erinnern sollte. Vor einigen Wochen hatte er von Lucien folgenden Brief erhalten:

Mein lieber Freund!

Ich schicke Dir zweitausend Franks .... die Du gewinnen kannst. Die Akademie für Moralwissenschaft und Politik hat für das nächste Jahr ein Preisausschreiben erlassen. Den Preis erhält: „das beste Werk, das die Nothwendigkeit der Erkenntniß, daß die Gewissensfreiheit in den Einrichtungen und Sitten immer mehr einzuführen ist, behandelt. Uff! Der Satz ist dafür, daß er akademisch sein soll, nicht gerade leicht. Aber denke trotzdem einmal darüber nach. Jeder Preisbewerber kann sich die Form, in der er das Thema behandeln will, selbst wählen. Sogar die Form des Romans ist gestattet. Und merke Dir vor allem: Die Manuskripte müssen anonym sein und nur ein Motto tragen, das auf dem Kouvert, welches den Namen des Autors birgt, wiederholt werden muß. So kannst Du der ehrwürdigen Akademie einen schönen Streich spielen, wenn Du Dich von ihr krönen läßt. Ans Werk also! Vertheidige die Ideen, die ja auch die Deinigen sind. Du hast bis zum 31. Dezember Zeit. Wer weiß, welche Folgen ein Erfolg für Deine Zukunft haben würde? ...

René war entschlossen, das Abenteuer zu unternehmen, und ohne irgend jemand außer Lucien etwas zu sagen, füllte er Blatt um Blatt mit seiner kleinen zierlichen Schrift.

Seine Mutter hatte unterdessen ihre wiedererwachte Bewunderung für Paris den Damen Krantz anvertraut, die sie eines Tages zu Frau Roveray mitgenommen hatten. Sie war nicht weiter erstaunt, als sie Annette dort fand. René hatte ihr ganz nebenher mitgetheilt, daß er ihr zwei- oder dreimal auf einem Gebirgsausflug und bei Besuchen begegnet sei. Einen Augenblick lang stieg etwas wie Argwohn in ihr auf, als sie das junge Mädchen so frisch, so hübsch und vor allem so liebenswürdig ihr gegenüber sah. Um ihren Sohn auf die Probe zu stellen, erging sie sich in Lobeserhebungen über das reizende Kind, wie sie Annette nannte. Er besaß die Selbstbeherrschung, dazu zu schweigen. René begnügte sich mit den stummen Begegnungen, bei denen er ihr fast allabendlich seine ganze Seele in einem Blicke schenkte, und mit der geheimnißvollen Rolle, die er ihr in seinem Roman gab. Dieser erzählte die Geschichte der Ehe eines Katholiken mit einer Protestantin, und dabei hatte René beständig Annette vor Augen. Er schuf seine Heldin nach dem Bilde der Geliebten seines Herzens und träumte, wie er ihr einen geachteten Namen geben wolle, und wie ihn jedes beschriebene Blatt ihr um einen Schritt näher bringe.

Plötzlich wurde er aus der Ruhe herausgerissen, unter der er sein künftiges Glück sorglich verbarg. Seit längerer Zeit schon hatte René's Vater über Kopfschmerzen und Schwindelanfälle geklagt. Er, der das Leben und der gute Humor selbst gewesen war, wurde trübsinnig und schweigsam und saß stets zu Hause. An einem warmen Tage im September, nach dem Frühstück, sank er plötzlich mit unartikulirten Lauten in seinen Stuhl zurück und griff mit der Hand nach der Kehle, als wenn er erstickte.

(Fortsetzung folgt.)

dauernde Nothwendigkeit der eigenen Herrschaft, auf die dauernde Anerkennung dieser Herrschaft durch die weiteren Volksschichten, rufen die Vertreter des Bestehenden nach äußerer Gewalt, nach den Mitteln des Zwanges und des Strafgesetzes.

Das „Volksblatt" in Harburg sagt: Wissen doch gerade wir Sozialdemokraten es ganz genau, daß auch in der hohen Politik nichts so heiß gegessen wird, als es gekocht ist und daß der Lärm der „Ordnungsstützen" stets um so größer ist, je weniger dahintersteckt, d. h. je weniger irgend ein kommender Rummel sich mit dem vorhandenen Bedürfniß in Einklang bringen läßt.

Und wenn dann vielleicht die widerborstigen Reichsboten nach Hause geschickt werden und unter der geschmackvollen Devise: „Gegen den Umsturz!" ein neuer Reichstag zusammengetrommelt wird, so können wir das Resultat dieser Arbeit den staatsmännischen Schlaumeiern schon heute mit apodiktischer Gewißheit voraussagen: die breitesten Volksmassen wissen es längst, daß unter jener Devise lediglich ein neuer Raubzug der blaublütigen Schnapsbrenner, der Schlotbarone und sonstigen Ordnungsstützen inszenirt werden soll, dessen Kosten das Volk — das wahre Volk — zu tragen hätte!

Die „Norddeutsche Volksstimme" in Geestemünde schreibt: Vielleicht hat man in bürgerlichen Kreisen geglaubt, daß die von der Sozialdemokratie gezeigte Gleichmüthigkeit nur eine scheinbare sei, aber da irrt man sich ganz gewaltig. Freilich, wird die Vorlage Gesetz, so brechen unzweifelhaft eine Menge neuer Strafen, Chikanen ꝛc. über uns herein; jedoch glauben zu wollen, durch derartige Maßregeln die Partei vernichten zu können, dazu gehört schon eine ziemliche Portion Unverständniß der einfachen Thatsachen. Die geschichtliche Entwicklung geht trotz Umsturzgesetz und allem, was drum und dran ist, ihren Weg ruhig vorwärts, die geschichtliche Entwicklung aber ist es, auf der die Sozialdemokratie sich aufbaut.

Auf die Schanzen! Das ist der Ruf, der in diesen Tagen durch die Reihen der Parteigenossen geht. Wir sind überzeugt, er wird gehört werden. Wir führen in dem bevorstehenden Kampfe nicht die Machtmittel der brutalen Gewalt. „Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren, mit Flint' und Speer nicht kämpfen wir. Es führt zum Sieg der Freiheit Schaaren des Geistes Schwert, des Rechts Panier." So wollen wir es halten. Wohl wird in dem Kampfe der Einzelne schwer betroffen werden, Dieser oder Jener wird stürzen, die Lücken aber sofort wieder auszufüllen, stehen Unzählige bereit.

Un so sei es denn! Schwere Tage stehen uns bevor, aber helle Begeisterung durchglüht unsere Herzen, mag da kommen was will, wir weichen und wir wanken nicht!

Unser der Sieg — trotz alledem!

Zum neuesten Attentat auf die Immunität des Reichstags.

Das Ersuchen des Berliner Staatsanwalts, der Reichstag möge ihm die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abgeordneten Liebknecht ertheilen, der neulich bei der Eröffnungs-Sitzung des Reichstags in das Hoch auf den Kaiser nicht mit eingestimmt hatte, ist seitens des Reichstags der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen worden. Und wie sich erwarten läßt, wird diese Kommission dem Reichstag vorschlagen, den Antrag des Staatsanwalts abzulehnen, was der Reichstag auch, allem Herkommen nach, vermuthlich thun wird. Zu hoffen ist aber gleichzeitig, daß der Reichstag, wenn die Sache zur Debatte kommt, den Angriff des Staatsanwalts auf die Unantastbarkeit der Abgeordneten so energisch zurückweisen wird, daß sich strebsame Staatsanwälte in Zukunft andere Versuchsobjekte für ihre Experimente aufsuchen werden.

Vorläufig kann man jedenfalls konstatiren, daß fast die ganze Presse aller Parteien sich einmüthig gegen dieses Attentat auf die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertreter verwahrt hat, — allerdings mit einigen ehrenwerthen Ausnahmen.

Zu diesen ehrenwerthen Ausnahmen gehört natürlich in allererster Linie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", das Blatt, das zwar keine eigenen politischen Prinzipien hat, aber dafür doch ein anderes Prinzip, nämlich: die Ansichten der preußischen Regierung, mögen diese Ansichten auch noch so schnell wechseln, stets schleunigst zu den seinigen zu machen. Die „Norddeutsche" hatte von der geplanten Aktion des Staatsanwalts offenbar schon Wind bekommen, bevor die Sache noch in die Welt hinaus telegraphirt war, und sie brachte deshalb schon Montag Abend einen zornentbrannten Artikel über den Frevel der Sozialdemokraten mit dem nach ihrer Meinung unumstößlichen Beweis, daß diese bestraft werden müssen. Sie schrieb:

Das unerhörte Verhalten, mit welchem der Reichstags-Abgeordnete Singer und verschiedene seiner sozialdemokratischen Fraktionsgenossen es gewagt haben, einen schrillen Mißton in die erste Parlamentssitzung im neuen Reichstage hineinzutragen, hat einen einmüthigen Schrei der Entrüstung im ganzen deutschen Lande hervorgerufen. Das gesunde monarchische Grundempfinden des ganzen Volkes bäumt auf bei diesem Faustschlage, der es direkt ins Gesicht getroffen, und mit energischerem Proteste noch, als der Reichstags-Präsident (!), weist es diese augenfällige Verhöhnung zurück, mit der in geflissentlicher Verweigerung einer nicht nur durch den parlamentarischen Gebrauch gebotenen, sondern auch vom lebendigen Volksbewußtsein erforderten Ehrfurchtsbezeugung gegen Se. Majestät den Kaiser die sozialdemokratischen Abgeordneten vermeint haben, ihrer revolutionären Gesinnung Ausdruck geben zu müssen.

Nach diesem Widerhall, den der einmüthige Entrüstungsschrei des deutschen Volkes in der Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" findet, wird dann dargelegt, daß die Abgeordneten durch Artikel 30 der Reichsverfassung nur für die Aeußerungen straflos bleiben, die sie in Ausübung ihres Berufes als Volksvertreter thun, daß aber aus dieser Bestimmung nicht folge, daß alle Aeußerungen derselben, die sie in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete thun, auch straflos sind, wenn sie die gesetzlichen Schranken überschreiten und den Thatbestand eines durch das Wort zu begehenden Verbrechens (Hochverrath, Majestätsbeleidigung, Verleumdung, Injurie) enthalten. Eine Majestätsbeleidigung oder Hochverrath begehe ein Abgeordneter doch nun und nimmermehr „in Ausübung seines Berufs"!

Das Ende des Liedes ist: die betreffenden Sozialdemokraten müssen nach Plötzensee, und der Reichstag muß Ja und Amen dazu sagen.

Aber abgesehen von dieser „Norddeutschen Allgemeinen" und der „Kreuz-Zeitung", die sich in der Sache auf eine kurze Notiz beschränkt, aber ebenfalls gegen eine Majestätsbeleidigungsklage nichts einzuwenden hat, müssen wir doch konstatiren, daß sich sonst die ganze Berliner Presse im großen und ganzen ablehnend gegen die geplante Vergewaltigung der Reichsverfassung ausgesprochen hat.

Der fromme „Reichsbote" glaubt zwar, das Verhalten der Sozialdemokraten im Reichstage durchaus verurtheilen zu müssen, ist aber doch der Meinung, daß es besser gewesen wäre, wenn der Reichskanzler sich darauf beschränkt hätte, eine Aenderung der Disziplinarordnung des Reichstages zu beantragen und wenn man von der Majestätsbeleidigungs-Klage gegen Liebknecht ꝛc. abgesehen hätte. Daß er sich bei dieser Gelegenheit auch den Blödsinn leistet, gerade den Abgeordneten Singer als besonders strafwürdig hinzustellen, weil dieser „das Sitzenbleiben mit Worten erläutert habe, welche ganz unzweifelhaft eine schwere Majestätsbeleidigung enthielten" (während Singer sich zur Zeit des „Hochs" gar nicht im Sitzungssaal befand, sondern erst später hineintrat und dann das Verhalten unserer Abgeordneten begründete), das kann man dem antisemitischen „Reichsboten" nicht weiter übel nehmen.

Auch die „Kölnische Zeitung" meint, die Reichstags-Mitglieder müßten umsomehr auf baldige Ergänzung der jetzt unzureichenden Disziplinarmaßregeln Bedacht nehmen, als derartige Fälle bereits früher mehrfach Anlaß zu schweren Klagen auf Kosten des öffentlichen Ansehens des Deutschen Reichstags Anlaß gegeben hätten und als eine Wiederholung solcher Szenen bei dem stetigen Sinken des sozialen Niveaus der Reichstags-Mitglieder (das heißt: es kommen immer mehr Sozialdemokraten in den Reichstag!) immer wahrscheinlicher werde.

Aber dann fährt sie doch fort: „Die juristische Konstruktion, welche zu dem Antrag geführt hat, ist eine Glanzleistung juristischer Findigkeit im Auslegen von Verfassungsbestimmungen. Aber damit ist auch alles erschöpft, was man zu ihrem Lobe beibringen kann. Sie hält sich an den Buchstaben, um den Geist zu tödten. Der Reichstag wird sich schwerlich auf diese einschränkende Auslegung des Begriffs der Immunität einlassen. Alle Achtung vor dem Spürsinn, der herausgebracht hat, daß daß Sitzenbleiben weder eine Rede noch eine Abstimmung ist, auch Hut ab vor der Deutungskunst, welche erklärt, wenn ein Abgeordneter in seinen Reden verleumde und beleidige, so thue er das nicht in Ausübung seines Berufes. Nur wird dadurch der Sinn der verfassungsmäßigen Immunität eines Theils seines Inhalts entleert. Denn der Sinn der Verfassungsbestimmung ist der, daß der Abgeordnete nicht wegen Aeußerungen verfolgt werden kann, die ihm sonst nicht straflos hingehen würden. Die Immunität wäre ein wesenloser Schatten, wenn sie nur Aeußerungen deckte, in denen der Strafrichter auch unter anderen Umständen keine Handhabe zum Einschreiten finden würde. In diesem Falle wäre ja der Abgeordnete nicht mehr geschützt als jeder andere Bürger. Die Bedeutung der Immunität liegt aber darin, daß sie dem freien Wort, dem ehrlichen Manneszorn selbst in den Zeiten ärgster reaktionärer Willkür eine feste Zufluchtsstätte sichert.

Die „National-Zeitung" ist ebenfalls nicht geneigt, diesen Majestätsbeleidigungs-Rummel mitzumachen. Sie sagt: Herrn Singer's Worte vom 6. d. M., wie anmaßend und verletzend für das Volksgefühl sie auch waren, stehen danach unter dem Schutze des Art. 30 der Verfassung. Ein Antrag der Staatsanwaltschaft an den Reichstag, die Einleitung einer Untersuchung wegen dieser Worte zu gestatten, würde sicherlich mit größter Mehrheit, wenn nicht einstimmig abgelehnt werden. Es ist klar, daß die parlamentarische Redefreiheit überhaupt beseitigt wäre, sobald es den Staatsanwaltschaften und Gerichten frei stände, zu unterscheiden zwischen Worten, welche durch die Redefreiheit geschützt wären, und solchen, auf welche dies nicht zuträfe. Wollte man es etwa nach dem Schluß der Session, wo es keiner Genehmigung des Reichstags zur Erhebung einer Anklage mehr bedarf, mit einer solchen wegen der sozialdemokratischen Aeußerungen vom 6. d. M. versuchen, so würde die Regierung dadurch die größte Thorheit begehen, welche gegenüber der Sozialdemokratie unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich wäre: die Regierung würde sich in einen Kampf mit ihr einlassen, in welchem die Sozialdemokratie den Reichstag und die öffentliche Meinung auf ihrer Seite haben würde.

Das christlich-soziale „Volk" schreibt sehr zutreffend: Grundsätzlich halten wir das Vorgehen für nicht gerechtfertigt. Sehr bedenklich ist uns schon immer die gerichtliche Praxis vorgekommen, in der Unterlassung des Aufstehens beim Hoch eine Majestätsbeleidigung zu sehen. Gewiß kann darin eine Majestätsbeleidigung liegen. Aber sie muß nicht darin gefunden werden. Es ist sehr wohl denkbar, daß ein Republikaner, der gegen den Träger der Krone nichts besonderes einzuwenden hat, und nicht daran denkt, ihn beleidigen zu wollen, doch bei dem Hoch sitzen bleibt, um seiner antimonarchischen Gesinnung Ausdruck zu geben.

Dann weiter: Es wäre doch ein Widersinn ohne gleichen, wenn die stärkste wörtliche Beschimpfung des Kaisers straflos bleiben müßte, während die mildeste, rein passive Art der Majestätsbeleidigung, wie sie in dem Sitzenbleiben liegt, bestraft würde. Solchen Unsinn kann man doch verständigerweise nicht aus der Reichsverfassung herauslesen.

Die „Kölnische Volkszeitung" schreibt: Der entscheidende Punkt ist unseres Erachtens, daß die zweifellos vorliegende und allem Anscheine nach auch geplante Ehrfurchtsverletzung innerhalb des Reichstages vorgekommen ist und sofort ihre disziplinäre Ahndung durch den Präsidenten gefunden hat. Das ist unseres Erachtens für den Reichstag entscheidend. Der Staatsanwaltschaft entgegen dem bisherigen Gebrauch Dienste zu leisten hat der Reichstag keinen Grund. Um so weniger, als eine etwaige Verurtheilung der Demonstranten zu wunderbaren Konsequenzen führen würde: wenn ein Sozialdemokrat im Reichstag mündlich die größte Majestätsbeleidigung begeht, so ist er nach Artikel 30 der Verfassung straflos; wenn er beim Hoch auf den Kaiser sitzen bleibt, so soll das nach Ansicht der Staatsanwaltschaft strafbar sein — wir möchten den Reichstag nicht in Wege einlenken sehen, welche zu einer derartigen Folgerung führen. Außerdem ist in Betracht zu ziehen, daß der Reichstag keine Veranlassung hat, die Geschäfte der sozialdemokratischen Fraktion zu besorgen. Ein politischer Prozeß aus diesem Anlaß würde den Herren gerade jetzt trefflich munden. Man darf wohl erwarten, daß der Reichstag ihnen nicht diesen Gefallen thut.

Die „Vossische Zeitung" äußert: Diese scheinbar offiziösen Auslassungen werden auf die meisten Volksvertreter und Richter eine gelinde verblüffende Wirkung ausüben. Denn bisher war man allenthalben der entgegengesetzten Meinung, nämlich, daß ein Abgeordneter wegen der Aeußerungen, die er im Reichstage thut, in keinem Fall vor die Gerichte gezogen werden kann.

Hätte der Reichstag bei der Verhandlung über die Verfassung an die Möglichkeit eines solchen Prozesses gedacht, so hätte er sicher eine noch bestimmtere Formel gefunden, um auszudrücken, daß Abgeordnete wegen ihrer Thätigkeit im Reichstage, worin sie auch bestehe, nicht strafrechtlich verfolgt werden sollen. Denn das war die Absicht, die mit Artikel 30 verfolgt wurde.

Die „Freisinnige Zeitung" sagt: Die Auslegung der „Nordd. Allg. Ztg." geht noch erheblich über die von uns angenommene Begründung der Staatsanwaltschaft hinaus und würde schließlich die gerichtliche Verantwortlichkeit der Reichstags-Abgeordneten für alle Aeußerungen herstellen. Die Anerkennung derartiger Schlußfolgerungen würde also thatsächlich auf die Aufhebung der Immunität der Reichstags-Abgeordneten hinauskommen; denn man könnte dann in jedem einzelnen Falle bestimmte Aeußerungen so auslegen, daß sie nicht in Ausübung des parlamentarischen Berufs gethan sind. Diese Auslegung widerspricht offenbar dem ganzen Sinn des Artikels 30, nach welchem zweifellos die Redethätigkeit im Reichstage überhaupt als Ausübung des Berufs anzusehen ist.

* * *

Wie unsere Leser bereits aus dieser Uebersicht ersehen, haben sich mit Ausnahme der Regierungspresse die Blätter aller Parteien gegen die geplante Vergewaltigung ausgesprochen. Wir müssen mit der Wiedergabe der Preßstimmen über diese Angelegenheit heute schließen, obgleich uns noch viele interessante Aeußerungen vorliegen, kommen aber nächster Tage noch auf die Sache zurück.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Dezember.

Aus dem Reichstage. „Es rast der See, er will sein Opfer haben". Dieses Opfer aber soll unser Genosse Liebknecht sein, weil er dem „Hut die Reverenz verweigert hat". Deshalb lag heute bereits ein Antrag des Staatsanwalts auf Strafverfolgung gegen unseren Genossen vor, den der Herr Präsident damit aus dem Bereich der vorläufigen Erörterungen im Hause zog, daß er in Vorschlag brachte, den Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission zur schleunigen Erledigung zu überweisen. Die genannte Kommission wird nach altem Brauch vorschlagen, dem Antrag keine Folge zu geben.

Die Verhandlungen über den Etat wurden eingeleitet durch eine Programmrede, welche der neue Kanzler verlas. Was Fürst Hohenlohe vorgelesen hat, müssen unsere Leser im stenographischen Bericht aufsuchen, im Hause war auf der linken Seite kein Wort zu verstehen.

Graf von Posadowsky trug darauf das übliche Finanzexposé von, dessen Schlußergebniß die Forderung neuer Steuern ist.

Aus dem Hause ergriff zunächst der Abgeordnete Bachem für das Zentrum das Wort. Aus der Rede dieses Herrn erfuhren wir, daß Fürst Hohenlohe in seiner Vorlesung Abbitte für seine früheren Sünden als bayerischer Kulturkämpfer geleistet hat. Der Zentrumsredner nahm von dieser Abbitte Notiz, meinte aber, daß er und seine Freunde sich vorläufig aufs Abwarten legen wollen, was die Zukunft bringt. Ziemlich klar scheint sich das Zentrum heute aber schon den neuen Steuern gegenüber zu sein.

Wenn wir den Redner recht verstanden haben, so sind seine Freunde und er der Meinung, daß das Budget balanciren wird ohne neue Steuern.

Das bedeutet schlechte Aussichten für Herrn Miquel! — Recht diplomatisch sprach sich Herr Bachem gegenüber der Umsturzvorlage aus. Da scheinen die Herren auch erst abwarten zu wollen, was für die Zustimmung geboten wird.

Da von der Rechten heute keiner reden wollte, ein Vertagungsantrag aber abgelehnt wurde, so mußte nach Bachem, Richter reden, also zwei Abgeordnete der „Opposition" hinter einander.

Der freisinnige Redner ging u. A. auch auf die aus so „seltsamen Gründen und unter so eigenthümlichen Begleitumständen" erfolgten Kanzler- und Minister-Stürzereien der letzten Wochen ein und er war neugierig genug, sich von Herrn v. Bötticher, der alle Entlassungsurkunden gegengezeichnet hat, nähere Auskunft über die Vorgänge zu erbitten. Besonders bat Herr Richter, auch einiges Licht auf die Thätigkeit des Chefs des Zivilkabinets zu werfen, der bei allen Vorgängen scheinbar die Rolle des Zwischenträgers übernommen hatte, der die „seidene Schnur" in die Ministerhotels zu tragen hat. Sonst gab Richter besonders den Agrariern einige recht bittere Pillen zu schlucken, nach denen sie anscheinend ihren Eifer im Kampfe für Religion, Ordnung und Sitte von der Höhe der Bezahlung abhängig machen, die dafür abfällt.

Nach Richter erklärte der Staatssekretär von Bötticher, daß er es ablehnen müsse, auf eine der gestellten Fragen zu antworten. Bötticher bestritt auch, daß Graf Eulenburg im Ministerrath Vorschläge gemacht habe, die auf einen Staatsstreich und Verfassungsbruch abzielten, wie Richter angedeutet hatte. Das war vorauszusehen. Es bedurfte aber der Beantwortung auch nicht, in Deutschland weiß nachgerade alle Welt, woran man ist. Morgen bei Fortsetzung der Debatte wird nach den Rednern der Rechten Liebknecht sprechen.

Fürst Hohenlohe und die Parteien. Das einzig bemerkenswerthe an der Rede des neuesten Reichskanzlers ist seine Stellung zu der Politik Caprivi und zu den Konservativen und zur Zentrumspartei. Aus der Rede des Fürsten Hohenlohe geht hervor, daß er in Sachen der Kolonial- und Zollpolitik ganz andere Bahnen einschlagen will als sein Vorgänger, wenn er auch in bezug auf die Handelspolitik den in den Handelsverträgen eingegangenen Verpflichtungen sich nicht entziehen kann. Dementsprechend waren die Konservativen mit dem neuen Reichskanzler sehr zufrieden. Diese Zufriedenheit dürfte sich noch gesteigert haben, als auch der Reichsschatzsekretär Graf Posadowsky in beweglicher Weise von der Noth der Landwirthschaft erzählte. Der Zentrumspartei suchte sich der neue Reichskanzler zu nähern, indem er das Zusammenwirken der kirchlichen Autoritäten mit denen des Staates betonte, was verständnißvolle Zustimmung im Zentrum fand. —

Zum Fall Liebknecht. Unser Wiener Korrespondent sendet uns die folgende Depesche:

Die Verfolgung des Abgeordneten Liebknecht erregt in Wiener politischen und parlamentarischen Kreisen das größte Aufsehen. Der wegen seiner konservativen Gesinnung bekannte Reichsraths Chlumetzky erklärte, daß nach seiner persönlichen Rechtsüberzeugung die Verfolgung eines Abgeordneten wegen des Nichteinstimmens in das Hoch auf den Monarchen unmöglich sei. —

Der Großherzog von Hessen und die Gründung des Deutschen Reiches. Der französische General Ducrot veröffentlicht jetzt Memoiren über die Ereignisse von 1870/71, aus denen hervorgeht, daß der Großvater des jetzigen Großherzogs bereit war mit den Franzosen gemeinsame Sache zu machen, ja einen Theil seines Landes abzutreten, wenn er mit badischen Gebietstheilen entschädigt werden würde. Nationalliberalen Blättern ist dies recht unangenehm, was aber nichts an der Thatsache ändert. Wenn die Umsturzvorlage angenommen werden wird, dürfte es nicht mehr möglich sein, solche historische Thatsache zu berichten, werden doch die Staatsanwälte und Richter nicht fehlen, die den Veröffentlicher wegen Herabwürdigung der Monarchie von den neuesten Früchten deutscher Gesetzgebungskunst kosten lassen. —

Sozialdemokratische Resolution gegen die Umsturzvorlage. Eine von 2500 Personen besuchte Volksversammlung, welche am 9. Dezember in Breslau abgehalten wurde, faßte einstimmig die folgende Resolution:

„Die heute im Etablissement „Deutscher Kronprinz" tagende, von mehr als 2500 Personen besuchte Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Bruno Schoenlank einverstanden. Sie betrachtet die sogenannte Umsturzvorlage als ein gemeinschädliches, dem Kulturfortschritt widerstrebendes Produkt, welches geeignet ist, die friedliche Entwicklung zu hemmen. Sie erblickt in der Vorlage eine Bankrotterklärung der herrschenden Klassen, dazu angethan, Furcht und Schrecken zu erregen, um unter diesem Merkmal um so bequemer einen neuen Aderlaß am Volkskörper vornehmen zu können. Die Versammelten erklärten: Der Blut- und Eisenpolitik der herrschenden Klasse den stählernen Willen der Arbeiterschaft entgegen zu setzen und sie verpflichten sich, jetzt schon darauf hinzuwirken, daß bei einer Reichstagsauflösung Breslau durch Sozialdemokraten vertreten ist." —

Die Antisemiten haben alle Veranlassung, gegen die Umsturzvorlage einzutreten. Abgesehen von Preßstimmen liegt aus dem antisemitischen Lager vorläufig blos eine Aeußerung des Abg. Böckel vor, die er, ohne für

die ihm nahestehenden Abgeordneten sprechen zu können, in einer auch von Sozialdemokraten besuchten Versammlung gethan hat. Er erklärte sich als Gegner der Vorlage, bezeichnete sie als schlimmer, als er sie erwartet habe, und kritisirte sie in so energischer Weise, daß Genosse Lütgenau ihm vollkommen zustimmen mußte. Einstimmig wurde hierauf die folgende, dem nationalliberalen Vertreter des Wahlkreises, Kommerzienrath Möller, übermittelte Resolution gefaßt:

„Die am 9. Dezember 1894 in der Turnhalle zu Dortmund stattfindende Versammlung stimmt den Ausführungen des Redners, des Reichstags-Abgeordneten Dr. Böckel, bei und erklärt sich gegen alle Gesetzmaßregeln, welche die schon genügsam beschränkte Freiheit des deutschen Volkes unnützer Weise noch mehr einzuengen geeignet sind und sieht jedes Ausnahmegesetz gegen deutsche Volksangehörige als höchst verderblich und die Volkswohlfahrt hindernd an. Die Versammlung erkennt eine Nothwendigkeit zu solchen, die Allgemeinheit schädigenden Maßnahmen, die einem beschwerten Gewissen zu entspringen scheinen, nicht an, hält vielmehr eine umfassende freiheitliche Revision der jetzt bestehenden, die wahre Freiheit beschneidenden Gesetze, insonderheit des Vereins-, Wahl- und Preßgesetzes für durchaus geboten und erachtet die Einführung von klaren, der wirklichen Gerechtigkeit und dem edlen Empfinden des deutschen Volkes mehr entsprechenden und auch dem Schutz der produktiven Arbeit mehr wie bisher bethätigenden Gesetzen für nothwendig, die in ihrer Gesammtheit geeignet sind, der zunehmenden sozialen Noth und Proletarisirung des Volkes Einhalt zu gebieten und fordert, daß bei Abfassung von Gesetzen für Herbeiführung einer wirklichen Ordnung die auf dem Boden der Freiheit und Gerechtigkeit kämpfenden deutschen Volksangehörigen gehört werden." —

Die Umsturzvorlage genügt den Sächsern noch nicht.

Wie man den „Berl. Neuest. Nachr." aus Dresden schreibt, ist man in den dortigen konservativen Kreisen von dem Inhalt der sogenannten Umsturzvorlage sehr wenig erbaut — allerdings nicht aus denselben Gründen, wie ein Theil der extrem-konservativen preußischen Presse. Wörtlich heißt es dann weiter: „In Sachsen, wo das gemeingefährliche Treiben der Sozialdemokratie ganz besonders in Blüthe steht, hält man ein viel schärferes und rücksichtsloseres Eingreifen der Staatsgewalt für durchaus unerläßlich und erwartet, daß die Ordnungsparteien des Reichstages in diesem Sinne vorgehen werden." —

Zeichen der Zeit. Eine Lokalkorrespondenz schreibt: Eine Majestätsbeleidigungs-Epidemie gleich der im Jahre 1878 nach den Attentaten von Hödel und Nobiling scheint im Anzuge zu sein. Seit knapp einer Woche finden fast täglich Einlieferungen von Personen statt, welche der Majestätsbeleidigung beschuldigt werden. An einem einzigen Tage belief sich die Zahl dieser Einlieferungen auf vier. Ob die betreffenden Denunziationen zurückzuführen sind, daß die Thronrede und die bekannten Vorgänge bei der Eröffnung des Reichstages in aller Munde sind und die verschiedenartigste Beurtheilung finden, oder aber, ob die Polizei jetzt mit besonderer Schärfe und Feinfühligkeit vorgeht, läßt sich nicht sagen, höchstens vermuthen.

Wir können unseren Genossen nur auf's eindringlichste rathen, ihre Urtheile über Personen und Ereignisse in möglichst vorsichtiger Weise zu äußern und sich jedem politischen Gespräche mit allen ihnen nicht als ganz zuverlässig bekannten Personen zu enthalten. —

Die Reichsschuld. Dem Reichstag ist die Denkschrift über Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze zugegangen. Aus den Mittheilungen des Reichsschatzsekretärs geht hervor, daß von Anfang November 1893 bis Ende Oktober 1894 durch Ueberlassung an den Reichs-Invalidenfonds, an die Bundesregierungen und an öffentliche Institute, zu einem kleineren Theile auch durch freihändigen Verkauf an der Börse 16 948 900 Mark 3½prozentiger Schuldverschreibungen zu Kursen von 99,25 bis 103,85 Prozent und einem durchschnittlichen Reinerlös von 100,82 Prozent veräußert worden sind. Infolge dieser Verkäufe ist das 3½prozentige Schuldkapital auf 780 047 900 M. gestiegen. An die am 24. April aufgelegte dreiprozentige Anleihe in Höhe von 160 000 000 M. wurden 404 197 900 M. zu 87,7 pCt. gezeichnet. Der Reinertrag für das Reich stellt sich auf 139 985 181,17 M. oder 87,49 pCt. des Nennwerths, während im Jahre vorher der Ertrag nur 86,42 war. Der Gesammtbetrag der Anleihekredite belief am 28. November 1894 auf 2 074 580 716,88 M. Hiervon sind begeben worden in vierprozentigen Schuldverschreibungen im Nennbetrage von 450 000 000 M. 445 705 020,05 M. in 3½prozentigen Schuldverschreibungen im Nennbetrage von 780 047 900 M. 788 812 519,73 M. und in dreiprozentigen Schuldverschreibungen im Nennbetrage von 850 000 000 M. 726 781 023,07 M., insgesammt also 1 960 798 550,85 M., so daß der Reichsregierung noch Kredite von rund 114 Millionen zur Verfügung stehen. Der Kurs, zu dem die Schuldverschreibungen seit 1875 begeben worden sind, beträgt durchschnittlich für die vierprozentige Anleihe 99,05, für die 3½prozentige 101,06, für die dreiprozentige 85,50, der Zinsfuß, zu dem die Reichskasse den aufgekommenen Erlös zu verzinsen hat, für die vierprozentige Schuld 4,04, für die 3½prozentige 3,46, für die dreiprozentige 3,50. An der gestrigen Berliner Börse standen die vierprozentigen Anleihen 105,80, die 3½prozentigen 104,20, die dreiprozentigen 95,40 pCt. im Kurse. —

Zur Kamerunschande. In Sachen Leist wird der „Kölnischen Zeitung" über den Stand der Berufung gegen das Disziplinarurtheil berichtet:

Die Berufungsschrift ist am 27. November der Disziplinarkammer in Potsdam eingereicht worden, die sie dem Angeklagten zuzustellen hat, der dann zur Erreichung einer Entgegnung 14 Tage Frist hat. Erst wenn diese Entgegnung eingegangen ist, werden die gesammten Akten dem Reichsgericht überreicht, das dann den Tag zur Verhandlung anzusetzen hat. Da man annehmen kann, daß das Reichsgericht jedenfalls im Laufe dieses Monats in den Besitz der Akten kommen muß, so bleibt es wahrscheinlich, daß das Verfahren im Laufe des Januar oder Anfang Februar stattfinden wird. —

Kosten der Berufs- und Gewerbezählung. Für die bekanntlich im nächsten Jahre beabsichtigte Berufs- und Gewerbezählung sind die gesammten Kosten auf 2 150 000 M. veranschlagt. Davon sind 300 000 M. schon im laufenden Etatsjahre durch Vorarbeiten absorbirt und werden außeretatsmäßig zu verrechnen sein, während 1 400 000 M. im Etat für 1895/96 als einmalige Ausgabe erscheinen, der Rest aber mit 450 000 M. erst in den Etat des nächsten Jahres eingestellt werden wird. Für die Kosten der Zählpapiere, deren Versendung und Rücksendung sind 230 000 M. ausgeworfen. 15 Millionen Haushaltungslisten erfordern 127 500 M., 6½ Millionen Fragebogen für landwirthschaftliche Betriebe 29 250 M., 2½ Millionen Gewerbekarten 22 500 M. an Herstellungskosten. Die Bearbeitung des Urmaterials, sowie die Herstellung von Bezirks- und Handelsübersichten erfordert 1 697 600 M., oder 3,9 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung. Die berufsstatistischen Uebersichten erfordern 1 048 100 M., um sie herzustellen sind 52 Millionen Zählblättchen erforderlich, die 52 000 M. Herstellungskosten verursachen, während das Ausschreiben derselben auf 334 750 M., deren Auszählen auf 108 000 M. veranschlagt wird. Die Uebersichten der landwirthschaftlichen Betriebe erfordern an Herstellungskosten 225 500 M.; für dieselben sind 5½ Millionen Zählbogen à 2 Pf. erforderlich, während das Auszählen, Aufsummiren 62 500 M. kosten wird. Die Uebersichten der gewerblichen Betriebe erfordern zu ihrer Herstellung 424 000 M.; dabei kostet das Ausschreiben von 3 Millionen Zählblättchen 75 Pf. pro 100 Stück, also 22 500 M. Die Zusammenstellung und Veröffentlichung der Ergebnisse für das ganze Reich erfordert schließlich 222 290 M. —

Der amerikanische Weizenpreis und der Antrag Kanitz. Vor einigen Tagen veröffentlichten wir den abgeänderten Antrag Kanitz, nach welchem der Getreidepreis vom Staate festgesetzt werden soll, und zwar in der Höhe des Durchschnittes der Preise der letzten 40 Jahre. Wie sehr dabei das konsumirende Publikum zu gunsten einer kleinen Minorität von inländischen Großproduzenten benachtheiligt werden soll, geht aus heute eingetroffenen Depeschen aus New-York, Washington und Chikago hervor, wonach der amerikanische Weizenpreis, der für die Preisbildung auf dem Weltmarkte von ausschlaggebender Bedeutung ist, während der letzten 25 Jahre, demnach während der ganzen Zeit, seitdem die Vereinigten Staaten als Exportland für Getreide in betracht kommen, noch nie so niedrig war, wie gerade jetzt. Die erwähnten Depeschen sind von solcher Bedeutung für die Kritik der agrarischen Bestrebungen im Deutschen Reiche, daß wir dieselben zur Kenntniß unserer Leser bringen müssen. Sie lauten:

Washington, 10. Dezember. Nach dem Dezember-Bericht des Ackerbau-Bureaus stellt sich der Weizenpreis für guten Weizen auf 49⁹/₁₀ Cents (ca. 2 Mark) pro Scheffel, der niedrigste Preis seit 25 Jahren. Der Baumwolle-Preis stellt sich auf 4⁹/₁₀ Cents pro Pfund, der niedrigste bisher bekannte Preis. Der Durchschnittsstand des Winterweizens beträgt 89 pCt. Das Areal, welches im Herbst mit Weizen besät ist, beträgt 103 pCt. im Vergleich zum Vorjahre.

New-York, 10. Dezember. Weizen eröffnete schwach auf lebhafte Verkäufe für auswärtige Rechnung, auf Zunahme der unterwegs befindlichen Menge und weil die Zunahme der sichtbaren Vorräthe größer als erwartet, später auf Abnahme in den englischen sichtbaren Vorräthen vorübergehend bessere Stimmung, sodann fallend auf Liquidation der langsichtigen Termine. Schluß schwach.

Chicago, 10. Dezember. Weizen anfangs fallend auf Zunahme der unterwegs befindlichen Anfuhren, dann vorübergehend bessere Stimmung auf Deckungen der Baissiers, worauf fallend auf große Ankünfte im Nordwesten und schwächere Kabelberichte.

Man sieht also, daß ungeheure Weizenmassen zu außerordentlich billigen Preisen für die Konsumenten zur Verfügung stehen, daß sich dadurch eine bessere Ernährung, eine Verminderung der Verbrechen und Vergehen gegen das Eigenthum ermöglichen läßt. Dies aber mit allen Mitteln zu verhindern, ist das eifrigste Bestreben der Kanitz und Mantenffel, der „unentwegten" Kämpfer für Religion, Ordnung und Sitte. —

Fuchsmühl. Gegen unser südbayerisches Parteiorgan, die „Münchener Post", und das ultramontane „Neue Münchener Tageblatt" wurde Anklage erhoben wegen groben Unfugs, verübt bei ersterer in fünf, bei letzterem in vier Fällen durch Bilder und Artikel über die Fuchsmühler Vorkommnisse, wodurch eine Beunruhigung der staatserhaltenden Parteien eingetreten sei. Die Artikel waren, wie der „Voss. Ztg." telegraphirt wird, theilweise aus anderen Blättern übernommen, theilweise sind sie von ihnen aus in andere Blätter übergegangen. Gegen sämmtliche Blätter stehen etwa 15 Anklagen bevor. Der Verhandlungstermin gegen die beiden angeführten Blätter ist auf den 28. Dezember festgesetzt.

Aus München liegt die folgende Depesche vor:

Der Prinz-Regent lehnte die von den Fuchsmühler Holzberechtigten nachgesuchte Einwirkung auf den gerichtlichen Entscheid sowie seine lehnsherrliche Einmischung in die Zoller'schen Privatrechte ab, doch sagte der Freiherr von Zoller den Fuchsmühler Holzberechtigten thunlichstes Entgegenkommen zu. —

Die „Münchener Post" schreibt:

Dem Redakteur unseres Blattes, Genossen Ed. Schmid, gingen zwei Anklageschriften zu, laut welchen er in fünf Fällen „groben Unfug" verübt haben soll. Beanstandet sind: 1. das Bild in Nr. 275: „Die Gespenster in der bayerischen Ministerstube"; 2. das in derselben Nummer abgedruckte „Fuchsmühler Glaubensbekenntniß"; 3. ein Artikel über Fuchsmühl in Nr. 256; 4. zwei Artikel in Nr. 253, und 5. das Bild „Fuchsmühler Recht" und das Gedicht „Fuchsmühler Recht" in Nr. 257 der „Münch. Post". Die Verhandlung in sämmtlichen Fällen findet am Freitag, den 28. Dezember, Vormittags 8½ Uhr, am Amtsgericht München I statt. —

Streik von Polizisten. Aus Kaschau (Ober-Ungarn) wird telegraphirt:

Die hiesigen Polizisten streiken, weil ein Theil derselben wegen Unregelmäßigkeiten entlassen worden ist. Der Oberst Stadthauptmann ersuchte die Leitung der Gendarmerie um provisorische Ueberlassung von Gendarmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Es wurden bereitwillig 80 Mann zur Verfügung gestellt, die ihren Dienst gestern begannen. —

Ein sozialdemokratischer Sieg. Bei der Ergänzungswahl zum Regierungsrath des Kantons Basel-Stadt wurde der von unseren Genossen kandidirte Stadtbaumeister Reese in der Stichwahl gewählt. Ist Reese, der aus Schleswig-Holstein stammt, auch kein ausgesprochener Sozialdemokrat, so haben unsere Baseler Genossen nun doch wenigstens einen Mann ihres Vertrauens in der höchsten Behörde ihres Staatswesens. —

Eines Lümpchens, dem der Docht auszugehen scheint, nehmen sich, so schreibt die „Berner Tagwacht", die bürgerlichen Ausbeuterblätter in rührender Einmüthigkeit an. Alle Kapitalistenblätter von der „freisinnigen" Nüance bis zu den konservativsten rühmen um die Wette die „Schweizerischen Blätter für Wirthschafts- und Sozialpolitik" des berüchtigten Renegaten Dr. Hans Müller, der der Reihe nach Sozialdemokrat, Unabhängiger, Anarchist u. s. w. gewesen ist und jetzt den Reaktionären zu Gefallen schreibt. Trotzdem rentirts noch nicht. Es drohe dem Blatt „wegen Blutarmuth, d. h. Abonnentenmangel" ein frühzeitiges Ende. Jüngst fand unter dem Vorsitz von — Bundesrath Frey in Olten eine Versammlung statt, die über die Mittel berieth, wie eine größere Abonnentenzahl zu verschaffen sei". Das konservative „Tagblatt" lobpreist das Müller'sche Papier, schöner nützt nüt, die „freisinnigen" Zeitungen loben ebenfalls. Der Müller ist doch ein Pechvogel, Schützling der Konservativen, Schützling der „Freisinnigen", Schützling des Herrn Regierungspräsidenten v. Steiger, Schützling des Herrn Bundespräsidenten Emil Frey, Schützling unseres Freundes und Genossen Rob. Seidel — Herz, was willst Du noch mehr? — Und doch keine Abonnenten? — Na, so viel ist sicher, wenn die zweifelhafte Gründung verkracht, dem Müller ist irgend ein Stellchen am eidg. Barren sicher — als würdiger Renegatenlohn.

Zum Panaminoskandal wird heute aus Rom gemeldet, daß Giolitti die in seinem Besitze befindlichen Aktenstücke dem Kammerpräsidenten übergeben werde. So kommt die leidige Angelegenheit zum Schmerze Crispi's nicht zur Ruhe. —

Aus Rom liegt über die heutige Sitzung der Deputirtenkammer folgende Depesche vor:

Colajanni erklärt, infolge der Absicht Giolitti's, die in seinem Besitze befindlichen Dokumente der Kammer mitzutheilen, ziehe er seine (in unserer letzten Nummer mitgetheilte) Interpellation über die Räthlichkeit von Maßnahmen betreffend im Besitze von Staatsbürgern befindliche wichtige Dokumente zurück. Giolitti theilt mit, auf den Rath eines von ihm befragten Ausschusses hervorragender Abgeordneter lege er die Schriftstücke auf den Tisch des Präsidiums nieder. (Bewegung.) Der Präsident erklärt, er glaube nicht, daß das Präsidium dieselben annehmen könne. (Lärm auf der äußersten Linken. Es ertönen Rufe: „Die Dokumente verlesen!") Ueber die Frage, ob die Schriftstücke verlesen werden sollen, erhebt sich eine lebhafte Diskussion. Giolitti erklärt, daß er die Entscheidung der Kammer überlasse. Die Tribünen und die Kammer sind vollbesetzt. Im Hause herrscht starke Bewegung.

Unter großer Aufmerksamkeit des Hauses ergreift der Ministerpräsident Crispi das Wort: Es handle sich nicht wie früher darum, den Bericht einer parlamentarischen Kommission zur Verlesung zu bringen, sondern um Schriftstücke, deren Art und Bedeutung ein einziger Abgeordneter kenne. Wenn Giolitti die Veröffentlichung erwünscht wäre, hätte er sie bewirkt. Es kann sich um Schriftstücke handeln, die sich auf Verbrechen beziehen oder Beleidigungen, Verleumdungen, Beschimpfungen enthalten. Wer werde die Verantwortlichkeit übernehmen? (Ein Ruf auf der äußersten Linken: Die Verantwortlichkeit fällt dem zu, der die Schriftstücke einbringt.) Hierauf erwidert Crispi: „Nein, denn es besteht die Unverletzlichkeit der Abgeordneten; Giolitti muß also die Verantwortlichkeit für die Veröffentlichung auf sich nehmen." Wenn die Kammer die Veröffentlichung der Dokumente anordne, werde er sich entfernen, um nicht an einem unüberlegten Beschluß theilzunehmen. Versammlungen, welche sich achten, müßten prüfen und urtheilen, nicht blind Berathungen pflegen. (Beifall.)

Nach Schluß der stürmischen Berathung wurde die von Bonghi beantragte Tagesordnung, durch welche der Präsident der Kammer aufgefordert wird, die Schriftstücke Giolitti wieder zuzustellen, damit er denjenigen Gebrauch davon mache, den er verantworten zu können glaube, durch Namensaufruf mit 239 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Der Ministerpräsident Crispi, sämmtliche Minister sowie das Kammerpräsidium nahmen an der Abstimmung nicht theil. Darauf beginnt der Namensaufruf zur Abstimmung über den Antrag Di Nicolò, wonach das Präsidium die Aktenstücke Giolitti's der Behörde, welche mit der Untersuchung in dem Prozesse wegen der bei Seite geschafften Dokumente betreffend die Banca Romana betraut ist, übergeben solle. Der Antrag Di Nicolò wurde mit 217 gegen 29 Stimmen abgelehnt und ein Antrag Cavalletti-Coppino mit großer Majorität angenommen, wonach eine Kommission von 5 Deputirten zur Prüfung der Dokumente Giolitti's im Interesse der Ehre und Würde der Kammer ernannt werden soll. Die Kommission soll, nachdem sie die bei den Dokumenten Interessirten vernommen, darüber Bericht erstatten. Es entspann sich eine lebhafte Debatte darüber, ob die Kommission heute oder morgen ernannt werden soll.

Das allgemeine Wahlrecht wurde gelegentlich der Adreßdebatte im rumänischen Parlamente vom Abgeordneten Nicolesco gefordert. —

Soziales aus Amerika. Nach dem großen Pullmanstreik war vom Staat eine Kommission zur Untersuchung der ganzen Angelegenheit eingesetzt worden.

Der soeben veröffentlichte Bericht ist der Ansicht, daß ein anderes Vorgehen der Pullman Company die durch den Ausstand verursachten Verluste an Leben und Eigenthum verhindert hätte. Auch die Regierung entgeht dem Vorwurfe nicht, daß sie den Monopolen und Kartellen nicht gleichmäßig entgegentrete und die Rechte der Arbeit ungenügend schütze.

Die Kommission macht verschiedene Vorschläge für künftige ähnliche Fälle. So den, eine permanente Streik-Kommission für die Vereinigten Staaten einzusetzen, die die Pflicht und Ermächtigung hätte, in Streitfällen zwischen Eisenbahnen und ihren Angestellten durch Untersuchung und Einigungsvorschläge zu interveniren; der Kommission sollten Delegirte der Eisenbahnen und Arbeiterverbände als zeitweilige Mitglieder zugezogen werden und die Gerichte wären dahin zu verständigen, daß sie die Eisenbahnen zu verhalten hätten, den Entscheidungen der Kommission nach Anhörung derselben nachzukommen, ohne daß ihnen eine Appellation zustände. Im Verlaufe der bei der Kommission anhängig gemachten Untersuchung sowie sechs Monate nach dem Schiedsspruch soll die Entlassung von Angestellten seitens der Bahnen, außer wegen Unfähigkeit, Gesetzesübertretung oder Pflichtversäumniß ungesetzlich sein, desgleichen die Anordnung eines Streiks gegen die Bahnen u. s. w. Weiter proponirt die Kommission, Verträge, welche als Arbeitsbedingung die Nichtzugehörigkeit zu einem Arbeiterverband statuiren, als ungesetzlich zu erklären, wie es bereits in einigen Staaten der Fall ist.

Zur Diskussion über den Frankfurter Parteitag.

Die „Münchener Post" bringt in ihrer letzten Nummer die Erklärung des Parteivorstandes über die Verwendung der Gelder aus der Parteikasse. Weiter nimmt das genannte Bruderorgan Notiz von den letzten Ausführungen des Genossen Bebel im „Vorwärts", worin für später eine sachliche Fortführung der Diskussion angekündigt wird, und knüpft daran folgende Bemerkungen:

„Wir unserseits werden event. unberechtigten Angriffen selbstverständlich auch dann mit derselben Entschiedenheit entgegentreten, wie wir es bis jetzt gethan haben und die Beschlüsse der Parteitage stets höher achten als den Willen eines Parteigenossen, welchen Namen er auch führen möge. Ein gründlicher Meinungsaustausch über die Agrarfrage, wie Bebel ihn ankündigt, ist nur zu begrüßen, wenn derselbe leidenschaftslos geführt wird. Das Hauptaugenmerk wird dabei dem Agrarausschuß zugewendet sein müssen, damit diese Körperschaft vielleicht schon dem nächsten Parteitag praktisches Material vorlegen kann. Doch auch bei dieser Angelegenheit müssen nachträgliche Angriffe auf Genossen, deren Ausführungen zur Agrarfrage auf dem Parteitag unwidersprochen blieben, entschieden vermieden werden.

Nur in dieser Art kann für die Partei ersprießliches geleistet werden. Ein Ton, wie er in der eben beendeten Debatte hervortrat, ist geeignet, unsere Bewegung schwer zu schädigen."

Parteinachrichten.

Landagitation. „Bange machen gilt nicht!" dachten jedenfalls unsere Genossen, als sie kürzlich wieder von neuem den „Nordd. Volks-Kalender" in den Ortschaften um Heiligenhafen verbreiteten, wo die Polizei den Leuten die zuerst verbreiteten Kalender wieder abholte. Da nun unser Vertrauensmann, Genosse Dons, sich das Eigenthumsrecht vorbehalten hat, wird die heilige Hermandad hoffentlich ihre Finger davon lassen, damit sie sich dieselben nicht verbrennt.

Die beschlagnahmte Nummer der Magdeburger „Volksstimme" vom Donnerstag ist wieder freigegeben. Die Konfiskation erfolgte auf Anordnung des Polizeipräsidenten. Der Staatsanwalt, dem die Angelegenheit zur weiteren Entschließung übergeben wurde, lehnte den Verfolg der Sache ab, da der beanstandete Artikel Strafbares nicht enthält. Die Polizei hat daher die beschlagnahmten Exemplare wieder an Ort und Stelle bringen müssen.

* * *

Parteipresse. Die Redaktion der „Neuen Wurzener Ztg." hat der Genosse Paul Köhn übernommen. Der frühere Redakteur Adolph Thiele übernimmt die Redaktion des Partei-Organs in Halle.

* * *

Bei den Gemeinderaths-Wahlen in Kunnersdorf (Sachsen) siegten die zwei Kandidaten der Arbeiterpartei; auch die Ersatzmänner sind unsre Parteigenossen. Nicht weniger denn 17 Kandidaten standen zur Wahl.

* * *

Bei den Wahlen zu den Dresdener Ortskrankenkassen haben die Sozialdemokraten einen glänzenden Sieg errungen. Sie erhielten trotz der gemeinen Machinationen der vereinigten Gegner, trotz aller Verleumdungen, die unserer Partei durch die massenhaft verbreiteten Flugblätter nachgesagt wurden, 11 014 Stimmen, die gegnerische Liste nur 3882 Stimmen. Berücksichtigt muß noch werden, daß der größte Theil der klassenbewußten Arbeiter den freien Hilfskassen angehört.

* * *

Protest gegen die Gemeinderathswahlen hatten die Genossen von Untermhaus bei Gera eingelegt. In der Gemeinderaths-Sitzung mußte der Bürgermeister den Protest als stichhaltig anerkennen und wurde schließlich beschlossen, dem fürstlichen Landrathsamt zur Entscheidung zu überweisen.

* * *

Als Kandidaten zum Bezirksausschuß sind in einer Parteiversammlung in Mülhausen i. E. die Genossen Bueb und Doppler wieder aufgestellt worden. Sie haben beide erklärt, nunmehr den Eid leisten zu wollen.

* * *

Eine „Arbeiterbühne" soll, wie die „Vossische Zeitung" mittheilt, demnächst in Wien errichtet werden, die Volksstücke und Stücke sozialdemokratischer Gesinnung aufführen wird. Zuerst soll Anzengruber's „Viertes Gebot" gegeben werden, sodann sollen Hauptmann's „Weber", „Ein Proletarierkind" von Minna Kautzky und andere folgen. Sämmtliche Rollen werden von Arbeitern dargestellt. Das Orchester und die technischen Arbeiten sollen gleichfalls von sozialdemokratischen Arbeitern besorgt werden. Die Vorstellungen sollen einmal wöchentlich stattfinden und das Reinerträgniß Parteizwecken zugeführt werden.

* * *

Wer ist Schuld an den Exzessen in den Straßen? Ein interessantes politisches Experiment ist dieser Tage in Wien zum Abschluß gekommen. Es handelt sich um die Frage: Wer ist an den von Zeit zu Zeit vorkommenden politischen Arbeiterkrawallen Schuld, die sozialdemokratische Arbeiterschaft oder die Polizei? Das Experiment hat Niemand bewußt angeordnet, es hat sich von selbst gemacht, es scheint aber vollständig beweiskräftig zu sein. Der „Frankf. Zeitung" wird darüber aus Wien, 5. Dezember, geschrieben: Zwei Mal hat nun ganz die gleiche Wahlrechts-Demonstration der Wiener Arbeiter stattgefunden, am 18. Okt. und am gestrigen Abend. Beide Male, soweit es die Arbeiter betraf, in ganz gleicher Weise. Ebenso wie am 18. Oktober kamen auch gestern etwa 4000 sozialdemokratische Arbeiter in den Sophiensaal. Es war bestimmt ganz dasselbe Milieu gestern wie am 18. Oktober, großentheils wahrscheinlich sogar dieselben Individuen. Der Zweck des Meetings war gestern derselbe, wie am 18. Oktober: nämlich gegen die Verschleppung der Wahlreform zu protestiren, und da seit dem 18. Oktober ca. 6 Wochen mehr ohne positives Ergebniß verflossen sind, hatten eigentlich die Leute diesmal noch mehr Anlaß, aufgeregt zu sein als das vorige Mal. Auch waren es dieselben Redner wie am 18. Oktober, die gestern sprachen: Dr. Adler, Abg. Pernerstorfer, Arbeiter Schumeier, Arbeiterin Popp, und wenn ich nicht ganz irre, sprachen sie ungefähr dasselbe wie am 18. Oktober. Auch gestern zogen die Arbeiter nach Schluß der Versammlung in Masse über die Ringstraße, auch gestern sangen sie „das Lied der Arbeit" und schrieen ihr „Heraus mit dem Wahlrecht!" und „Nieder mit den Privilegirten!" Aber doch kam es gestern zu keinem Zusammenstoß mit der Polizei, zu keinen blanken Säbel- und zu keinen Kavallerie-Attaken, und am 18. Oktober hat sich bekanntlich nach der Wahlrechtsversammlung auf der Ringstraße eine grauenhafte Szene abgespielt, welche die Arbeiter „die Schlacht am Kolowratring" getauft haben. Das sind verschiedene Effekte, die nur aus einer Verschiedenheit der Ursachen erklärt werden können. Auf Seiten der Arbeiter lag diese Verschiedenheit nicht, wie bereits im Einzelnen auseinandergesetzt, wohl aber auf Seiten der Polizei, wovon sich jeder Beobachter überzeugen konnte. Am 18. Oktober hat man mitten unter die friedlich marschirenden Arbeiter Kolonnen von Sicherheits-Wachleuten zu Fuß hineingezwängt und ganze Schwarmlinien berittener Polizisten mit der ganzen Kraft feuriger Pferdeleiber hineingesprengt. Gestern ist von all' dem nichts geschehen. Die Polizei hat sich darauf beschränkt, nur den Verkehrsrücksichten, aber nicht „höheren" politischen Zwecken zu dienen. Berittene Sicherheitswache sah man nur an den großen Kreuzwegen, und auch nur einen, höchstens zwei Mann, aber nicht wie beim vorigen Mal ganze Dutzend, die schon durch ihr Erscheinen allein nicht so sehr imponirend als provozirend wirkten. Und auch die wenigen Berittenen hielten gestern Ruhe und ritten nicht unter die wehrlosen Fußgänger hinein. Die nichtberittene Sicherheitswache marschirte überhaupt nicht, wie am 18. Oktober, in felddienstmäßigen geschlossenen Trutzladres auf, sondern hielt sich in zerstreuten Stehposten längs des Weges. Die Polizisten hatten übrigens wenig zu thun, und wo sie eingriffen, thaten sie es nicht in der brutalen Art von ehedem, schrieen, schimpften und kanaillisirten nicht die Arbeiter, sondern behandelten sie respektvoll, und deswegen haben auch die Arbeiter jeden ihrer — diesmal auch sachlich berechtigten — Wünsche geradezu mit Zuvorkommenheit erfüllt. Es ist mit dem gestrigen Abend klar bewiesen, an wem die Schuld liegt, wenn es in Wien Arbeiterunruhe giebt. Daß es gestern keine gegeben, daß beloben wir ebenso wie die Arbeiterschaft so auch die Polizei. Die sozialdemokratischen Arbeiter Wiens haben gestern, wie so oft schon, und eigentlich am besten mit ihrer ganzen durchaus gesetzlichen Haltung in der Wahlreform-Agitation bewiesen, daß sie kein großstädtischer Mob sind, sondern eine politisch reife Klasse — reifer gewiß als manche Kategorien der heute noch Wahlrechts-Privilegirten." — Tout comme chez nous — ganz wie bei uns. In Preußen-Deutschland haben wir die gleichen Erfahrungen schon mehrfach gemacht.

* *

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Am Montag ist in Bern die Bundesversammlung zur Dezembersession zusammengetreten. Der Nationalrath behandelte zunächst die von uns kürzlich mitgetheilten Anträge seiner Kommission, betreffend Arbeiterschutz, worüber Curti und Dr. Decurtins referirten. Angenommen wurde das erste Postulat, welches lautet: „Es sei der Bundesrath eingeladen, zu untersuchen, ob nicht mit bezug auf die Lohnauszahlung in Waaren, sofern dabei eine gewinnsüchtige Absicht obwaltet, sowie mit bezug auf die Lohnabzüge und die 14tägige Lohnzahlung für solche Betriebe, welche mehr als 10 Arbeiter beschäftigen, Bestimmungen, wie die im Fabrikgesetz entfaltenen, zu treffen seien." „Einschneidend" wird diese Reform bei ihrer Beschränkung auf die wenigen Mittelbetriebe, welche vom Fabrikgesetz nicht erfaßt sind, nicht werden. Das zweite Postulat, betreffend die Einführung des Zehnstundentages in den Bundeswerkstätten und im Fabrikgesetz statt des Elfstundentages wurde fallen gelassen. Bundesrath Deucher erklärte bezüglich des ersten Theiles, daß er bereits durchgeführt sei, indem in den Bundeswerkstätten nicht länger als 10 Stunden täglich gearbeitet werde. Den zweiten Theil bekämpfte er mit dem Hinweis auf den unsicheren Ausgang einer bezüglichen Volksabstimmung.

* * *

Unsere Parteigenossen in der belgischen Kammer haben dem Parlamentarismus Leben eingehaucht. Die offiziellen Parlamentsberichte, die im vorigen Jahre nur 12000 Abonnenten hatten, haben deren in diesem Jahre bereits 30000. Bei jeder Sitzung sind die Tribünen stets voll besetzt.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Genosse Zähle aus Fermersleben trat eine ihm in Sachen des Boykotts zuerkannte 20tägige Haftstrafe im Buckauer Gefängniß an.

— Verworfen wurde vom Reichsgericht die Revision des Redakteurs der „Reußischen Tribüne", Genossen Wilhelm Leven in Gera, der vom dortigen Landgerichte am 6. August wegen mehrfacher Beleidigung zu 5 Monaten Gefängniß verurtheilt worden war.

— In Danzig ist der Redakteur der sozialdemokratischen „Volks-Tribüne", Tischler Lorenz, wegen Beleidigung des Landraths v. Hülleffem durch die Presse zu 3 Wochen Gefängniß verurtheilt worden.

— Versammlungsverbot nach sächsischem Muster. Ein Genosse in Lägerdorf (Schleswig) erhielt von der Regierung, an die er sich beschwerdeführend gewandt hatte, folgenden Bescheid: „Die in der Eingabe vom 10. Septbr. erhobene Beschwerde über das polizeiliche Verbot der Abhaltung von Volksversammlungen auf dem Groth'schen Wiesengrundstück zu Hohenfelde ist unbegründet. Da zu den sogenannten Volksversammlungen in Hohenfelde erfahrungsgemäß zum großen Theile junge unreife Elemente herangezogen werden, bei dem Mangel jeglicher Begrenzung des Versammlungsortes auch Vagabunden und sonstige zu Exzessen geneigte Personen sich einfinden können, für deren Verhalten während etwaiger agitatorischer Reden keinerlei Garantie vorliegt, so ist aus der Veranstaltung derartiger Versammlungen, wenn sie unter freiem Himmel stattfinden, umsomehr eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu befürchten, als bei der freien Lage der nach den Nachbargrundstücken nicht abgefriedigten Groth'schen Wiese die Möglichkeit einer wirksamen polizeilichen Ueberwachung von vornherein ausgeschlossen ist. Der Regierungspräsident Zimmermann."

— Verboten wurde in Dortmund das geplante Neujahrsfest des Sozialdemokratischen Vereins, dessen Reinertrag den Wittwen und Waisen verstorbener Genossen zu Gute kommen sollte. Motivirt wurde das Verbot damit, daß ohnehin schon Lustbarkeiten genügend stattfänden. — Was gehen die Sozialdemokraten die Festlichkeiten der Kegel-, Rauch- und sonstigen Klimbimvereine der bürgerlichen Philister an?

— Der Turnwart des Crimmitschauer Allgemeinen Bildungsvereins hatte, wie wir kürzlich mittheilten, ein Strafmandat in der Höhe von 10 Mark erhalten, weil er seinen „Gewerbebetrieb" nicht angemeldet hatte. Das Schöffengericht hat nun das Strafmandat bestätigt. Berufung ist eingelegt.

— Verboten hat die Chemnitzer Amtshauptmannschaft auf Grund des § 5 des Vereinsgesetzes eine Versammlung, die in Kappel stattfinden und in welcher Redakteur Genosse Rosenow über „Gustav Adolf und der Mordspatriotismus" sprechen sollte, weil nach den bekannten Artikeln des von Rosenow redigirten Beobachters über Gustav Adolf anzunehmen sei, daß der Zweck seines Vortrages und damit auch der Versammlung selbst lediglich der sein werde, die religiösen Empfindungen und Glaubenserinnerungen der evangelischen Christen durch hämische Beschimpfungen des Königs Gustav Adolf von Schweden zu verletzen, somit aber unsittliche Handlungen zu begehen. — Das alles hat also die Polizei schon im voraus gewußt.

— Der Kampf gegen die Frauen ist nun auch von der Münchener Polizei aufgenommen. Am 6. Dezember wurde der „Allgemeine Frauen-Bildungsverein München" polizeilich aufgelöst. Die erlassene Maßnahme ist durch die Beanstandung von zwei im Verein gehaltenen Vorträgen begründet. Den ersten Vortrag hielt Herr Dempwolf. Er sprach über: „Die Frauenfrage auf dem Züricher Kongreß." Der zweite beanstandete Vortrag wurde von Herrn Dr. Sturm gehalten. Das Thema lautete: „Muß die Religion dem Volke erhalten bleiben?" Mit der Auflösung dieses Vereins ist die Frauenbewegung am Orte wieder auf Jahre hinaus stark gehemmt.

Soziale Uebersicht.

Fidele Wahlen. In der fränkischen Ortschaft Rinkhardt kämpften die Parteien des bisherigen und des sodann neugewählten Bürgermeisters einen heißen Kampf, indem sie durch Darbietung von Bier ꝛc. in den verschiedenen Gasthäusern die Stimmen der Wähler zu fangen suchten. Die eine Partei verbrauchte 3600 M., die andere 4509 M. Das Landgericht Würzburg verurtheilte am 23. Juli die Herren Bürgermeister und verschiedene Mitangeklagte wegen Stimmenkaufs resp. -Verkaufs zu Gefängnißstrafen. — Die Revision der Angeklagten wurde vom Reichsgericht verworfen.

Zum Unfallversicherungs-Gesetz. Man schreibt uns aus Hamburg: Das so oft gerühmte segensreiche Wirken der Berufsgenossenschafts-Verwaltungen wird wieder einmal in drastischer Weise illustrirt durch eine am 4. d. M. hierselbst abgehaltene Versammlung der Hafenarbeiter Deutschlands. In dieser Versammlung wurde von den Arbeitern eine Resolution dahin gefaßt, die Regierung zu bitten, geeignete Maßregeln zum Schutze der beim Be- und Entladen von Fahrzeugen beschäftigten Arbeiter zu treffen, um die, bedingt durch mangelhafte Betriebseinrichtungen, in erschreckender Weise zunehmenden Unfälle zu verhüten. Dem Vernehmen nach ist auch eine diesbezügliche Petition an den Reichskanzler gerichtet worden. Die Verwaltung der Speditions-, Speicherei- und Kellerei-Berufsgenossenschaft, welche in erster Linie schon im Interesse ihrer Mitglieder berufen war, durch Erlaß von geeigneten Unfallverhütungs-Vorschriften und sorgfältige Ueberwachung der Arbeiten Abhilfe zu schaffen, hat bisher wohl noch nicht Zeit gehabt, sich von diesen Mißständen Kenntniß zu verschaffen, obgleich ihr durch die Unfallstatistik das Material zu Gebote stand. Hoffentlich wird die von den Arbeitern gegebene Anregung nunmehr das Reichs-Versicherungsamt veranlassen, von dem ihm zustehenden Recht als Aufsichtsbehörde Gebrauch zu machen.

Entscheid des Reichs-Versicherungsamtes. Bedeutsam für mehrere Tausend Betriebe ist eine Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes, welche kürzlich gefällt wurde. Die Gesellen eines Tischlermeisters Höflein arbeiteten im Akkord: um schneller mit ihren Arbeiten fertig zu werden, benutzten sie nicht selten gegen Entgelt die Dampfhobelmaschine eines Schneidemühlenbesitzers Kirchhof. Im Allgemeinen wurde die Dampfhobelmaschine von einer bestimmten Person bedient. Die Tischler, welche Holz zum Schneiden oder Hobeln brachten, pflegten nur Handreichungen zu leisten; ausnahmsweise hobelten sie auch selbst mit der Maschine. Als auch der Tischlergeselle Sube eines Tages an der Maschine beschäftigt war, wurden ihm mehrere Finger abgeschnitten. Der Verletzte wandte sich an die Magdeburgische Baugewerks-Berufsgenossenschaft behufs Erlangung einer Unfallrente, weil Kirchhof's Betrieb bei dieser Berufsgenossenschaft eingetragen war. Die Berufsgenossenschaft erachtete sich aber nicht für haftbar und auch das Schiedsgericht wies die Berufung des Verletzten als nicht begründet zurück. Letzterer wandte sich nun an das Reichs-Versicherungsamt und bat um Aufhebung der Vorentscheidung. Vor dem Rekursgericht begründete die beklagte Berufsgenossenschaft ihre Ablehnung einer Rentenzahlung damit, daß Höflein's Betrieb, wo Sube als Geselle beschäftigt gewesen, nicht versichert sei. Das Reichs-Versicherungsamt hielt jedoch die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft für entschädigungspflichtig, indem es Höflein's Betrieb für versicherungspflichtig erklärte, da die Arbeiter in demselben gewohnheitsmäßig eine Dampfmaschine, wenn auch eine fremde, zu benutzen pflegten. Es müßte als eine Umgehung des Unfallversicherungs-Gesetzes angesehen werden, wenn man solche Betriebe nicht für versicherungspflichtig ansehen würde. Infolge dieser Entscheidung wird jetzt die verurtheilte Norddeutsche Berufsgenossenschaft mehrere tausend ähnlicher Betriebe zu Beiträgen heranziehen; für Berlin kommen allein etwa 1000 Betriebe in Betracht.

Berufskrankheiten der Porzellanarbeiterinnen. In der „Frankf. Ztg." war unlängst über das Auftreten von Bleivergiftungen unter denjenigen Arbeiterinnen der Porzellanfabriken in Limoges berichtet, die mit dem Auftragen der Farben auf die in den Thon eingepreßten Zeichnungen beschäftigt sind. Wie der „Figaro" nunmehr erfährt, hat der Conseil d'hygiène sich mit diesen Zuständen befaßt und acht Vorschriften zur Schonung dieser Arbeiterinnen aufgestellt. Danach sollen ihre Arbeitssäle von den übrigen Fabrikräumen getrennt und nur dem nothwendigen Personal zugänglich sein. Die Arbeiterinnen müssen eine Gesichtsmaske nach dem Modell Detroye tragen. Das Auftragen der Farben muß vor einem ventilirten Schacht geschehen, durch den der schädliche Staub sofort entweicht. Die Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten besondere Kleidung, die sie beim Weggehen von der Arbeit zurücklassen; sie werden angehalten, sich nach der Arbeit gründlich mit Nagelbürsten zu waschen; in dem Arbeitsraum ist Trinken und Essen verboten; die Arbeiter sollen häufig wechseln; als vorbeugendes Heilmittel soll ihnen eine Mischung von 1 Theil Schwefel und 4 Theilen Honig immer zur Verfügung stehen, damit sie nach Bedürfniß einen oder mehrere Löffelchen voll davon nehmen können. Es wäre nunmehr von Interesse zu erfahren, ob die Anwendung trockener Farben in der Porzellanmalerei auch in den deutschen Fabriken üblich ist.

Arbeiterrisiko. Ein Bremser, welcher in Bocholt (Westfalen) auf einen bereits in Bewegung befindlichen Güterzug springen wollte, kam zu Fall, gerieth unter die Räder und wurde sofort getödtet. — Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch Mittag auf Harthauer Flur auf der im Bau begriffenen Bahn Altchemnitz-Stollberg. Der Lokomotivführer eines Bauzuges hatte das Signal zum Bremsen gegeben, worauf ein Bremser so stark bremste, daß der Wagen aus den Schienen sprang. Der Bremser besaß zwar die Geistesgegenwart, schnell die Böschung hinab in den Fluß zu springen, ahnte aber nicht, daß der Wagen ebenfalls hinabsauste, der nun seinen ganzen Inhalt an Erdmassen auf den Unglücklichen schüttete und obendrein noch auf ihn rollte. Der Bedauernswerthe wurde vollständig zerquetscht und ist auf der Stelle verstorben. — Das die Chancen der Arbeiter im Eisenbahndienst. Den Tod stets vor Augen und dabei einen oft jammervollen Lohn.

Gewerkschaftliches.

Die Differenzen in der Kasseler Schuhfabrik sind beigelegt.

Die Konferenz der Textilarbeiter Sachsens, die am 30. Dezember nach Crimmitschau einberufen war, ist auf Grund des § 5 des sächsischen Vereinsgesetzes verboten worden. Begründet wurde dieses Verbot damit, daß der als Referent angegebene Genosse Albin Reichelt bestraft sei, und deshalb anzunehmen sei, daß es Zweck der Versammlung sein könne, Gesetzesübertretungen zu begehen, dazu aufzufordern oder dazu geneigt zu machen.

Eine Versammlung der Mitglieder des Verbandes deutscher Buchdrucker in Leipzig, die von 800 Personen besucht war, nahm den Antrag der Vertrauensleute an, wonach denjenigen Kollegen, die infolge der letzten Kämpfe innerhalb des Buchdruckgewerbes und besonders durch die nach dem letzten Streik sich fühlbar machenden Maßnahmen der Prinzipale gezwungen waren, ihrer Organisation den Rücken zu kehren, die Hand zu reichen. Diesen Kollegen es ermöglichen zu können, wieder in die Reihen ihrer früheren Kampfesgenossen, in die Organisation einzutreten, soll der Zweck der Amnestie sein. Denjenigen, die früher bereits dem Verbande angehörten, sollen die geleisteten Beiträge angerechnet werden. Notorische Streikbrecher sind von dieser Maßnahme ausgenommen. In derselben Versammlung wurde beschlossen, beim Vorstande zu beantragen, die Karenzzeit zum Bezuge der Arbeitslosen-Unterstützung von 150 auf 100 Wochen herabzusetzen.

Versammlungen.

In der Freien Vereinigung der Graveure und Ziseleure sprach am 4. Dezember Herr Schriftsteller Fricke über „Homöopathie, Allopathie und Naturheilkunde". In einem zirka zweistündigen Vortrage erläuterte der Referent die Allopathie und Naturheilkunde und verbreitete sich dann des Weiteren über die Homöopathie. Der Referent beantwortete sodann mehrere an ihn gerichtete Fragen zur Zufriedenheit der Versammlung. Der vorgerückten Zeit wegen wurde auf dahingehenden Antrag der übrige Theil der Tagesordnung vertagt. Der Vorsitzende machte alsdann bekannt, daß Anträge zur Generalversammlung 14 Tage vor derselben eingereicht werden müssen.

Die von anarchistischer Seite vor einiger Zeit mit großem Aplomb in Szene gesetzte „Bewegung" zu gunsten der Gruppenorganisation auf gewerkschaftlichem Gebiete darf als gescheitert betrachtet werden. In der am Montag abgehaltenen „großen" Versammlung stellte sich heraus, daß die intelligenten Köpfe in der individualistischen Richtung diesen Experimenten abhold sind. Ueber den Verlauf der Versammlung, die nur mäßig besucht war, ist nicht besonderes zu berichten. Die Kunst, über ganz unbedeutende und selbstverständliche Dinge schrecklich viele Worte zu machen, wurde von einigen Rednern bis zur höchsten Vollendung getrieben — selten war in dieser Wüste von Gemeinplätzen ein neuer Gedanke. Bemerkenswerth ist eigentlich nur die fast unheimliche Ruhe, mit der die langweiligsten Redereien angehört wurden. Ein erheblicher Theil der Besucher verließ vor Schluß der Verhandlungen das Lokal. Wenn das noch längere Zeit in dieser Tonart weiter geht, werden die Einberufer solcher Versammlungen sich daran gewöhnen müssen, statt Entree zu nehmen, vielleicht noch besondere Vergünstigungen zu gewähren, um überhaupt Zuhörer zu bekommen.

Depeschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Rom, 11. Dezember. In der Deputirtenkammer wird beschlossen, die Kommission für die Prüfung der Dokumente Giolitti's sofort zu wählen. Unter großer Unruhe des Hauses geht die Wahl vor sich. Die Sitzung wird sodann behufs Feststellung der Gewählten unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung werden als Mitglieder der Kommission proklamirt: Carmine, Cavallotti, Chinaglia, Cibraria, Damiani. Die Kommission wird noch heute Abend zu einer Sitzung zusammentreten.

Verantwortlicher Redakteur: J. Dietl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2. Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 289. Mittwoch, den 12. Dezember 1894. 11. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 11. Dezember 1894. 12½ Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Fürst Hohenlohe, v. Bötticher, v. Marschall, Graf Posadowsky, Bronsart v. Schellendorf, v. Berlepsch, v. Köller, Miquel, Nieberding.

Das Ergebniß der in der vorigen Sitzung vollzogenen Schriftführerwahl, welches von dem Bureau nach der Sitzung ermittelt wurde, ist folgendes: Es sind gewählt worden Hermes mit 323, Krebs mit 281, Braun mit 286, Pieschel mit 286, v. Hollenser mit 222, Merbach mit 280, Kropatscheck mit 273 und v. Cegielski mit 248 Stimmen. Der Sozialdemokrat Abg. Fischer erhielt 63 Stimmen.

Eingegangen ist folgendes Schreiben des Reichskanzlers vom 9. d. M.: Der Staatsanwalt beim Landgericht I hierselbst beabsichtigt auf grund des beigefügten Berichts vom 7. d. M. die strafrechtliche Verfolgung des Reichstags-Abgeordneten Liebknecht wegen Majestätsbeleidigung **(Beifall rechts)** und hat die Genehmigung des Reichstags hierzu für die Dauer der Sitzungsperiode beantragt. Ich ersuche den Herrn Präsidenten, das Weitere zu veranlassen.

Das Schreiben wird der Geschäftsordnungs-Kommission zur schleunigen Berichterstattung überwiesen.

Eingegangen ist folgende Interpellation der Abgg. v. Heyl, Osann und Genossen, in welcher gefragt wird, welche Maßnahmen die Reichsregierung auf grund der am 25. April 1891 von dem Staatssekretär v. Bötticher abgegebenen Erklärung in betreff der reichsgesetzlichen Einrichtung von Handwerker- oder Gewerbekammern in Aussicht genommen habe.

Ein Schreiben des Abg. Prinzen v. Hohenlohe-Oehringen, in welchem dieser anzeigt, daß er zum Oberstkämmerer seiner Majestät des Königs von Preußen ernannt worden ist, wird durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt, sein Mandat wird nicht als erledigt erachtet, da das Amt nicht Reichsamt ist.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung verweist der Abg. **Richter** darauf, daß die Freisinnigen Initiativanträge eingebracht haben vor der Eröffnung des Reichstages mit der Weisung, sie als im Augenblick der Eröffnung eingebracht zu betrachten. Trotzdem seien die freisinnigen Anträge in den Drucksachen unter späteren Nummern abgedruckt. Vertreter aller Parteien haben darüber verhandelt und bitten den Präsidenten, darüber eine Entscheidung herbeizuführen, wie es mit der Reihenfolge der Anträge gehalten werden soll.

Präsident **von Levetzow**: Die Nummern der Drucksachen entscheiden nicht über die Priorität; die Anträge gelten alle als gleichzeitig eingebracht und über die Reihenfolge wird wohl dadurch am besten entschieden werden, daß wir demnächst zuerst den Antrag zur Geschäftsordnung zur Berathung stellen, welcher ja bereits vorliegt.

Hierauf nimmt das Wort der

Reichskanzler **Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst** (auf der Tribüne sehr schwer und nur bruchstückweise verständlich): Wenn ich heute vor der Berathung des Etats das Wort nehme, so geschieht dies, um meine Ansicht über einige Punkte zu äußern, die Gegenstand Ihrer Berathung in dieser Session sein werden. Dies wäre eigentlich nur nöthig, wenn es sich beim Eintritt in mein Amt um einen sogenannten Systemwechsel gehandelt hätte. Das ist nicht der Fall. Und das konnte um so weniger der Fall sein, als die meisten Gesetzentwürfe, welche wir vorgelegt haben, schon zur Zeit meines Vorgängers berathen oder beschlossen waren. Bezüglich der Handelsverträge muß ich erklären, daß ich die vollendeten Thatsachen zu respektiren habe und daß ich die eingegangenen Verpflichtungen loyal zu halten habe. Ich gehe über zu den einzelnen Punkten, zunächst zur Finanzfrage. Der Etat wird von sachkundiger Seite, dem Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamts erläutert werden, und ich kann mich darauf beschränken, auf einen Punkt hinzuweisen, der einer der wichtigsten ist im Interesse des Reichs und der Bundesstaaten. In den Verhältnissen des Reichs zu den Einzelstaaten ist in finanzieller Beziehung eine Aenderung dringend geboten. (Bewegung.) Die gegenseitige Abhängigkeit in den Finanzen ist für die Einzelstaaten eine schwere Gefahr. (Sehr wahr! rechts.) Das Reich ist zwar in der Lage, für seine durch andere Einnahmen nicht zu deckenden Bedürfnisse Mittel im Wege der Anleihe zu beschaffen, aber diese finanzielle Haftbarkeit für die Reichsschuld ist eine große Last. Noch schwerer als die Höhe der Reichsschuld drückt das Verhältniß zwischen den Ueberweisungen und den Matrikularbeiträgen. Die Finanzen der Bundesstaaten sind trotz aller Pläne und Vorhersagungen immer von der wechselnden Gestalt der Reichsfinanzen abhängig. Eine Finanzreform, welche dieses finanzielle Abhängigkeitsverhältniß ändert, ohne die Interessengemeinschaft zu lockern, ist für das Reich und die Bundesstaaten eine wirthschaftliche Nothwendigkeit. Im Zusammenhang mit der Gestaltung unserer Finanzen steht auch die Kolonialfrage. Man ist bei der Kolonialpolitik davon ausgegangen, daß die kolonialen Bestrebungen nationaler und religiöser Natur sind und daß es nothwendig sei, daß Deutschland, um sich den Weltmarkt zu sichern und seine internationale Machtstellung zu wahren, darauf bedacht sein müsse, sich neue und unabhängige Absatzgebiete zu schaffen. Die Kolonialpolitik hat einen stark nationalen Inhalt, und das deutsche Volk muß auch theilnehmen an den Kulturmissionen in fremden Welttheilen. (Beifall rechts.) Die Reichsregierung wird die Interessen unserer Landsleute in den überseeischen Reichsgebieten auf alle Weise fördern (Beifall) und die kolonialen Bestrebungen ermuntern, ohne andere wichtige Interessen des Reiches zu verletzen. Den deutschen Unternehmungen in anderen überseeischen Gebieten wird Vorschub geleistet und Schutz gewährt durch die Anwesenheit unserer Geschwader in den überseeischen Gewässern. Es hat sich aber gerade in der letzten Zeit gezeigt, daß unsere Schiffe nicht ausreichten, um den Unternehmern denjenigen Schutz zu gewähren, den sie beanspruchen dürfen. Die Lage der Landwirthschaft ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine sehr schwierige geworden (hört! hört! rechts), und es muß zugegeben werden, daß die gesetzgeberischen Maßnahmen der letzten Jahre der Natur der Sache nach mehr der Industrie als der Landwirthschaft zu gute gekommen sind. (hört! hört! rechts; Beifall). Wir haben den ernsten und guten Willen die berechtigten Wünsche der Landwirthschaft zu erfüllen. Ebenso haben wir den guten Willen den Handwerker und kleinen Kaufmann zu schützen und zwar auf dem Wege der gesetzlichen Abwehr des unlauteren Wettbewerbs und des Waarenverkaufs der Konsumvereine an Nicht-Mitglieder. Seit Jahren sind den Maßnahmen zum Wohle der arbeitenden Klassen, insbesondere zum Schutz der Arbeiter in den Großbetrieben alle Aufmerksamkeit gewidmet worden. Hierbei darf aber die Schonung der Erwerbsthätigkeit unserer Industrie gerade im Interesse der Arbeiter nicht außer Acht gelassen werden. Es ist nicht zu verkennen, daß verschiedene Einrichtungen auf dem Gebiete der Alters- und Invaliditätsversicherung mit zu großen Belästigungen für die Unternehmer verbunden sind. (Zustimmung.) Hier wird eine Besserung eintreten müssen. (Beifall.) Bei der Ordnung des Börsenwesens wird es sich nur darum handeln, Auswüchse zu beseitigen, welche zum Schaden der Börse selbst entstanden sind. Der solide Börsenverkehr darf ohne Schädigung unseres Handelsverkehrs nicht beeinträchtigt werden.

Von größter Wichtigkeit ist die Ihnen zugegangene Vorlage betr. die Ergänzung des Reichs-Zivil- und Militär-Strafgesetzbuches und das Gesetz betr. die Presse. Sie entspricht den Wünschen weitester Volkskreise (Beifall rechts), welche den Lebensnerv des Staates bedroht sehen. Ob das frühere Ausnahmegesetz gute oder geringe Wirkungen gehabt hat, lasse ich dahingestellt. Jedenfalls machen sich Bestrebungen geltend, welche die Grundlagen des Staates und der Gesellschaft bedrohen, und dem kann der Staat nicht ruhig zusehen. (Zustimmung.) Wir wollen ihnen entgegentreten durch Ergänzungen der Bestimmungen des gemeinen Rechts. Wir werden Gelegenheit haben uns darüber noch zu unterhalten.

Zum Schluß noch ein mehr persönliches Wort. Man hat in der Tagespresse auf meine politische Thätigkeit in den 60er und 70er Jahren hingewiesen, daraus Forderungen gezogen und daran Befürchtungen geknüpft. Diese Befürchtungen entbehren jeder Begründung. Wenn ich auch meine damalige Thätigkeit als eine durchaus berechtigte ansehe, so liegt doch meine Theilnahme an jenen Bestrebungen fast 30 Jahre hinter mir und gehört der Geschichte an. Ich halte ein freundliches, verständnißvolles Zusammenwirken des Staates und der kirchlichen Autoritäten für nothwendig (Beifall im Zentrum) und meine Amtsthätigkeit in den Reichslanden giebt Zeugniß dafür, daß ich diesen Grundsatz auch praktisch zu bethätigen weiß. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein und nimmt zunächst ohne Debatte den schleunigen Antrag des Abg Zimmermann wegen Einstellung des gegen den Abg. Werner schwebenden Strafverfahrens an und beginnt dann die erste Lesung des Reichshaushalts-Etats für 1895—96, welche eingeleitet wird von dem

Reichsschatzsekretär Grafen **v. Posadowsky**, welcher hervorhebt, daß seine Erwartung, das abgelaufene Finanzjahr werde einen Ueberschuß von 4 Millionen geben, sich mehr als erfüllt habe; es hat sich ein Ueberschuß von 14 Millionen ergeben und man hat daraus gefolgert, daß die geplante Reichsfinanz-Reform nicht nothwendig sei. Der Ueberschuß erklärt sich aus folgenden Umständen. Bei der Kolonialverwaltung hat sich ein Mehr herausgestellt, und das Reichsamt des Innern hat eine Ersparniß gemacht, weil bei den Invalidenrenten der Abgang ein größerer war als der Zugang. Auch hat das Reichsheer erheblich weniger erfordert, als veranschlagt war. Dazu treten die Mehreinnahmen bei der Zuckersteuer, bei der Branntweinsteuer, bei der Post u. s. w. Um solchen irrigen Schätzungen vorzubeugen, sind die einzelnen Ressorts angewiesen worden, die Einnahmen des laufenden Jahres möglichst genau zu schätzen. Die Finanzen werden sich auch diesmal günstiger gestalten, als wir bei der Aufstellung des Etats angenommen haben. (Hört! links.) Aber so sehr das volkswirthschaftlich erfreulich ist, so wenig hat es finanzwirthschaftlich zu bedeuten. Die Kolonialpolitik hat einen Fehlbetrag ergeben, aber es ist noch nicht festzustellen, wie groß derselbe sein wird. Die Kolonialpolitik ist unter der begeisterten Zustimmung des Volkes inaugurirt worden; wir müssen deshalb unsere Kolonien so verwalten, daß wir sie beherrschen können. Mehr Ausgaben werden sich ergeben bei der Heeresverwaltung, namentlich für Transportkosten auf den Eisenbahnen, welche verursacht werden durch die Beförderung der Truppen auf den Eisenbahnen, wodurch die Vorspannleistungen der Gemeinden erleichtert werden. Ein Verlust entsteht bei der Abschiebung der österreichischen Thaler in Höhe von 4¼ Millionen Mark. Den Mehrausgaben stehen nicht geringe Mehreinnahmen gegenüber. Bei der Zuckersteuer werden wir auf eine Mehreinnahme von 5¼ Millionen zu rechnen haben; aber dieser günstige Faktor ist bei der Etatsaufstellung für 1894/95 bereits vorweg genommen, sodaß für 1895/96 nicht mehr auf eine solche Steigerung der Einnahme zu rechnen ist, ähnlich wie dies bei der Postverwaltung der Fall sein wird, bei welcher der Reichstag ebenfalls eine Erhöhung der Einnahmen beschlossen hat. Man befürchtet bei der Post sowohl wie bei der Reichs-Eisenbahnverwaltung eine Mindereinnahme. Der Ueberschuß der eigenen Verwaltung des Reichs stellt sich also etwa auf 5 Mill. Mark, d. h. rechnungsmäßig. Für die Verwaltung stellt sich die Sache anders. Durch die Verkürzung der Kreditfristen bei den Transitlägern hat sich für das dritte Quartal eine erhebliche Mehreinnahme ergeben; dafür wird aber im ersten Quartal des neuen Jahres eine erhebliche Mindereinnahme stattfinden. Die Erhöhung des Kontingents bei der Branntweinbrennerei ergiebt eine Mindereinnahme von 2⅔ Millionen Mark. Für die Bundesstaaten ist das Ergebniß ein günstiges; denn wenn man die Ueberweisung gegen die Matrikularbeiträge aufrechnet, würden die Bundesstaaten nur 4 Millionen zuzuzahlen haben. Redner wendet sich nunmehr dem neuen Etatsentwurf zu und erläutert dessen einzelne Mehr- und Minderausgaben im Reichsamt des Innern für die Gewerbezählung u. s. w., in der Verwaltung des Reichsheeres für die Vermehrung des Intendanturpersonals und für die Präsenthaltung des Lehr-Infanteriebataillons während des ganzen Jahres. Die Forderungen für die Naturalverpflegung sind um 15½ Millionen Mark niedriger als früher veranschlagt; das ist ein klassischer Beweis für die Nothlage der Landwirthschaft. (Sehr richtig! rechts.) Für Uebungsplätze sind 18½ Millionen ausgeworfen, was sehr hoch erscheint; darunter sind nur wenige neue Plätze; meist handelt es sich um die weiteren Raten und um die Herstellung der Verwaltungs- und Dienstgebäude. Das Bedürfniß für Uebungsplätze ist schon früher anerkannt worden im Interesse der Ausbildung und auch im Interesse der Sicherheit, denn die Uebungen im Scharfschießen werden bei den verbesserten Waffen auf den jetzigen Uebungsplätzen nicht mehr möglich. Ebenso erläutert Redner die Mehrforderungen des Marine-Etats, des Reichsschatzamts, des allgemeinen Pensionsfonds u. s. w., bei welch letzterem eine Summe zur Unterstützung der Hinterbliebenen der Opfer der Katastrophe auf der „Brandenburg“ eingestellt ist. Bei der Veranschlagung der Zölle und Verbrauchssteuern wird man möglichst vorsichtig vorgehen. Infolge der Anrechnungen der Budgetkommission ist die Veranschlagung erfolgt an der Hand der Ergebnisse der letzten 24 Monate. Diese Veranschlagung ist berechtigt für die Zölle von Kolonialwaaren ꝛc., welche sich in ihrem Verbrauch nach der Wohlhabenheit steigern; aber dies ist nicht anwendbar für die Getreidezölle, deren Erträgniß abhängt von der Ernte; für die Getreidezölle ist deshalb der dreijährige Durchschnitt angewendet worden. Bezüglich der Zuckersteuer ist zu beachten, daß die Zuckerproduktion diesmal eine ganz ungeheure sein wird; wenn der Zucker nicht in viel größerer Menge als bisher exportirt werden kann, dann wird ein Rückgang der Bebauungsfläche von Rüben eintreten und die Rückwirkung wird sich 1895—96 bei der Steuer fühlbar machen. Mehreinnahmen sind vorauszusehen bei der Branntweinsteuer, bei der Brausteuer, und bei den Stempelabgaben. Im Etat der Post- und Telegraphenverwaltung ist ein Mindererertrag vorgesehen, weil einzelne Beamten in ihrem Durchschnittsgehalt erhöht sind und weil das System der Dienstalterstufen zunächst zu einer Mehrausgabe führte. Das Gesammtergebniß der Etatsaufstellung ist, daß die Matrikularbeiträge die Ueberweisungen um 44 Millionen übersteigen, wovon aber 11 Millionen als Ausgleichungsbeiträge der süddeutschen Staaten abgehen. Man hat behauptet, daß die Aufstellung so erfolgt ist, um die Tabaksteuer zu begründen. Ich muß diesen Vorwurf als unbegründet zurückweisen. Wenn wir nach dem alten System verfahren worden wären und hätten bei den Verbrauchssteuern den dreijährigen Durchschnitt genommen und bei der Naturalverpflegung nach dem zehnjährigen Durchschnitt und den Oktoberpreisen veranschlagt, so wären Mindereinnahmen von acht Millionen und Mehrausgaben von sechs Millionen Mark entstanden. Es hat uns also fern gelegen, künstlich die Spannung zwischen Matrikularbeiträgen und Ueberweisungen zu vergrößern. Die Preise der Naturalverpflegung sind so niedrig wie niemals veranschlagt. Die Preise sind jetzt geradezu ruinös für die Landwirthschaft; aber jedes Steigen der Preise würde eine erhebliche Mehrausgabe für das Reich bedeuten, ebenso wie jede Verminderung der Einfuhr von Getreide bei guter Ernte eine erhebliche Mindereinnahme bei den Getreidezöllen herbeiführt. Daneben ist zu berücksichtigen, daß wir es noch nicht haben ermöglichen können, einen ausreichenden Betriebsfonds für die Reichskasse zu bekommen. Wenn wir bisher ausgekommen sind, so liegt das daran, daß thatsächlich aus den frühzeitig realisirten Anleihen die laufenden Bedürfnisse befriedigt sind. Man müßte den Ueberschuß eigentlich zum Betriebsfonds verwenden oder ihn mindestens nicht als ordentliche Einnahme, sondern als außerordentliche behandeln und zur Schuldentilgung benutzen. Denn während die laufenden Ausgaben sich in den letzten Jahren verdoppelt haben, haben sich die Schulden erheblich stärker gesteigert, d. h. die Leistungen sind von der Gegenwart auf die Zukunft abgeschoben; deshalb ist es dringend nothwendig, eine Tilgung der Schulden herbeizuführen. Wie man die Schuldentilgung vornehmen soll, das ist allerdings eine Doktorfrage. Unzweifelhaft ist, daß wir vor steigenden Ausgaben stehen und vor schwankenden Anforderungen an die Steuerkraft der Einzelstaaten; wir stehen ferner vor einer steigenden Verschuldung ohne Möglichkeit der Tilgung. Da darf man sich keine Illusionen darüber machen, daß das Reich fortwährend Anleihen aufnehmen muß. Es muß durch eine Finanzreform die Möglichkeit der Schuldentilgung geschaffen werden. Ich bitte Sie also, sich nicht durch das Ergebniß des gegenwärtigen Etats trösten zu lassen. Ob die Spannung zwischen den Ueberweisungen und Matrikularbeiträgen zehn oder dreißig Millionen Mark beträgt, ist gleichgiltig. Es handelt sich darum, die Einzelstaaten zu bewahren vor schwankenden Anforderungen des Reiches. Die Einzelstaaten stehen bei größeren Anforderungen des Reichs vor einem Defizit oder sie müssen zu anderen Zwecken bestimmte Reservekapitalien angreifen, oder sie müssen steigende Einkommensteuern einführen. Die Lösung der Frage den Einzelstaaten zu überlassen, die sich durch Einführung höherer Einkommensteuern helfen können, wäre finanzpolitisch falsch, denn die Einkommensteuern würden bald so hoch steigen, daß man in den Einzelstaaten zu kräftigen Staatsmonopolen kommen wird. Wenn man nicht bald zur Finanzreform kommt, dann wird man niemals dazu kommen, weil die Steuermaßregeln zu einschneidend sein würden. Die verbündeten Regierungen geben sich der Erwartung hin, daß Sie sich diesen Erwägungen bei der Berathung des Etats nicht verschließen werden. (Beifall rechts.)

Abg. **Bachem** (Z.): Aus der Vergangenheit des Reichskanzlers werden wir keine Schlüsse auf die jetzige Stellung des Reichskanzlers ziehen, auch wenn wir nicht aus seiner Thätigkeit als Statthalter von Elsaß-Lothringen folgern müßten, daß er mit Schonung den religiösen Fragen gegenüber verfahren ist. Wir haben gegenüber den materiellen Bestrebungen der Regierung trotz aller Angriffe, die auf uns niederrasselten, es verstanden, uns volle Objektivität zu bewahren. Wir wünschen, daß wir in Zukunft in demselben Sinne positiv friedfertig mit der Regierung zusammenwirken können wie bisher. Ich zweifle nicht, daß die Thaten den freundlichen Worten des Reichskanzlers entsprechen werden; dann soll es an uns nicht fehlen. Aber wir bitten, daraus nicht Folgerungen herzuleiten, daß wir im Budget minder sparsam sein werden und daß wir gewissen Bestrebungen mehr entgegenkommen sollten, als es nach gewissenhafter Ueberlegung unter den heutigen Verhältnissen zu verantworten ist. Die Ausführungen des Schatzsekretärs haben gezeigt, daß die Finanzkunst der Budgetkommission doch nicht ohne Erfolg gewesen ist; die Thatsachen haben die Erwartung der Budgetkommission noch übertroffen, denn die Einnahmen sind noch höher ausgefallen, als man annahm, und für neue Steuern liegt gar kein Grund vor; es ist also kein Grund, anzunehmen, daß der Reichstag jetzt weniger widerstandsfähig gegenüber neuen Steuern sein wird. Die Steuern, welche ohne wirthschaftliche Nachtheile eingeführt werden können, sind erschöpft. Die Aufgabe der Budgetkommission wird es also sein, den Etat ohne jede Rücksicht auf neue Steuern zu bilanciren. (Sehr richtig! links und im Zentrum. Gegenüber der Tabaksteuer nehmen wir ganz genau denselben Standpunkt ein wie früher, und wir hoffen, daß die Budgetkommission so arbeiten wird, um das Defizit verschwinden zu lassen. Freilich, wenn bei der Militärverwaltung allein 12½ Millionen Etatsüberschreitung eintreten, was nützt dann der Budgetkommission das Streichen der Ausgaben? War es denn nicht möglich, dazu die besondere Genehmigung des Reichstages einzuholen? War es nöthig, zwei Schiffe ohne weiteres zu bauen, ohne die Genehmigung des Reichstages abzuwarten? Die Schuld trifft allerdings auch zum Theil den Reichstag und die Rechnungskommission, deren Arbeiten allerdings vom Reichstag selbst sehr wenig beachtet worden sind, so daß das lähmend auf die Rechnungskommission wirken muß. Wenn man sieht, wie man in der Rechnungskommission über Millionen im Hui entscheidet, dann muß man sagen, die Budgetkommission wird von der Rechnungs-

kommission nicht genügend unterstützt. In bezug auf die Finanzreform ist ein Wunsch dieses Hauses berücksichtigt worden; die Thronrede verzichtet auf die positive Ueberweisung größerer Summen an die Einzelstaaten. Das Haus konnte also in Bezug auf die andern Punkte der Regierung entgegenkommen, aber das kann ich sagen, an der Klausel Frankenstein wollen wir nicht gerüttelt wissen. So lange die Klausel Frankenstein fette Jahre brachte, waren die Einzelstaaten zufrieden; sie fangen erst jetzt an zu schreien, wo die mageren Jahre kommen. Das ist aber noch kein Beweis für die Fehlerhaftigkeit der Klausel. Muß man mit der Beschaffung der großen Schießplätze in so schnellem Tempo vorgehen, wie es vorgeschlagen ist? Man schafft ja nicht einmal Uebungsplätze von normaler Größe und wird also im nächsten Jahre mit weiteren Millionenforderungen kommen. Die Gerüchte über die Vervollständigung der Halbbataillone scheinen übrigens nicht so leer zu sein, wie man es darzustellen beliebt; es würde gut sein, wenn die Regierungen darüber eine Erklärung abgäben. Bezüglich der Marine will die Reichsregierung eine große Offensivflotte schaffen. Der Reichstag will nur eine gute Vertheidigung der Küsten, weil weitere Anforderungen die Finanzen des Reiches erschüttern würden. Das Trockendock hat der Reichstag verworfen und jetzt erscheint die Forderung für die vielen Trockendocks. Der Reichstag hat Sparsamkeit bei den Postgebäuden verlangt, der Staatssekretär des Reichs-Postamts fordert jetzt aber mehr Gelder für Bauten als früher, während man lieber die Gehälter der Unterbeamten verbessern sollte. Wenn wir auch die Kolonialpolitik der Regierung aus wirthschaftlichen und kulturellen Interessen unterstützt haben, sind wir doch nicht gewillt, übermäßiges Geld dafür zu verwenden. Wir müssen aber verlangen, daß die Neger auch als Menschen behandelt werden, während manche Menschen die Sache anders betrachten. Wir müssen die Neger auf eine höhere Kulturstufe heben, und nicht die niedere Kulturstufe derselben in unserem Interesse ausnutzen (Zustimmung im Zentrum); deshalb sind besonders die Missionen, die katholischen und protestantischen, zu unterstützen. Deren Wirksamkeit wird aber geschädigt durch ein solches Verhalten der Kolonialbeamten, wie es leider festgestellt worden in. Trotz aller Sparsamkeit muß aber dafür gesorgt werden, daß die Quartierleistungen der Gemeinden erleichtert werden, denn die Vergütungssätze dafür reichen durchaus nicht hin, um die wirklichen Leistungen zu entschädigen. Redner tritt für die Verbesserung der Gehälter der Unterbeamten ein und erinnert den Reichstag daran, daß er auch seiner eigenen Unterbeamten gedenken möge. Auf die Umsturzvorlage will Redner nicht eingehen; er weist nur darauf hin, daß man den Sozialdemokraten gegenüber den Weg der Ausnahmegesetze verläßt, während man ihn dem Zentrum gegenüber beibehält. Wenn man die Redemptoristen hereinläßt, dann kann man auch die anderen Jesuiten hereinlassen. Ihre Thätigkeit in den Kolonien hat man anerkannt, warum läßt man sie in Deutschland nicht zu? Sind die Deutschen nicht derselben Wohlthätigkeit würdig wie die Bewohner der Kolonien? Diejenigen Leute, welche wegen der Verbrechen bestraft sind, die die Umsturzvorlage schärfer treffen will, leben nicht in den Gegenden, wo die Sozialdemokraten zu Hause sind, sondern in Ostpreußen, Westpreußen und Pommern! (Heiterkeit und Zustimmung.) Man muß die praktische soziale Arbeit erleichtern; man muß endlich die Sonntagsruhe für die industriellen Arbeiter durchführen, wovon in der Thronrede und in der Rede des Reichskanzlers nichts zu hören war. Man fürchtet in der Bevölkerung, daß mit der Länge der Zeit der Vorbereitung die Ausnahmen sich vermehren. Wenn man nicht alles auf einmal durchführen kann, dann muß man mit einzelnen Maßregeln endlich hervortreten. Erfreulich ist es, daß die verbündeten Regierungen der Auswucherung der Getreide bauenden Bevölkerung durch die Börse entgegentreten wollen; hoffentlich kommt die Börsenreform bald zu stande. In bezug auf die Handwerkerfrage war der frühere Kurs gut; der Handelsminister v. Berlepsch war ein guter Steuermann dabei und wird hoffentlich den Kurs noch lange steuern. Erfreulich ist auch die Interpellation der Nationalliberalen über diese Frage. Wenn die soziale Reformarbeit aber Erfolg haben soll, dann müssen die übrigen Klassen mit einem besseren Beispiel vorangehen, als es bis jetzt geschehen. Es nützt nichts, blos vom Christenthum zu reden, der ganze positive Aufbau muß auf der festen Grundlage des Christenthums erfolgen. Die Nationalökonomie des Vaterunsers ist die gesundeste. Nicht Sonderwünsche der einzelnen Stände sollen erfüllt werden; wir müssen auch den Muth haben, wo eine Aenderung nicht herbeizuführen ist, an den moralischen inneren Menschen die Anforderung zu stellen, daß er sich in seine Lage fügt. Sonst verliert der positive Aufbau sein bestes Fundament. (Beifall im Zentrum.)

Ein vom Abg. **Richter** gestellter Vertagungsantrag wird um 3 Uhr 25 Minuten abgelehnt.

Abg. **Richter**: Ich kann den finanzpolitischen Ausführungen des Vorredners nur unbedingt beistimmen. Die Thronrede verzichtet auf die Ueberweisungen an die Einzelstaaten, diese Ueberweisungen waren ja auch nur bestimmt, um die Weinsteuer, den Fracht- und Quittungsstempel u. s. w. zu begründen. Aber diese Steuern hatten nicht einmal auf eine erhebliche Minderheit zu rechnen. Auf neue Steuern können wir uns nicht einlassen, noch weniger können wir uns auf die organische Finanzreform einlassen, welche die Reichsfinanzen und die Finanzen der Einzelstaaten festlegt. Wir halten es nicht für richtig, dem Bundesrath das praktische Interesse zu rauben, die Ausgabe-Etats des Reiches sparsam zu gestalten, wir würden darin auch eine Schwächung des Einnahme-Bewilligungsrechts des Reichstages erblicken. Die Probe bezüglich der Finanzgebahrung des vorigen Jahres ist glänzend zu gunsten des Reichstages ausgefallen, die Thatsachen haben den Reichs-Schatzsekretär im Stiche gelassen. Die Steuerbewilligungen sind erst im Mai in Kraft getreten, und trotzdem ist das Ziel erreicht. Die Matrikularbeiträge übertreffen die Ueberweisungen nicht; an keiner Stelle sind die Einnahmen hinter den Mehransätzen des Reichstages zurückgeblieben, die Ausgaben haben die ermäßigten Ansätze nicht überschritten. Den Ueberschuß der eigenen Verwaltung des Reiches schlägt der Schatzsekretär auf 5 Millionen Mark an; es wäre ein kolossaler Reinfall (hört, hört!) für alle Steuerzahler geworden, wenn wir neue Steuern bewilligt hätten; man hätte den Einzelstaaten 75 Millionen über die Matrikularbeiträge hinaus in den Schooß geworfen. Daß der Ertrag von 33 Millionen, um welchen die Matrikularbeiträge die Ueberweisungen übertreffen, gerade mit dem Ertrag der Tabaksteuer übereinstimmt, mag ein Zufall sein; aber ein komischer Zufall ist es jedenfalls. (Hört! hört! links.) Man hat die Zolleinnahmen nicht höher, sondern niedriger geschätzt; man hat die dreijährige Fraktion da angewandt, wo die zweijährige einen Mehrertrag ergeben hätte. Erforderlich ist allerdings die Verminderung des Anleihebetrages um 74 Millionen Mark, aber warum soll denn eine solche Verminderung in einem einzigen Jahre herbeigeführt werden? Warum werden die außerordentlichen Ausgaben so erheblich erhöht? Der Vorredner hat schon auf den Ankauf der Uebungsplätze hingewiesen; die Forderungen für Kasernenbauten sind höher als in jedem früheren Jahre; für nicht weniger als 25 Kasernen sind erste Bauraten gefordert; mit der neuen Heeresvermehrung hängt das nicht zusammen, denn es wurde gesagt, daß diesem Bedürfniß im Laufe von 20 Jahren Rechnung getragen werden könne. Für die Marine schreibt man 2½ Millionen Mark mehr den ordentlichen Einnahmen zur Last, blos weil man die Tabaksteuer begründen will. Der Reichskanzler hat von einer Erweiterung der Kreuzerflotte gesprochen. Das ist ein Zugeständniß dafür, daß man über den Flottenplan hinausgeht. Früher verlangte man für den überseeischen Dienst kleine Panzerfahrzeuge, jetzt handelt es sich um große kostspielige Fahrzeuge und zwar nicht mehr um ein Admiralschiff, sondern um eine ganze Flotte von Kreuzern. Wenn die Flotte bisher unsere Angehörigen hat schützen können, warum dann der Drang nach neuen Schiffen? Eine solche Flotte würde eine Schwächung der Wehrkraft unserer heimischen Küsten bedeuten. In den letzten sieben Jahren haben sich die dauernden Ausgaben der Marine um nicht weniger als 40 pCt. erhöht; das muß vorsichtig machen in bezug auf die weiteren Bewilligungen. Die Ausführlichkeit des Kapitels der Rede des Reichskanzlers über die Kolonialpolitik schien mir nicht im Verhältniß zu stehen zu der Bedeutung der Kolonien. Wenn die Kolonialpolitik wirklich das Einigungsband für Deutschland wäre, dann müßte es mit der deutschen Einigkeit sehr schlecht bestellt sein. (Sehr richtig! links.) Der internationale Wettbewerb ist lange vor jeder Kolonialpolitik vorhanden gewesen und Vortheile hat die Kolonialpolitik noch nicht gebracht, sondern Störungen und Verluste; wir haben keine Absatzgebiete gewonnen, sondern Zuschüsse zu leisten gehabt. (Sehr richtig! links) höchstens haben wir einige überflüssige Assessoren untergebracht. Deutsche Arbeiter können in den Kolonien nicht leben. (Sehr richtig! links.) Gerade in diesem Jahre werden die Zuschüsse zu den Kolonien um 40 pCt. erhöht werden. Die Kulturmission in Afrika sollte man jetzt nicht besonders hervorheben. (Sehr wahr! im Zentrum und links). Das Zentrum sollte vom Standpunkt der Missionen sich überlegen, ob es noch mehr Geld als bisher für die Kolonieen ausgeben will. Haben wir Geld übrig, so ist es besser für deutsche Beamte als für Afrika zu verwenden. Graf Caprivi hatte darin Recht: Je weniger Afrika, desto besser für Deutschland. Der Reichsschatzsekretär verwies auf die schwankenden Einnahmen und Ausgaben. Warten wir das doch erst ab; warum sollen wir denn schon jetzt zur Tabakfabrikatsteuer übergehen, welche die minder wohlhabenden Klassen trifft. Während die Thronrede gerade von der Stärkung der wirthschaftlich Schwachen spricht, will man die Tabakarbeiter schädigen. Gerade in der Tabakfabrikation finden noch Arbeiter Beschäftigung, deren Kräfte für andere nicht ausreichen. Die Tabak-Fabrikatsteuer würde die Unzufriedenheit vermehren, umsomehr, weil man schon jahrelang die Tabakindustrie mit diesen Steuerprojekten beunruhigt. Ich habe die Ehre, schon 25 Jahre dem Parlament anzugehören, aber ich muß sagen: Ministerwechsel, wie in diesem Herbste, habe ich nicht erlebt. Die Entlassung des Reichskanzlers ist ein Regierungsakt, welcher der Gegenzeichnung bedarf. Die Entlassung des Fürsten Bismarck und des Grafen Caprivi, sowie die Berufung des Grafen Caprivi und des jetzigen Reichskanzlers hat nach meinen Informationen Herr v. Bötticher gegengezeichnet. Parteirücksichten sprechen dabei für mich nicht mit, denn Graf Caprivi war konservativ und der jetzige Reichskanzler ist es auch. Die Darlegung der Gründe, aus welchen sich der Kanzlerwechsel vollzieht, ist von Bedeutung für die Volksvertretung. Welches sind die Gründe des Kanzlerwechsels gewesen? Daß es keine privaten Gründe waren, sondern politische, unterliegt keinem Zweifel. Graf Caprivi erfreute sich der Mehrheit dieses Reichstages. Die Gründe können nur liegen in den Verhandlungen, die gepflogen wurden in der Vorberathung der Umsturzvorlage. — Redner rekapitulirt die Vorgänge beim Kanzlerwechsel, welche nach erfolgter Verständigung plötzlich innerhalb 24 Stunden zur Entlassung des Kanzlers führten. Man sagt ein ungeschickter Zeitungsartikel habe zu diesem Ergebniß geführt. Nun, innerhalb der Redaktion kann ein ungeschickter Artikel wohl solche Folgen haben (hört, hört!), aber daß er auf die Politik wirken sollte, ist doch unwahrscheinlich. Vielleicht ist Herr von Bötticher, der die Gegenzeichnung geleistet hat, in der Lage, triftigere Gründe vorzubringen. (Heiterkeit.) Fraglich ist mir, ob Herr von Bötticher, ehe die Entscheidung getroffen wurde, um seine Ansicht befragt worden ist. Fürst Hohenlohe soll über die Ernennung neuer Minister schon befragt worden sein, ehe er Kanzler war. Die Minister verhalten sich ganz passiv, als wenn es sich um einen Kanzlerwechsel in Frankreich handelt, so passiv wie die Stabsoffiziere bei der Berufung eines neuen Regimentskommandeurs. Der Chef des Zivil-Kabinets ist ein den Ministern untergebener Beamter und es ist nicht richtig, daß ein solcher Beamter zwischen der Krone und den Ministern eine Zwischenträgerrolle spielt. Wenn der Chef des Zivilkabinets wieder eine solche Rolle des Ministerstürzers übernimmt, dann sollte er sich doch anderer Formen bedienen; das erinnert zu sehr an die seidene Schnur, die in anderen nicht gerade zivilisirten Ländern eine Rolle spielt. Nicht der Chef des Zivilkabinets, nicht die Flügeladjutanten und ähnliche Persönlichkeiten sollten im öffentlichen Leben eine solche Rolle spielen. Das Reichskanzleramt ist mit dem Ministerpräsidium wiederum verbunden worden; um so nothwendiger ist eine anderweitige Entlastung des Reichskanzlers. Fürst Bismarck hat die Arbeit eine Reihe von Jahren bewältigt; aber selbst ihm, der in das Amt hineingewachsen war, ist es schwer geworden. Es ist unter ihm aber doch schließlich eine Versumpfung der Gesetzgebung eingetreten (Widerspruch rechts). Darüber haben auch die Konservativen geklagt. Als Graf Eulenburg das Ministerpräsidium antrat, erklärte er, daß die Vereinigung der Aemter die Kräfte eines Mannes übermäßig in Anspruch nähme. Es müssen jetzt Minister oder Staatssekretäre mit einer selbständigeren Stellung geschaffen werden. Das ist eine alte Forderung, die noch 1889 Herr v. Bennigsen insoweit vertreten hat, als er einen besonderen Reichs-Finanzminister verlangte. Man hat gesagt, man müsse erst abwarten, was der Reichskanzler vorschlagen werde. Das ist doch eine Unterschätzung des Amts des Reichskanzlers; man erwartet, daß die Uebertragung des Amts sich vollzieht auf grund der politischen Vergangenheit. Fürst Hohenlohe hat selbst das taktische Bedürfniß gehabt, der ausschlaggebenden Zentrumspartei eine gewisse Beruhigung zu geben. Aber eigentlich gehen uns kirchenpolitische Fragen doch nicht viel an; die Jesuitenfrage, die Hauptfrage, hat er gar nicht berührt. Fürst Hohenlohe hat dem Reichstage und einer Reichstagspartei angehört, wenn er auch nicht einen so scharf ausgeprägten politischen Charakter hat, wie z. B. Herr v. Kardorff. (Heiterkeit.) Wir bringen ihm daher ebenso viel und ebenso wenig Vertrauen entgegen wie jedem anderen Manne. Wir haben als Ausführungen des Reichskanzlers die Thronrede und das deutige Programm vor uns; das letztere verdient umsomehr Beachtung, als es vorher fixirt ist. Einen Systemwechsel hat der Reichskanzler bestritten, aber ich kann nur sagen: man weiß nicht, was noch werden mag. An der Thronrede gefällt mir weniger, was darin steht, als was darin nicht steht. Es ist in der Thronrede kein Entgegenkommen gegenüber den Agrariern ausgedrückt worden. (Zuruf rechts: Da haben wir's!) Graf Caprivi war unser politischer Gegner, aber ohne jedes Falsch und ohne jede Hinterlist; er wies jedes Sonderinteresse zurück und vertrat das Interesse des gemeinen Wohles, wie er es nach seiner Ueberzeugung verstand. In den letzten Tagen seines Regimentes waren die Agrarier auch sehr zerknirscht. Sie sandten eine Deputation ab, welche allerunterthänigst für die Ausschreitungen des Bundes der Landwirthe die Verzeihung entgegennahm und jede Opposition als unmöglich bezeichnete. Jetzt glauben die Agrarier, daß ihre Zeit gekommen sei; es muß sie mit Freuden erfüllt haben, daß ein Gegner der Handelsvertrags-Politik zum Landwirthschafts-Minister berufen worden ist. Die „Kreuz-Zeitung" hat aber ihre Leser über den Mangel der Thronrede getröstet und gemeint, die Sache würde nachgeholt werden. Vielleicht ist die Rede des Fürsten Hohenlohe heute schon ein Entgegenkommen. Er meinte, die Landwirthschaft sei vernachlässigt worden zu gunsten der Industrie; das hat Herr Miquel schon im vorigen Jahre gesagt und deswegen ist es doch nicht wahr. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Und wenn es wahr wäre, dann würde darin ein großer Vorwurf für den Fürsten Bismarck liegen. Liebesgaben aller Art sind den Landwirthen zugefallen, und nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck sogar der Erlaß der Grundsteuer, auf den man unter Bismarck nie zu hoffen gewagt hätte. Fürst Hohenlohe hat davon gesprochen, daß man nicht an unlösbare Probleme herantreten könne? Welche Probleme sind unlösbar? Mit kleinen Mitteln ist den Agrariern nicht gedient; sie verlangen baar Geld (Heiterkeit), viel Geld für alle Artikel, welche sie zu verkaufen haben. Nun sind die Preise wegen der guten Ernte (Widerspruch rechts) jetzt außerordentlich niedrig. Eine Steigerung der Preise kann der Reichskanzler und das Reich nicht herbeiführen, ohne die besitzenden Konsumenten zu belasten zu gunsten der besitzlosen Klassen. Der Bund der Landwirthe hat erklärt, daß er für Religion, Sitte und Ordnung eintritt, das ist eigentlich selbstverständlich; wer Religion hat, tritt auch dafür ein. Die Erklärung erweckt fast den Verdacht, als ob das Eintreten gegen Bezahlung erfolgen solle, aber die Herren scheinen sich nur noch nicht einig darüber zu sein, ob sie praenumerando oder postnumerando Zahlung verlangen sollen. (Heiterkeit im Zentrum und links.) Zufriedener werden die Herren nicht gemacht werden können, bei ihnen wird mit dem Essen der Appetit kommen. Der Nährboden für die Umsturzparteien ist die Unzufriedenheit, welche wesentlich durch das wirthschaftliche System des Fürsten Bismarck verstärkt worden ist. Im Interesse der Machtpolitik, um die einzelnen Interessengruppen zu gewinnen, hat man immer auf die Staatshilfe verwiesen und nicht an die Selbsthilfe und Selbstverantwortlichkeit appellirt. Solchen Vorstellungen von der Macht des Staates kann keine Regierung, kein Reichskanzler gerecht werden; in weiten Kreisen wird die Meinung erweckt, daß nur der böse Wille der Regierung an allem Uebel schuld sei. Die Thronrede ist rhetorisch sehr schön, aber die Einleitung hätte geändert werden müssen; sie nimmt sich so wunderlich großartig aus gegenüber der kleinen Liste der Mittel, welche vorgeschlagen werden. Es ist seltsam, daß die Umsturzvorlage sich eingeführt hat mit einem Umsturz der Minister, die diese Vorlage ausgearbeitet haben. Graf Caprivi hat davor gewarnt, Maßregeln zu ergreifen, welche den Eindruck einer großen Thatkräftigkeit machen, aber thatsächlich nur die bürgerlichen Parteien treffen. Wir haben uns vorzusehen nicht blos gegenüber dem Umsturz von unten, sondern auch gegenüber dem Umsturz von oben. Der Plan, durch einen einseitigen Beschluß der Bundesfürsten das Reichstags-Wahlrecht aufzuheben, ist eine Aufforderung zum Hochverrath, zum Umsturz von oben. Graf Eulenburg hatte Vorschläge gemacht, welche weder in dem jetzigen, noch in einem neu gewählten Reichstag durchzusetzen gewesen wären. Nur durch Staatsstreich und Hochverrath wären solche Pläne durchzuführen gewesen. Der Ministerpräsident hat nachher die Vorschläge zurückgezogen; er ist aus dem Amt geschieden; aber es ist doch seltsam, daß ein Mann an dieser Stelle sich überhaupt zu solchen Vorschlägen verstehen konnte, zu Vorschlägen, die nur hätten im Wege des Eidbruchs durchgeführt werden können, die geradezu die Revolution von unten provoziren müssen. (Unruhe rechts.) Gegen den Umsturz von oben haben wir weniger Garantien als in anderen Staaten; wir sind auf das Vertrauen zu den leitenden Personen angewiesen. Nur wenn die leitenden Personen Recht und Verfassung zu wahren wissen, dann ist gedeihliches Zusammenwirken der Parteien und der Regierung möglich. (Beifall links.)

Staatssekretär **v. Bötticher**: Ich habe eine thatsächliche Unrichtigkeit des Vorredners zu berichtigen. Allerdings habe ich als Stellvertreter des Reichskanzlers sowohl die kaiserliche Ordre, welche die Entlassung des Grafen Caprivi aussprach, wie auch die, welche den Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst zum Nachfolger bestimmte, gegengezeichnet; ebenso habe ich auch die Ernennung des Grafen Caprivi zum Reichskanzler 1890 gegengezeichnet, aber die Ordre, durch welche Fürst Bismarck von seinen Aemtern entbunden wurde, hat Graf Caprivi gegengezeichnet, ich wurde von dieser Pflicht damals entbunden aus besonderen Gründen. Ueber die Gründe der Entlassung des Grafen Caprivi nur ein Wort zu verlieren, muß ich ablehnen. (Zustimmung rechts.) Nach der Verfassung hat Se. Majestät der Kaiser das Recht, den Reichskanzler zu berufen, und jeder im Lande, also auch die Mitglieder des Reichstags, hat einfach die Pflicht, diese Ernennung zur Kenntniß zu nehmen. (Beifall rechts.) Die Argumentation, daß, wenn der Reichskanzler aufhört, zu existiren, auch der Stellvertreter nicht mehr existirt und nicht mehr kontrasigniren kann, ist grundfalsch, denn nach dem Stellvertretungsgesetz ist der allgemeine Stellvertreter des Reichskanzlers eine dauernde Funktion, gleichviel ob der Reichskanzler im Amte bleibt oder nicht. Endlich herrschte vollständige Uebereinstimmung zwischen Sr. Majestät dem Kaiser und dem Grafen Caprivi, sodaß auch der Vorredner an meiner Stelle die Ordre kontrasignirt hätte. Preußische Vorgänge einer Betrachtung zu unterziehen, ist hier nicht das Forum. Ich lehne es auch ab, auf diese Vorgänge bei der Entlassung der preußischen Minister einzugehen. Der Vorredner meint, es entspreche nicht dem Verhältniß der verantwortlichen Minister, Eröffnungen Sr. Majestät des Königs durch den Chef des Zivilkabinets entgegenzunehmen. Es ist nicht die Gewohnheit preußischer Minister, Sr. Majestät Formen vorzuschreiben, in denen Se. Majestät für gut findet, mit seinen Ministern zu sprechen. Der Vorredner hat auch eine Sitzung des preußischen Staatsministeriums erwähnt. Nicht um Interna aus den Berathungen des preußischen Staatsministeriums mitzutheilen — damit würde ich meine Pflicht verletzen — aber um ihn zu beruhigen, will ich ihm sagen, daß weder der Graf Eulenburg noch irgend ein Minister irgend eine Aeußerung gethan oder irgend eine Perspektive entwickelt hat, die auf den Staatsstreich hinaus wollte. Jedes Mitglied des preußischen Staatsministeriums, das den Eid auf die Verfassung geleistet hat, wird es ablehnen, in dieser Beziehung eine Politik zu inszeniren, die zum Staatsstreich führen muß, und wenn der Vorredner seine Folgerungen aus einer Aeußerung des Grafen Caprivi zieht, die dahin geht, daß seine Vorschläge weder in diesem noch in einem neuen Reichstage auf Annahme zu rechnen hätten, so hat ihm seine Phantasie doch einen Possen gespielt. Daraus folgt doch weiter nichts, als daß gewisse Vorschläge, wenn sie von diesem Reichstage nicht angenommen werden, vielleicht von einem künftigen zu haben sein werden. Aber der Schritt von einer Auflösung des Reichstages bis zu einem Staatsstreich ist ein so exorbitanter, daß er mit einer gewöhnlichen Phantasie nicht zu konstruiren ist. (Beifall rechts.)

Um 5 Uhr wird die weitere Berathung auf Mittwoch 12 Uhr vertagt.

Parlamentarisches.

Die Einstellung der gegen unsere Genossen Kühn, Schmidt-Berlin, Stadthagen und Vogtherr schwebenden Strafverfahren wurde von der sozialdemokratischen Fraktion beantragt.

Leuß. Die Schwurgerichts-Verhandlung gegen den antisemitischen Reichstags-Abgeordneten Leuß wegen Meineids ist endgiltig auf den 14. und 15. d. M. angesetzt.

Der Seniorenkonvent des Reichstages war heute vor Beginn der Plenarsitzung versammelt, um über die Vertheilung des Vorsitzes in den Abtheilungen und in den ständigen Kommissionen, sowie über die Zahl der den verschiedenen Parteien zustehenden Sitze in den Kommissionen zu berathen. Es wurde beschlossen, bezüglich des Vorsitzes in den Abtheilungen sowie in den Fachkommissionen — es handelt sich um die Geschäftsordnungs-, Petitions-, Rechnungs-, Wahlprüfungs- und Budgetkommissionen — keine Aenderungen gegen die vorige Session vorzunehmen. Die Fraktionen erhalten die ihrer Stärke entsprechende Anzahl von Plätzen in den Kommissionen. Auch hierbei bleibt es bei dem Verfahren der vorigen Session, weil durch die inzwischen erfolgten Mandatsverschiebungen — bekanntlich haben die Konservativen zwei Mandate an die Sozialdemokraten verloren — an der Vertretung der Parteien in den Kommissionen rechnungsmäßig nichts geändert wird. Diese Beschlüsse des Seniorenkonvents haben durch die heute erfolgten Wahlen und die Konstituirung der Kommissionen die Zustimmung des Reichstages gefunden. Die in der Presse vielfach ventilirte Frage der Reihenfolge der Initiativanträge kam im Seniorenkonvent ebenfalls zur Sprache und wurde dahin erledigt, daß sämmtliche Initiativanträge, von denen die meisten schon vor Eröffnung des Reichstages auf dem Büreau niedergelegt waren, als zu gleicher Zeit eingebracht gelten, so daß zunächst keiner Partei eine Priorität für die Verhandlung ihrer Anträge zusteht. Ueber die geschäftliche Behandlung der Initiativanträge bezw. die Reihenfolge soll die Geschäftsordnungs-Kommission dem Reichstage Vorschläge machen. Vermuthlich wird man sich entschließen, die Reihenfolge der Anträge für die Verhandlung im Plenum durch das Loos zu bestimmen.

* * *

Befähigungsnachweis für Schiffer und Flößer. Nachdem es infolge der in der letzten Bundesrathssitzung erfolgten Annahme der Ausschußanträge zu den Gesetzentwürfen, betreffend die privatrechtliche Regelung der Binnenschifffahrt und der Flößerei, wahrscheinlich geworden ist, daß sich der Reichstag in seiner diesmaligen Tagung auch mit diesen Entwürfen beschäftigen wird, dürfte, den „Berl. Pol. Nachr." zufolge, der Reichstag auch in die Lage kommen, in eine Erörterung über die Einführung des Befähigungs-Nachweises einzutreten, obschon ein Entwurf über die Organisation des Handwerks aller Voraussicht nach diesmal nicht vorgelegt werden wird. Die beiden oben genannten Gesetzentwürfe verlangen nämlich den Befähigungsnachweis, der erstere für Schiffer und Maschinisten, der letztere für Flößer, allerdings mit einem Unterschiede. Bezüglich der Schiffer und Maschinisten soll der Bundesrath allein zum Erlaß von Vorschriften über den Befähigungsnachweis ermächtigt werden, bezüglich der Flößerei soll dagegen auf denjenigen Wasserstraßen, auf welchen eine regelmäßige Schifffahrt nicht stattfindet, diese Befugniß den Landesregierungen übertragen werden. Es darf angenommen werden, daß der Reichstag mit Rücksicht auf die in diesem Gebiet in Frage stehenden Interessen der Einführung dieser Befähigungsnachweise nicht entgegenstehen wird.

* * *

Zentrumsantrag betr. den Hausirhandel. Die Abgeordneten Gröber, Dr. Hitze und Genossen haben den schon im vorigen Jahre dem Reichstage unterbreiteten, aber unerledigt gebliebenen Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbe-Ordnung betreffend den Gewerbebetrieb im Umherziehen (Hausirgewerbe) wieder eingebracht.

* * *

Die Elsaß-Lothringer, unterstützt durch Zentrumsmitglieder, beantragen einen Gesetzentwurf folgenden Inhalts: „§ 1. Der Landesausschuß von Elsaß-Lothringen geht aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor. § 2. Auf je 30 000 Einwohner wird ein Abgeordneter gewählt. Eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten infolge der steigenden Bevölkerung wird durch das Gesetz bestimmt. § 3. Die Bestimmungen der §§ 12 bis inkl. 16 des Gesetzes vom 4. Juli 1879, betreffend die Verfassung und die Verwaltung Elsaß-Lothringens, werden aufgehoben."

* * *

Gegen die Einfuhr argentinischen Weizens. Die Abgeordneten Frhr. v. Heyl, Graf v. Oriola und Dr. Friedberg haben, unterstützt von einem Theile der Nationalliberalen, den Antrag gestellt, „die verbündeten Regierungen zu ersuchen, den Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag mit der argentinischen Republik vom 19. September 1887 auf grund des Artikels 14 dieses Vertrages zu kündigen." Nach der „Nat.-Ztg." ließen sich die Antragsteller von der Erwägung leiten, daß nicht weniger als 50 pCt. der argentinischen Weizenproduktion auf den deutschen Markt geworfen wird, und zwar gerade zu einer Zeit, wo auch unser Weizen reif ist. Trotz dieses Vortheils, welchen Argentinien ohne jede Gegenleistung erhalten hat, sind die industriellen Einfuhrzölle nach dort wiederholt und zuletzt noch in diesem Jahre erheblich gesteigert worden. Bei etwaigen neuen Verhandlungen über einen Handelsvertrag könnte die deutsche Landwirthschaft bei Zucker, Sprit und Quebrachoholz, die deutsche Industrie durch Herabsetzung der argentinischen Zölle Vortheile erlangen.

Lokales.

Die Sprechstunde des Rechtsanwalts wird heute von 7½ bis 8½ Uhr **Abends** abgehalten.

Die Preßkommission hat nach stattgehabter Neuwahl den Genossen Richard Beyer, Cuvrystr. 34, H. 5 Tr., zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Die Adressen der Preßkommissions-Mitglieder sind:

Im 1. Wahlkreis: Johannes Timm, Alte Jakobstraße 18/19, 4 Tr.; Soyka, Lübbenerstr. 14, v. 2 Tr.

Im 2. Wahlkreis: Hermann Silberschmidt Culmstr. 25; Karl Neustergerling, Nostizstr. 5.

Im 3. Wahlkreis: Hoch, Manteuffelstr. 51a; Pohl, Stalitzerstr. 118.

Im 4. Wahlkreis (Ost): Franz Thielke, Straußbergerstr. 32. — (Südost): Richard Beyer, Cuvrystraße 34, H. 5 Tr.

Im 5. Wahlkreis: G. Niederauer, Andreasstr. 56.

Im 6. Wahlkreis: Otto Schmidt, Schwedterstr. 22; Heinrich Beiswänger, Soldinerstr. 21.

Zuschriften resp. Beschwerden, welche die Preßkommission angeben, sind entweder an den Vorsitzenden oder an die betr. Mitglieder der einzelnen Wahlkreise zu richten.

Die Sitzungen der Preßkommission finden fortan jeden ersten **Mittwoch** im Monat Abends 8½ Uhr statt.

Winke mit dem Thorflügel. Die ringtreuen Blätter Berlins berichten von der letzten Versammlung des Vereins Berliner Gastwirthe u. a. auch über den Bescheid, der diesen allezeit ergebenen Verfechtern der Brauerei-Interessen auf devotest vorgebrachte Wünsche zu theil geworden ist. Auf das Ersuchen, doch den Beschluß des Ringes, wonach die Gastwirthe gezwungen sind, gegen ihren Willen bei ihrer bisherigen Brauerei zu verbleiben, zu annulliren, hat Herr Happoldt im Namen seiner Mitverschworenen mit „Nein" geantwortet; nur unter besonderen Umständen soll einzelnen recht braven Gastwirthen diese Fessel abgenommen werden. Recht deutlich wurde bei Erörterung dieses Punktes Herr Jakobi, der unermüdliche Fürsprecher für den Brauerring. Man solle die Brauereien nicht drängen, denn diese „drängten" ja auch nicht, war der Sinn seiner Rede.

Das ist der Dank vom Hause Rösicke! Man erinnert die Wirthe, denen diese Bestimmung äußerst unbequem ist, daran, daß sie „hängen" und es eigentlich als besondere Vergünstigung zu betrachten haben, daß man ihnen die Kehle nicht mit einem Male zuschnürt. — „Um Himmelswillen nur dem Ringe nicht zu nahe treten," diese Phrase war gewissermaßen als Stichwort in der Nähe des Vorstandstisches ausgegeben. Eine Anfrage, ob man denn nicht den Versuch machen solle, die Herren Ringbrauer zu Konzessionen in bezug auf die Flaschenbier-Frage zu veranlassen, wurde mit der ausgezeichneten Motivirung abgelehnt, daß die Gastwirthe eigentlich daran garnicht betheiligt seien. (!) Der Ursprung dieser neuen Wahrheit ist nicht zweifelhaft. Hervorgehoben soll aber werden, daß die Stellungnahme des Vereins zu dieser Frage früher eine wesentlich andere war. Wir werden ja sehen, wie die anderen Gast- und Schankwirthevereine sich damit abfinden.

Zum Schluß wurde den Anwesenden noch ein Stück Zuckerbrot gezeigt. Ein Mitglied der famosen Saalbesitzer-Kommission erzählte, daß „schon" 160 000 M. an Unterstützungen verausgabt seien. Nun, glücklich der, der da glaubt; wir haben gehört, daß recht viele bei dieser Mittheilung spöttisch gelächelt haben sollen. Oder geschah das vielleicht deshalb, weil der gute Mann den uralten Witz von dem „nassen Sommer" als Trost für diejenigen verausgabte, die trotz allen Hoffens und Harrens bislang noch keinen rothen Pfennig erhalten haben?

Zur Lokalliste. In Schöneberg wohnt Schulze nicht Nr. 62, sondern Nr. 65 in der Friedenauerstraße. Wegen Verhinderung der Kontrolle sind die folgenden Wirthe in Rummelsburg von der Liste zu streichen: F. Peters, Kantstr. 8; Henke, Göthestr. 9; Kernchen, Prinz Albertstr. 29; Ulrich, Hauptstr. 8.

Durch Nebel und Rauhreif leuchtete und funkelte es am 10. Dezember auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde. Das Grab unserer Agnes Wabnitz war an ihrem Geburtstage von zahlreichen Genossinnen geschmückt worden. Ein geschmackvoller Baldachin aus Tannenzweigen wölbte sich über dem Hügel; Palme, Stechpalme und Lorbeer stiegen wieder fast bis zur Höhe der Friedhofsmauer empor. Am Nachmittage versammelten sich Mitglieder des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins an der Ruhestätte, wo die Vorsitzende, Frau Mesch, einige Worte voll warmen Gedenkens an die Verstorbene sprach. Geräuschlos, fast unbemerkt, ist der Blumenschmuck durch Arbeiterinnenvereine und die Freundinnen der Verstorbenen auf den Friedhof geschafft worden. Diese Ehrung widerlegt in ihrer einfachen Größe die Behauptung bürgerlicher Blätter, der „Begräbnißgang" am 2. September sei nicht dem allgemeinen Herzensdrange entsprungen, sondern nur eine „Demonstration" gewesen.

Unser Artikel über die Arbeitsverhältnisse der Vergolder im königlichen Schloß hat bereits einen, wenn auch nicht besonders erheblichen Erfolg gehabt. Am Dienstag voriger Woche, also an dem Tage, an welchem der Artikel in unserem Blatt erschienen war, hatten die Arbeiter das Vergnügen, Herrn Hof-Vergoldermeister Noak plötzlich während der Essenspause mit dem „Vorwärts" in der Hand vor sich zu sehen. Ziemlich weit im Hintergrunde standen einige andere Herren, die von den Arbeitern für Hofbeamte gehalten wurden. Herr Noak erkannte in liebenswürdiger und zuvorkommender Weise die Richtigkeit der von uns in dem Artikel an's Licht geförderten Thatsachen an. Nur meinte er, hätte der „Vorwärts" Unrecht, wenn er ihm indirekt vorwerfe, daß er bei den Arbeiten selber nicht Hand mit anlege. Das sei ihm bei seinen Verhältnissen nicht gut möglich. Von den Arbeitern wurde Herrn Noak entgegnet, daß dem „Vorwärts" in dieser Beziehung wohl ein wenig der Schalk im Nacken gesessen habe und daß die betreffende Unterlassung auch von ihnen nicht für der Uebel schlimmstes gehalten werde. So kam denn ganz von selber die Rede auf den nervus rerum und der Schluß der interessanten Disputation war, daß Herr Noak den Arbeitern einen Thaler Zulage per Woche verhieß. Aber es geschah noch ein Uebriges. In den nächsten Tagen wurde von den Zimmerleuten der bis dahin in unmittelbarer Nähe der Bedürfnißanstalten placirt gewesene Frühstücksverschlag anders hergerichtet, sodaß die Arbeiter fortan nicht mehr nöthig haben, ihr Essen unter Pestgeruch zu verzehren; und als der Sonnabend Abend herangerückt war, kam zu aller Verwunderung mit einem Male die Weisung, daß eine halbe Stunde früher, als sonst üblich, Feierabend gemacht werden solle!

Seit diesen Ereignissen ist der „Vorwärts" selbst unter den wenigen Arbeitern im Schloß ungemein populär geworden, die sich bisher lässig und indifferent von unseren Bestrebungen ferngehalten haben. Ein Erfolg, den wir natürlich weit weniger uns, als dem eifrigen Wirken unserer im königl. Schloß beschäftigten Parteigenossen zuschreiben.

Werden die sich ärgern! In der „Volks-Zeitung" lesen wir: Oberbürgermeister Zelle wird am nächsten Sonnabend im Festsaale des Rathhauses einen alljährlich stattfindenden Repräsentationsabend veranstalten, wozu bereits Einladungen an städtische Kreise, an Mitglieder des Magistratskollegiums und der Stadtverordneten-Versammlung ergangen sind. Nach dem Mahle findet ein gemüthliches Zusammensein statt. Mit Rücksicht auf die neuesten Vorkommnisse im Reichstage sind — so berichtet die „Staatsbürger-Zeitung" — an die sozialdemokratischen Stadtverordneten aber keine Einladungen ergangen.

Unsere Parteigenossen im Rothen Hause sind natürlich zerschmettert oder zum mindesten niedergeschmettert. Sobald sie sich einigermaßen erholt haben, wollen sie zunächst vor Herrn Zelle Buße thun und ihn fragen, wie viel ein Paar Wadelstrümpfe kosten.

Den Arbeitern und Handwerkern, deren Löhne unter der Konkurrenz der Zuchthausarbeit heruntergedrückt worden sind, wird die nachstehende Mittheilung, die wir der „Freisinnigen Zeitung" entnehmen, eine kleine Genugthuung bereiten:

Die Schneiderwerkstätten im Zuchthause Moabit, so berichtet das Blatt, welche für den Fiskus die Bekleidungsstücke der Schutzmannschaft liefern, haben dem Berliner Polizeipräsidium bezw. dessen Bekleidungskommission einen argen Streich gespielt, indem sie den größten Theil des gelieferten Tuches zu Schutzmannspaletots so gänzlich verschnitten haben, daß dieselben zur Bekleidung als unbrauchbar zurückgewiesen werden mußten. Infolge dessen wartet die Schutzmannschaft, welche reglementsmäßig alle vier Jahre Anwartschaft auf neue Mäntel hat, bereits sechs Jahre darauf, also 24 Monate länger, als die Lieferung früher mit anerkennenswerther Pünktlichkeit von der Stadt erledigt wurde. Genau dieselben Verzögerungen, nur in geringerer Zeitdauer, sind bei der Lieferung der Anzüge vorhanden. Auch die Fußbekleidung war schon am 1. Oktober fällig — jetzt ist Weihnachten vor der Thür, und die Lieferung ist noch nicht erfolgt.

Die Sonntagsruhe, sowie die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, welche auf die Nachtarbeit der Frauen Bezug haben, scheinen für die Buchdruckerei von Albert Damke, Markgrafenstr. 88 nicht zu existiren. In diesem Institut haben in der vorigen Woche Anlegerinnen und Bogenfängerinnen nicht nur den Tag über, sondern auch während der Nachtstunden gearbeitet. Ferner ist in der Druckerei des Herrn Damke am verflossenen Sonnabend von einigen Arbeiterinnen nicht nur länger, als bis ½6 Uhr gearbeitet worden, sondern man hat dort auch die Nachtschichten zum Sonntag, wie zum Montag hindurch Frauen beschäftigt. Desgleichen ist am Sonntag den ganzen Tag über gearbeitet worden. Angesichts der Nacht- und Feiertagsarbeit im königlichen Schloß scheint Herr Damke dem Dichterwort „Ein gutes Beispiel weckt Nacheiferung" eine recht erweiterte Auslegung gegeben zu haben.

Die satte Moral. Gegen die Errichtung eines Asyls für Obdachlose im Norden Berlins, in der Müllerstraße, hat der Bezirksverein „Wedding" in einer in seiner letzten Sitzung einstimmig angenommenen Resolution protestirt. Der Verein erblickt in der Errichtung eines Asyls für Obdachlose in jener Gegend, in der sich bereits verschiedene derartige Anstalten befinden, eine sittliche Gefahr, der besonders die Schülerinnen der zahlreichen dortigen Schulen ausgesetzt sein würden.

Möchten die feisten Vertreter der satten Moral die Tugend und Unschuld niemals in größere Gefahr bringen, als dies durch die Obdachlose geschehen kann, die am Abend eiligst die Stätte aufsuchen, wo sie ihr müdes Haupt niederlegen.

Von den sogen. höheren Baubeamten hatten wir kürzlich zu berichten, daß sie in der glücklichen Lage wären, sich nicht mit Geldsorgen, wohl aber mit Titelsorgen quälen zu müssen. Einige dieser Herren geizten, wie wir in einer uns aus ihren Kreisen zugegangenen Mittheilung entnahmen, in vollem Ernst nach den geschmackvollen Titeln „Bau-Referendar" und „Bau-Assessor". Mit ihrem Chinesenthum scheinen diese Leute nun selbst die Mehrzahl ihrer uffjeklerten Berliner Kollegen angesteckt zu haben, denn in einer dieser Tage abgehaltenen Versammlung erklärte sich der Berliner Architektenverein mit den ihm zur Berathung vorgelegten Titulaturvorschlägen einverstanden. Es muß ja entsetzlich weit mit dem geistigen Rückschritt der deutschen Bourgeoisie gekommen sein, wenn die Pest des Bureaukratismus selbst in einem so nützlichen Beruf, wie dem der Baumeister, schon in so unheimlicher Weise grassirt.

Ein neues Theater soll demnächst im Südosten Berlins entstehen. Zu dem Bau, dessen Anfang schon für das nächste Frühjahr beabsichtigt wird, ist das Hinterland des Grundstücks Reichenbergerstr. 34 in Aussicht genommen, das wegen seiner eingebauten Lage anderweit schwer zu verwerthen ist. Die Anschläge und Zeichnungen sind bereits fertig.

Ueber den künstlerischen Werth des neuen Reichstagshauses wird uns aus Fachkreisen noch geschrieben: „Im „Vorwärts" vom 5. und 6. d. M. war das neue Reichstags-Gebäude einer Besprechung unterzogen, die sich vortheilhaft von dem Lobesgeheul der bürgerlichen Organe unterschied. Immerhin kam diese Architekturleistung noch ziemlich glimpflich weg, während sie doch geradezu einen Schlag ins Gesicht der selbstständig denkenden und selbstbewußten Theile des deutschen Volkes bedeutet. Hat der Architekt, dem die bürgerliche Presse besonders die überquellende Erfindungsgabe nachrühmt, wirklich keine anderen Dekorationsmotive finden können, als Kronen und Wappen? Innen und außen, in Stein und Malerei, in Stuck, in Holz, in Vergoldung, nichts als Kronen und Wappen, Wappen und Kronen! Dazu würde die Inschrift: „Dem deutschen Volke!" wirklich gepaßt haben wie die Faust aufs Auge. Angesichts der bekannten Worte vom „Gipfel der Geschmacklosigkeit" kann man nicht annehmen, daß diese Anordnung von oben gewünscht ist. Sie scheint vielmehr aus der Tiefe der deutschen Bourgeoisseele geflossen zu sein, wie die Hofnachrichten der bürgerlichen Blätter, und empfunden zu sein, wie der Handkuß des Esels in der Fabel. Durch das einstimmige Lob der Künstler und Fachkreise sollte man sich übrigens nicht in dem Urtheil über das Gebäude beeinflussen lassen. Der Eindruck der Größe und Erhabenheit ist eben nicht vorhanden. Die deutsche Künstlerschaft aber, die sich seit längerer Zeit schon des Rufes der Impotenz erfreut, befindet sich hier in der Lage des Schneiders, der einen Anzug verpfuscht hat und nun dem Kunden vorredet, derselbe sitze brillant. Man hat zweimal Konkurrenzen ausgeschrieben, an den Mitteln nicht gespart und — das Resultat befriedigt das Publikum nicht. Da heißt es eben nachhelfen. Die Arbeiterklasse hat aber keinen Grund sich über die künstlerische Impotenz der Bourgeoisie aufzuregen. Die deutsche Nation hat zu andern Zeiten gezeigt, daß sie der höchsten künstlerischen Leistungen fähig ist. Unter günstigen Kulturbedingungen, wie sie die Arbeiterschaft anstrebt, wird die Kunst auch auf unserem Boden wieder gesunde, schöne Blüthen treiben. Bis dahin heißt es, Alles ehrlich und scharf kritisiren."

Ein Eisenbahnunglück ist am Montag Abend infolge des dichten Nebels entstanden. Der Nordringzug, der um 5 Uhr 47 Minuten vom Bahnhof Wedding nach dem Gesundbrunnen abfährt und größtentheils Arbeiter befördert, ist in der Nähe der Badstraße entgleist. An dieser Stelle laufen die vier Geleise der Stadt- und Ringbahn in zwei Schienenstränge zusammen, während ein neuer dritter Strang noch nicht ganz fertig gestellt ist. Der aus der Maschine und zehn Personenwagen bestehende Zug fuhr rechtzeitig vom Wedding ab, schlug aber ein langsameres Tempo ein, weil der Maschinenführer das Einfahrtzeichen auf dem Gesundbrunnen des Nebels wegen nicht sehen konnte. Da nun dieses nicht gegeben war, wie sich später herausstellte, so war auch die Weiche nicht entsprechend gestellt. So geschah es, daß der Zug auf das im Bau begriffene Geleise fuhr. Die Maschine und der erste Wagen entgleisten: die erstere bohrte sich tief in den Sand ein. Unglück scheint nicht entstanden zu sein. Die Fahrgäste verließen den Zug und entfernten sich über die Böschung des Eisenbahndammes. Der Verkehr war auf dem einen Geleise von 6—8 Uhr gesperrt. Dienstag Morgen um 10 Uhr wurde der „Thatbestand" durch eine Kommission von Direktionsmitgliedern „festgestellt".

Deutschlands Kulturhöhe. Die Strafanstalt in Brandenburg a. H. ist gegenwärtig so überfüllt, daß am letzten Freitag nicht weniger als 206 Sträflinge unter Leitung des Direktors nach anderen Anstalten überführt werden mußten, und zwar 46 nach Lichtenburg, 85 nach Striegau und 75 nach Brieg.

Polizeibericht. Am 9. d. M. starb das dreijährige Mädchen eines in der Naunynstraße wohnhaften Kaufmanns infolge einer Vergiftung durch Schwefelsäure, die das Kind aus einer im Küchenschranke stehenden Flasche getrunken hatte. — Am 10. d. Nachmittags stürzte im Lagerraum eines Produktenhändlers in der Pappel-Allee eine dort beschäftigte Frau aus dem 2. Stock in den Fahrstuhlschacht hinab und erlitt sehr schwere innere Verletzungen. — In der Potsdamerstraße fand ein Zusammenstoß zwischen einem Omnibus und einem Pferdebahnwagen statt, bei dem der Schaffner des letzteren und ein im Omnibus sitzender Kaufmann durch Glassplitter erheblich, und mehrere Fahrgäste leicht verletzt wurden. — Abends stürzte in der Mendelssohnstraße ein in scharfem Trabe reitender Mann vom Pferde und wurde am Kopfe so schwer verletzt, daß er bewußtlos liegen blieb. Er wurde nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. — Im Laufe des Tages fanden drei Brände statt.

Witterungsübersicht vom 11. Dezember 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm reduzirt auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius 0° C. = 4° R.)
Swinemünde	774	S	2	Nebel	—4
Hamburg	772	SO	1	halb bedeckt	—1
Berlin	774	SSO	1	wolkenlos	—6
Wiesbaden	772	Still	—	wolkenlos	—2
München	771	O	4	wolkenlos	—6
Wien	774	Still	—	Nebel	—4
Haparanda	763	Still	—	heiter	—13
Petersburg	768	SSW	1	Schnee	—3
Cork	758	SW	3	Regen	11
Aberdeen	757	SW	4	bedeckt	11
Paris	768	Still	—	wolkenlos	0

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 12. Dezember 1894.
Ein wenig wärmeres, theils heiteres, theils nebeliges Wetter mit schwachen südlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Versammlungen.

Im Verein der Zimmerer sprach am 2. Dezember Genosse Keßler über den Nutzen der Gewerkschaftsorganisation. Der Referent schilderte in seinem Vortrage, in welche Noth die Arbeiter durch die heutige Wirthschaftsordnung gerathen, gerade im Baufach zeigt es sich am deutlichsten, was die Profitgier der Unternehmer für unendlichen Jammer und Elend in der ganzen Arbeiterschaft hervorzubringen im stande ist. Die Arbeitslosigkeit, wie sie gegenwärtig herrscht, ist zum größten Theil dadurch verschlimmert, daß städtische wie königliche Bauten in Submission vergeben werden. Bei der Ausführung ist es sehr natürlich, daß der betreffende Unternehmer trotz der gedrückten Preise immer noch Profit herausschlagen will. So kommt es, daß die Zahl der Arbeiter herabgedrückt wird, während die Thätigen aufs äußerste angestrengt werden. Bei dem Privatunternehmerthum ist der Bauschwindel vorherrschend. Fast ausnahmslos fungiren sogenannte Strohmänner als Bauherrn resp. Arbeitgeber. Diese sind möglichst bestrebt, billige Arbeitskräfte zu erhalten, die Leistung aber zu erhöhen, und schließlich die Arbeiter um den Lohn zu betrügen. Die Pflicht der Arbeiter ist es diesen entgegenzutreten, doch kann das nur durch die Organisation geschehen, darum ermahnte der Redner die Anwesenden mit kräftigen Worten sich zu organisiren; sobald die Zeit eine bessere wird, muß alles zum Schlage bereit sein. Doch auch in der Gegenwart kann sehr viel verhindert werden sobald eine organisirte Masse den Unternehmern gegenübersteht. In der Diskussion sprachen sich alle Redner im Sinne des Referenten aus, unter anderem wurde die Ueberstundenarbeit am königl. Schloß kritisirt. Mit der Bekanntmachung, daß am Sonntag, den 16. Dezember die nächste Vereinsversammlung in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, stattfindet, schloß die gutbesuchte Versammlung.

In der Vereinsversammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins des arbeitenden Volkes hielt am 5. d. M. Genosse Vogtherr einen anregenden Vortrag über: „Denkfreiheit und Denkfaulheit". Keine Befürwortung — setzte Referent auseinander — brauche die angebotene, unbestreitbare Freiheit der Denkoperation im Hirn des Einzelnen, die dem schärfsten Polizei-Auge verborgen bleibt und die selbst dem sibirischen Gefangenen unverwehrt ist, desto stärkerer Vertheidigung bedürfe die einzig wesentliche Freiheit, daß der Einzelne seine Gedanken verbreiten und durch Andere zur That umsetzen lassen dürfe. Daß diese Freiheit auch beim Volke der Denker übermäßig kontrollirt wird, ist die Schuld der Denkfaulheit, die das gesammte geistige und gesellschaftliche Leben beherrscht. Auf dem Gebiet des Ueberzeugungs- und Empfindungslebens sind es die Gewaltmaßregeln der Schule, welche zuerst dem Denken die unfreie Bahn fürs Leben vorschreiben. Innerhalb der Gesellschaft der Erwachsenen fehlt ganzen Schichten, und zwar erfolgreichen, die Einsicht, welche untergeordnete Stellung sie thatsächlich im großen Produktionsleben einnehmen. Ihre eigene Denkträgheit zwingen sie den von ihnen abhängigen Schichten auf.

Endlich ist es das heutige Produktionssystem selbst, welches, frei von jeder Humanität, die große Mehrzahl der Menschen derart in den Konkurrenzkampf spannt, daß ihnen zum Denken kaum Zeit bleibt, geschweige, für dies Denken Freiheit zu verlangen. Daß diese Denklust aller Nichtorganisirten beim weiblichen Geschlecht überwiegt, liegt daran, daß die ohnehin überlastete Frau durch den Konkurrenzkampf noch stärker ermüdet wird als der Mann. — Zur Diskussion äußerten sich im Sinne des Referats die Genossinnen Luchs und Fahrenwald. Zu „Verschiedenem" befürwortete Frau Fahrenwald die Anstellung eines Rechtsbeistandes für den Verein, indem sie an die im Oktober stattgehabte Verurtheilung der Genossin Bergemann zu 150 M. Strafe erinnerte. Ferner beschloß der Verein, am 10. Dezember, dem Geburtstag der Genossin Wabnitz, einen Kranz auf deren Grab niederlegen zu lassen.

Die Mühlenarbeiter hielten am Sonntag Nachmittag im „Freischütz", Fruchtstr. 36a, eine öffentliche Versammlung ab. Genosse Millarg referirte über „die wirthschaftlichen Umwälzungen und ihre Begleiterscheinungen", unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Müller-Gewerbe. In der Diskussion des mit Beifall aufgenommenen Vortrages theilte Prüfer mit, daß in der an der Moabiter Brücke belegenen „Vorstadtmühle" seit Sonnabend der Betrieb eingestellt ist, wodurch ca. 60 Arbeiter, von denen schon viele 12—16 Jahre dort arbeiten, kurz vor dem Fest brotlos und somit dem Elend preisgegeben wurden. Dieser Fall beweise aufs neue, wie ohne jede Rücksicht auf das Wohl seiner Arbeiter der Kapitalist die ihm für seine Interessen gut dünkenden Dispositionen trifft und um so bedauerlicher fand es der Redner, daß trotz größtmöglichster Agitation die Betheiligung der Mühlenarbeiter an den Versammlungen und der Organisation eine sehr schwache ist. An Stelle des am Erscheinen verhinderten Delegirten erstattete Millarg den Bericht über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission. Die von Prüfer verlesene Abrechnung der Agitationskommission für die Zeit vom 11. März d. J. bis Ende November wies eine Einnahme von 39,52 M. und eine Ausgabe von 44,35 M. auf.

Rixdorf. Am Sonntag, den 2. Dezember, fand in Kummer's Lokal eine Bezirksversammlung des Verbandes aller in der Metallindustrie besch. Arbeiter statt. Schriftsteller Schulz referirte über: Der Einfluß des Kapitalismus auf die Wohnungsverhältnisse. Der Referent schilderte die Wohnungen von früher und jetzt, und gab über die Entstehung des Handwerks die des Kapitalismus eine eingehende Darstellung. Die Arbeiterwohnungen, namentlich in größeren Städten, besprach Redner in hygienischer, ökonomischer und sittlicher Beziehung. Durch Polizei würden sich diese Uebelstände nicht aus der Welt schaffen lassen, sondern nur durch immerwährenden, energischen Protest seitens des Proletariats gegen den Kapitalismus. Diskussion fand nicht statt. Kollege Thate erinnerte an den § 4 des Statuts und ermahnte die Mitglieder, nicht die Arbeit niederzulegen bei Streiks oder dergleichen, ohne den Vorstand vorher in Kenntniß gesetzt zu haben. Es würde in dieser Hinsicht noch viel gesündigt.

Vermischtes.

Schiffsexplosion. Aus Ruhrort wird berichtet: Am Montag Mittag fand auf dem Bugsirdampfer „Ruhrort" während der Bergfahrt eine Kesselexplosion statt. Das Schiff ist zertrümmert und sofort gesunken. Der Kapitän Kretzer und der Maschinist Philipsen sind getödtet.

Bei Spinazzola in Apulien ereignete sich am Montag ein Eisenbahnunglück. Die Brücke über den Ofanto zwischen Venosa und Rapolla, welche von dem angeschwollenen Fluß unterwühlt war, stürzte in einer Länge von 20 Metern in dem Augenblicke zusammen, als ein von Spinazzola kommender Personenzug hinüberfuhr. Die Maschine, der Tender und die meisten Wagen stürzten hinab. Acht Personen wurden schwer verwundet, darunter sechs Eisenbahnbeamte.

Professor und Lieutenant der Reserve! Der militärische Charakter scheint bei unseren Gebildeten allgemach die erste Stelle einzunehmen. In einem Fachblatt finden wir ein Werk „Szepter und Kronen" annoncirt, als dessen Herausgeber sich ein Herr Adolf Ascher mit der Empfehlung: Professor und Lieutenant d. R. einführt. Wenn das nicht zieht!

Cattaro, 10. Dezember. Heute früh 4 Uhr 35 Min. wurde hier ein ziemlich starkes, wellenförmiges Erdbeben verspürt; dasselbe dauerte 4 Sekunden und bewegte sich in der Richtung von Osten nach Westen.

Eine journalistische Diebesfalle. Unter dieser Spitzmarke erzählten wir unlängst die heitere Geschichte von den Depeschendiebstählen der United Preß. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß es bei dem Rufe dieses Unternehmens nicht zu verwundern ist, daß sein Berliner Vertreter — Herr Theodor Reuß ist.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die Sprechstunde des Rechtsanwalts wird heute von 7½ bis 8½ Uhr **Abends** abgehalten.

P. S. 24. Das Berliner Gewerkschaftsbureau befindet sich Grenadierstr. 10. Bureauzeit Wochentags von 10 bis 1 Uhr und 6 bis 7 Uhr.

W. C. 1. Bisher haben sich unsere Parteigenossen von dieser Förmlichkeit ferngehalten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, 12. Dezember.

Opernhaus. Hänsel und Gretel. Mara.
Schauspielhaus. Halali. Die Dienstboten.
Deutsches Theater. Gespenster.
Berliner Theater. Heimgefunden.
Lessing-Theater. Zwei Wappen.
Schiller Theater. Des Meeres und und der Liebe Wellen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Pariser Leben.
Residenz-Theater. Der Unterpräfekt. Vorher: Villa Vielliebchen.
Neues Theater. Andrea.
Theater Unter den Linden. Der lustige Krieg. Tanz-Divertissement.
Belleallianee-Theater. König Krause.
Central-Theater. O! diese Berliner.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die ewige Braut.
Alexanderplatz-Theater. Ein Modell. Vorher: Verbotene Liebe.
National-Theater. Die Weber.
Reichshallentheater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.

Mittwoch, den 12. Dezember, Abends 8 Uhr: **Des Meeres und der Liebe Wellen**
Donnerstag, den 13. Dezember, Abends 8 Uhr: **Krieg im Frieden.**
Freitag, den 14. Dezember, Abends 8 Uhr: **Hans Sachs. Burgruine.**
Sonnabend, den 15. Dezbr., **Nachmittags 3 Uhr: Schüler-Vorstellung: Des Meeres und der Liebe Wellen.** Abends 8 Uhr: **Krieg im Frieden.**
Sonntag, den 16. Dezember, Nachmittags 3 Uhr: **Der Meineidbauer.** Abends 8 Uhr: **Krieg im Frieden.**

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber aus Dahomey.

Die Hexenschaukel, neueste Illusion.

Adolph Ernst-Theater

Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die ewige Braut.
Liederspiel mit Tanz in 1 Akt von W. Mannstädt und J. Kren.
In Scene gesetzt von Ad. Ernst.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
Zum 104. Male:
O, diese Berliner!
Große Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund.
Musik von Julius Einödshofer.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Auf vielseitiges Verlangen:
Die Weber.
Schauspiel in 4 Akten von * . *.
Regie: Max Samst.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anf. 7½ Uhr.
Morgen: **Dieselbe Vorstellung.**

Castan's

Panoptikum.
Englische Marionetten.
Illusions-Caroussel.

Circus Renz

Carlstrasse.
Mittwoch, den 12. Dezember cr., Abends 7½ Uhr:
Tjo Ni En.
Neue Musikeinlagen, sensation. Tänze.
Außerdem:
6 trak. Rappen, vorgef. von Herrn R. Renz. Das Schulpf. Cyd u. d. Springpf. Blitz, ger. v. Frau Renz-Stark. Gr. Hurdle Race v. 20 Pferden. Der laukos. Jockey Mr. Williams. Der phänom. Handequilibrist Mr. Jules Keller. Die beliebten Clowns Gebr. Villand. Major Burk in seinen militär. Original-Exercitien ꝛc.
Donnerstag: **Tjo Ni En.**
Fr. Renz, Kommissionsrath.

Circus G. Schumann.

Friedrich Karl-Ufer.
Täglich Abends 7½ Uhr:
Texas Jack's American Prairie Life-Show.
Illustrationen aus dem Amerikan. Plantagen- und Prairieleben.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Putzger, Stegligerstr. 65

Unserm Freunde u. Genossen **Leopold Hirsch** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß die **Kellerbewohner** in 119 wackeln.
Die Rothen aus der Naunynstrasse.

Aus der **J. Hecht**'schen **Konkursmasse, Karlstraße 15,** sind noch zu verkaufen eine fast neue **Harper**'sche
Drehbank, Schraubstöcke,
ein **Schleifstein, optische und medizinische Gegenstände**
sowie Laden- u. Gaseinrichtung. Nachmittags 3—6 Uhr.

J. Sturm, Münzstrasse 5, Friedrichstr. 25|26
Bonbon, Marzipan, Konfitur.
Bei Erkält., Husten ꝛc. mache man e. Versuch mit **Sturm's Pectoral-Bonbon,** per Packet 20 Pf.

Sophastoffreste
zu Bezügen ausreichend, in **Phantaste, Rips, Damast, Crêpe, Gobelin, Moquette** und **Plüsch** sowie **Sattelkaschen** spottbillig.
J. Adler,
Teppich-Fabrik,
Spandauerstraße 30,
vis-à-vis dem Rathhause.

Sargmagazin u. Beerdigungskomtoir, Schuhmacher, Swinemünderstr. 140.

O. Räder, Oranienstr. 37, zw. Adalbertstrasse und Oranienplatz.
Empfehle m. Werkzeuge eig. Fabrik, für Buchbinder, Lederarbeiter, Sattler, Former, Stuckateure und Töpfer.
Lager feiner Solinger Stahlwaaren.
Zum bevorstehenden Winter **„Schlittschuhe".** Reparatur-Werkstatt und Dampfschleiferei für sämmtliche Messer und Scheeren. 828b

66. Resterhandlung. 66.
Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Frühjahrs- und Sommermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt u. Spitzen.
Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schutzmarke.
Nur eigene Fabrikation. 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 70 Pfg. 71L*
H. F. Dinslage,
Kottbuserstr. 4. Hof part.

Steppdecken auch einzeln, in der Fabrik Oranienstr. 126 I.

Restaurant sofort für jeden Preis zu verkaufen. Zu erfr. bei Helfert, Luckauerstr. 2. 1523b

Gebrauchtes, gut erh. Mahagoni-Wäschsp. bill. zu kaufen gesucht. Pätsch, Exerzierstr. 8. 1524b

Rechtsbureau, 1464b
Stallschreiberstr. 43, I. Alles billigst.

Gangbares Restaurationsgeschäft zu kaufen oder zu pachten gesucht. Off. u. T. G. 22 Exp. d. Blattes. 1208L*

Kanarienhähne v. 4 M. an, Weibchen, Baum, Chorinerstr. 53, Querg.

Restaurant
im Zentrum, mit mehreren Vereinen, ist krankheitshalber sofort billig zu verkaufen. Näheres bei **Klemmpstein** Joachimstr. 16, Bierverlag. 1530b

Schankgeschäft, volle Konzession, 1200 M. Miethe, ist zu verk. Zu erfr. Elisabeth-Ufer 36 bei Grimm. 1531b

Restaurant mit Cigarren-Geschäft ist in Berlin in flotter Verkehrsgegend Umstände halber sofort billig zu verkaufen. Reflektirende wollen ihre Adresse in der Zeitungsspedition Lübeckerstr. 16 niederlegen. 1459b

Schüler's [1457b
Jungfernhaide-Schlösschen
71, Heerstraße 71.
Vorzügl. ringfreies Bair. Bier der Genossenschafts-Brauerei Hohen-Schönhausen, Seidel 10 Pf., gr. Weiße 20 Pf. Saal für Versammlungen u. Vereinsz. Allen Genossen bestens empfohlen.

Vereinszimmer
für 15—20 Personen zu vergeben. **Ringfreies Bier** (Echt Culmbacher und Hohen-Schönhauser). 1510b
Matschke, Andreasstr. 18.

Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20.
Säle und Vereinszimmer
von 20—600 Personen.

Albrecht's Ballsalon,
Memelerstrasse 67,
500 Pers. fass., zu Vers. und Festlichk. 1. Neujahrstag noch zu vergeben.

Uhren- und Goldwaaren-Fabrik

Silber- und Alfenidewaaren-Lager
von
Reinhold Wankel, Brunnenstr. 163
zwischen **Anklamer- und Invalidenstr.**
Spezialität:
Ketten und Ringe.
Neuarbeiten und Reparaturen zu den billigsten Preisen.

Die älteste
Goldwaaren-Fabrik
befindet sich immer noch
Brunnenstraße 198,
im Norden gegr. 1850
von **Carl Tützow**
am Rosenthaler Thor,
im ganz alten Eckhause.
Reichhaltige Auswahl. — Reparaturen gut und billig.

Evora-Bräu

Fürth-Nürnberg,
in vorzügl. Qualität empfiehlt in Gebinden von 17 Litern an, auch in Flaschen.
Otto Linke, Lagerhof 3.
Telephon Amt III Nr. 404.

Verantwortlicher Redakteur: J. Pierl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW., Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 289. Mittwoch, den 12. Dezember 1894. 11. Jahrg.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Wucherprozeß Mendel Treuherz und Genossen.

Im Jahre 1888 und 1889 brauchte der Landwirth Edwin Kaselitz, der sich jetzt wegen Unterschlagung von Krankenkassen-Geldern in Strafhaft befindet, dringend Geld zur Bezahlung von Löhnen. Er trat daher mit dem Kaufmann Hanff in Verbindung, der ihm für ein Dreimonats-Akzept über 4000 M. ein Darlehn von 3200 M. gab. Auf dem Wechsel, den er ausfüllen mußte, soll sich der Stempel des Treuherz befunden haben. Später nahm K. ungefähr alle Monate bis zum Jahre 1892 Darlehne in Höhe von je 1000 bis 4000 M. auf, für die er pro Vierteljahr etwa 20 pCt. zahlen mußte. Die nicht bezahlten Wechsel wurden später von Treuherz eingeklagt. In einem Falle gab K. dem Hanff für ein Darlehn von 900 M. ein Dreimonats-Akzept über 1150 M. Im Jahre 1892 hatte Hanff 800 M. Darlehn gegen ein Akzept über 900 M. gegeben. Da letzteres zur Verfallzeit nicht eingelöst wurde, ließ Hanff für seine Frau auf dem Grundstück der Ehefrau des Schuldners eine Hypothek von 1700 M. eintragen. Die Hypothek wurde an eine dritte Person zedirt. Der Kaufmann Breckow hatte von Spiegel wiederholt zu Geschäftszwecken Darlehne erhalten und stellte im Jahre 1892 etwa vier Dreimonats-Akzepte über 400 M. aus, für die er je 300 M. erhielt. Das eine Akzept konnte er nicht einlösen, die Schuld wurde wiederholt prolongirt.

Auf den zwei letzten Wechseln hatte Kaselitz sein Gefälligkeits-Akzept in Blanko gegeben. Spiegel forderte nun von letzterem unter der Erklärung, Breckow schulde ihm aus den Wechseln 1000 M., eine Summe von 1200 M., da er auf Kosten und Zinsen 200 M. berechnete. Kaselitz stellte ihm hierüber zwei Wechsel über 500 und 700 M. aus. Später beabsichtigte Kaselitz von Spiegel noch 3 Darlehne aufzunehmen und gab ihm daher 2 Dreimonats-Akzepte über je 500 M. und eins über 600 M. Hierfür sollten 6—7 pCt. Zinsen in Abzug kommen. Spiegel zahlte für den 600 M.-Wechsel nur 435 M., für den 500 M.-Wechsel 300 M. Den dritten Wechsel gab er zurück. — Spiegel erklärt, daß sich der Zeuge nicht in einer Nothlage befunden habe und Treuherz behauptet, daß er mit Kaselitz niemals ein Geschäft gemacht habe, sondern lediglich mit Hanff, der ihm nur gesagt habe, der Geldsucher gebrauche das Geld zu Geschäftszwecken.

Auf eine Aeußerung des R.-A. Dr. Ivers bemerkt der Staatsanwalt schon jetzt, daß er glaube, in Zukunft auf eine ganze Anzahl von Zeugen verzichten zu können. Die Sachlage sei ja im ganzen aufgeklärt und es komme auf einige Fälle mehr oder weniger nicht an. Er gebe auch ohne weiteres zu, daß die einzelnen Darlehnsnehmer dem Treuherz nicht gesagt haben, daß sie sich in einer Nothlage befinden, ja, daß Treuherz sich im Gegentheil Versicherungen im entgegengesetzten Sinne hat ausstellen lassen. Er stehe aber auf dem Standpunkte, daß die Art und die Bedingungen, unter welchen die Prolongationen vor sich gingen, über die Nothlage keinen Zweifel ließen.

Der Angell. Spiegel beruft sich auf seine frühere Buchhalterin Frl. Knab dafür, daß er in vielen Fällen den Darlehnsnehmern deutlich gesagt habe, daß die Banken einen bestimmten Depotabzug zu ihrer Sicherheit zurückbehalten. — Die Zeugin bestätigt dies. Der Staatsanwalt bemerkt, daß in vielen Fällen die wucherische Ausbeute auch darin bestehe, daß den Darlehnsnehmern das Depot nicht voll zurückgezahlt wurde, obgleich die betreffenden Wechsel eingelöst wurden.

Der nächste Fall betrifft den Kaufmann Joh. Ramspott, Inhaber des Handschuhgeschäfts Krüger u. Ramspott. Er kam 1891 in Geldverlegenheit und suchte durch eine Zeitungsannonce Geld. Hierauf meldete sich der Agent Hermann Cohn, der ihm bis Ende 1892 auf etwa 4 Wechsel über je 500—700 M. Darlehne verschaffte, für die er auf 3 Monate 10 pCt. Zinsen bezahlen mußte. Geldgeber war Treuherz. Später trat Ramspott mit Treuherz direkt in Verbindung und entnahm von ihm ein Darlehen über 2000 M., für welches er sich einen Abzug von 12 pCt. gefallen lassen mußte. Diesen Wechsel löste er ein, nahm aber sofort wieder ein neues Darlehn zu 12 pCt. pro Vierteljahr auf und setzte dies Verfahren bis 1894 fort, und zwar mit der Maßgabe, daß das neue Darlehn stets 50 M. weniger betrug. Ende 1893 hatte sich seine Schuld bis auf 1600 M. verringert. Als dann Treuherz Geldgeschäfte mit ihm nicht mehr direkt machen wollte, hat diese der Agent Wolffsohn vermittelt. — Treuherz giebt über Entstehung und Abwickelung der Geldgeschäfte eine ganz andere Darstellung und erklärt den Zeugen Ramspott für unglaubwürdig, da derselbe Unterschlagungen und Fälschungen begangen habe und nach Amerika entflohen sei.

Der nächste Fall betrifft einen Studenten Triebel. Derselbe hat in den Jahren 1887—1890 von Spiegel Darlehne erhalten und für 90 M. — 100 M., für 135 M. — 150 M. akzeptiren müssen. Für Prolongationen wurden 30—40 pCt. Zinsen pro Jahr beansprucht. Der Studiosus mußte außerdem dem Spiegel auch noch Zigarren abnehmen.

Der Sekondelieutenant v. Renthe gen. Fink, welcher bis zum Februar 1893 Lieutenant im Dragoner-Regiment Nr. 12 war, und wegen Spielschulden in Höhe von etwa 30 000 M. seinen Abschied nehmen mußte, befand sich 1892 in Geldverlegenheit und wandte sich an den Agenten Wildenow, der aus dieser Veranlassung seiner Zeit wegen Wuchers verurtheilt worden ist. Er empfing u. a. gegen Akzepte über 9000 M. im ganzen 6650 M. Zu den Geldgebern gehörte auch Treuherz, der einen Wechsel über 1000 M. für 700 M. erworben hatte. Der Wechsel wurde nicht bezahlt, vielmehr machte Justizrath Arnold den Einwand des Wuchers und der mangelnden Vertragsfähigkeit des noch unter väterlicher Gewalt stehenden Offiziers und offerirte die Rückerstattung des wirklich gezahlten Betrages von 700 M. Damit erklärte sich Treuherz auch zufrieden. Er behauptet, daß dies nicht mit Rücksicht auf den Einwand des Wuchers geschehen sei, sondern weil er sonst gar nichts bekommen hätte. Der als Zeuge vorgerufene Wildenow bekundet, das Lieutenant v. Renthe das Geld für Rennzwecke haben wollte, daß sich Treuherz um den Zweck, zu welchem das Geld verlangt wurde, aber nicht weiter bekümmert habe.

Ein interessanter Fall betrifft den Professor Karl Arndt. Derselbe siedelte im Jahre 1887 mit seiner zahlreichen Familie von Peking nach Berlin über, logirte sich zunächst 10 Tage im Hotel ein und mußte, als er eine eigene Wohnung bezog, sich eine neue Wohnungseinrichtung beschaffen. Dies verursachte ihm eine außerordentliche Ausgabe von 5000 M. und setzte ihn in Verlegenheit, da er jene außerordentliche Ausgabe von seinem Gehalt von 7500 M. nicht leisten konnte. Er kam infolge einer Annonce mit dem Ostertag in Verbindung und entlieh im Laufe der Jahre von diesem in fünf oder sechs Fällen mindestens je 250 M. Er stellte hierüber Wechsel aus und mußte für 1000 M., die er empfing, sich durch Dreimonats-Akzepte zur Rückzahlung von 1300 M. verpflichten. Im Herbst 1891 entlieh Professor A. von Ostertag 1600 M. und zedirte hierfür ein Autorenhonorar von 2400 M. Als letzteres nur 1800 M. ergab, wurde A. veranlaßt, für die restirenden 600 M. und ein weiter erhobenes Darlehen von 1300 M. 14 Dreimonats-Akzepte über zusammen 4200 M. auszustellen. Endlich mußte er bei einem nochmaligen Darlehen von 250 M. einen Wechsel über 300 M. ausstellen.

Aus den Bekundungen des Zeugen Professor A. geht hervor, daß er diese Geldgeschäfte nur mit Ostertag, nicht aber mit Treuherz gemacht habe. Letzterer war der Geldgeber von Ostertag und hat die Wechsel und die Honorarzession von diesem erworben. Der Zeuge ist aus seinen Wechselverbindlichkeiten gar nicht mehr herausgekommen, da infolge der hohen Zinsen die Schuldenlast immer mehr anschwoll. Ostertag hat seiner Zeit behauptet, daß der Zeuge über die qu. 1900 Mark nicht vierzehn sondern nur sieben Wechsel ausgestellt und nicht fünf sondern nur vier Wechsel eingelöst habe. Der Zeuge bleibt aber bei seiner gegentheiligen Behauptung. Er habe drei der Wechsel bisher nicht einzulösen vermocht. Treuherz erklärt, daß diese drei Wechsel in seinen Händen seien und er sich bereit erklärt habe, diese mit 75 pCt. zu quittiren. Einer dieser Wechsel trägt, wie festgestellt wird, die Treuherz'sche Nummer 22 123. Der Zeuge erklärt, daß er in allen Fällen, in denen er sich an Ostertag gewandt, in der dringendsten Verlegenheit sich befunden habe. Dieselbe sei daraus entstanden, daß die Lieferanten seiner Einrichtung weit über die ihnen gezogenen Grenzen hinausgingen und ihn in Wechselverbindlichkeiten stürzten. Er sei damals völlig unerfahren auf dem Gebiete des Wechselverkehrs gewesen. Er habe im Ganzen für 5400 M. 1800 M. Zinsen zahlen müssen, d. h. er hat das Geld mit 33⅓ pCt. Zinsen zurückgezahlt, außerdem laufen noch Wechsel über 900 M. In wie weit Treuherz der Geldgeber gewesen, wisse er nicht, könne auch nicht sagen, in wie weit dieser an den Gewinnsten des Ostertag Theil genommen. Wie er inzwischen den Ostertag kennen gelernt, halte er es nicht für unmöglich, daß dieser von Treuherz mehr Geld erhalten, als er ihm auszahlte. Ostertag wußte ganz genau, zu welchen Zwecken er das Geld brauchte, ob auch Treuherz dies wußte, könne er nicht sagen.

Um 4 Uhr wird die Sitzung auf Dienstag vertagt.

Sechster Tag.

In der Sitzung vom Dienstag wird zunächst in der Beweisaufnahme fortgefahren. Es werden noch einige Zeugen vernommen, ein Stabsarzt, ein Bureauvorsteher und eine Handelsfrau vernommen, welche von Spiegel bezw. Treuherz Darlehne genommen haben.

Der Staatsanwalt theilt mit, daß er zwei Direktoren von Genossenschaftsbanken vorzuladen beabsichtigte, aber Niemand zur Stelle sei.

Rechtanwalt Dr. Friedmann: Ich kann nicht begreifen, daß die Genossenschaftsbanken meine Mittheilungen dauernd mißverstehen. Es läßt sich doch nicht aus der Welt schaffen, daß die Genossenschaftsbanken nur an Genossen Geld geben, daß den einzelnen Genossen eine mehr oder minder umfangreiche Haftpflicht obliegt, daß zwei Unterschriften verlangt werden und den Darlehnssuchern dadurch größere Schwierigkeiten bereitet werden. Weiter habe ich nichts sagen wollen. Ich begreife nicht, daß die Herren nun wieder eine Versammlung von 25 Direktoren einberufen wollen, um gegen meine Bemerkungen zu protestiren.

Vors. Direktor Hoppe: Die erste Aeußerung des Herrn Vertheidigers konnte ja wohl zu dem Mißverständniß Veranlassung geben, als ob behauptet würde, daß von den Banken etwa dieselben Zinsen berechnet würden, wie von den Angeklagten. Hiergegen wenden sich wohl nur die Genossenschaftsbanken. Der Herr Vertheidiger hat ja aber seinen Standpunkt schon klar gestellt.

Wider den Umsturz! Für die Ordnung!*)

(Ein politisches Tischgespräch anläßlich der im Deutschen Reichstag eingebrachten Gesetzesvorlagen wider den Umsturz.)

„. . . . Umsturz! eiferten die Herren vonn Sanhadrin:**) den Pöbel wiegelt der Mann gegen uns, die Vertreter von Besitz und Bildung auf, unser nationales Kirchenthum untergräbt er und predigt eine aus dem Humanitätsschwindel geborene internationale Religion! Und so kreuzigten sie ihn denn und pflegten ihre patriotische Religion so eifrig, daß sich 40 Jahre später die Römer veranlaßt sahen, ihren Miniaturstaat umzustürzen und von ihrem Heiligthum keinen Stein auf dem anderen zu lassen! Umsturz! eiferten Anno 303 der Mitregent und die Geheimräthe zu Nikomedien: den Staat bedrohen diese Reichsfeinde schon lange, und nun haben sie auch noch Feuer im Palast angelegt und bedrohen das Leben der geheiligten Majestät! Und der alte kluge Diocletian ließ sich verleiten, die Edikte gegen die Christen zu unterschreiben und den Ausrottungsversuch zu unternehmen. Aber schon nach neun Jahren mußte er es erleben, daß das verhaßte Zeichen des Nazareners die römischen Fahnen schmückte; klugerweise hatte er sich schon vorher, sobald er sah, daß es schief ging, zurückgezogen, und baute Gurken in seinem verborgenen Winkel, während die Welt von dem Triumphgeschrei der Christen wiederhallte. Umsturz! eiferten die Pfäfflein zu Worms, und Karl V. glaubte ihnen, bannte Luther, aber schon 9 Jahre darauf —“

— „Aber liebstes Schulmeisterlein, unterbrach den predigenden Oberlehrer der Amtsrichter, der, obwohl Lieutenant der Reserve, den unmilitärischen Schulkameraden noch hie und da seines Umganges würdigte — wie kannst Du denn uns gereiften Männern hier Vorlesungen halten aus den Aufsätzen Deiner Sekundaner? Ueber den Unsinn solcher historischen Analogien sind wir ja längst hinweg! Wie kannst Du denn Miniaturstaaten und alte Reiche mit unserem heutigen Staate vergleichen? Kleinstaaten können freilich von einem mächtigen Nachbar gefressen werden, und schlotterige, schlappe monstra, wie das römische und das alte Deutsche Reich waren, kann ein Windstoß über den Haufen werfen, eine Idee oder sonstiger Unsinn, ein Häuflein von Fanatikern, eine Barbarenhorde; aber der wohlgefügte moderne Großstaat, der sich vor Ideen und von frechen Mäulern nicht zu fürchten hat, und namentlich das eherne Gefüge unseres herrlichen preußischen Staates mit seiner herrlichen Bureaukratie und seinem herrlichen Kriegsheer, das steht, wie die egyptischen Pyramiden, als monumentum — na wie sagt denn der alte Versedrechsler, mit dem wir in der Prima malträtirt wurden?“

— „Monumentum aere perennius“ (Denkmal dauernder als Erz) — warf schlagfertig der Herr Oberlehrer ein. „Aber dann begreife ich Euer Geschrei gegen den Umsturz erst recht nicht.“ —

— „Aber, Mensch, bist Du denn erst gestern konfirmirt worden? Konntest Du Dir auch nur einen Augenblick einbilden, daß wir uns vor dem Pöbel fürchteten? Ekel empfinden wir, der Frechheit wollen wir steuern, damit wir uns nicht mehr zu ekeln brauchen, und nebenbei die Bahn freimachen für eine vernünftige Gesetzgebung, die Steine aus dem Wege räumen, die der Regierung bei jedem Schritt, den sie thun will, vor die Füße geworfen werden.

— „Nun, so etwas habe ich wohl auch schon gespürt, indeß, meine ich, hättet Ihr Euch wohl für Eueren vorgeblichen Kampf gegen den Umsturz nach einer geschmackvolleren Devise umsehen können.“

— „Wieso?“

— „Nun, weil es unter den heutigen Umständen lächerlich klingt, wenn Ihr aufruft zum Kampfe für den Staat und die Religion, für Eigenthum und Familie. Für Volk und Vaterland, wenn dem eine Gefahr drohte, das versteht jeder Mensch und da wäre ich selbstverständlich gleich dabei, aber für den Staat, was soll denn das heißen? Den Staat in abstracto könnte doch nur ein Narr mit Strafgesetzen vertheidigen wollen. Welchen wirklichen Staat meint Ihr also? Das Deutsche Reich? Natürlich, wenn ein Haufe von Verrückten mit Revolvern angerückt käme, um den neuen Reichspalast zu stürmen, so müßten solche Kerls als Aufrührer bestraft werden, aber dazu würden ja wohl die Gesetze hinreichen, die wir haben. Bloße Erwägungen jedoch und Erörterungen über eine Umgestaltung des Reiches, sollen auch die verboten sein? Wie lange besteht denn das Reich? Seit 24 Jahren. Da wäre also vor 25 Jahren jeder strafbar gewesen, der den Vorschlag gemacht hätte, das Reich aufzurichten? Denn das war doch nur durch den Sturz der damaligen Ordnung möglich. Und soll denn das Reich, so wie es heute ist, ewig bleiben? Wer ist denn mit seiner heutigen Verfassung zufrieden? Zur Rechten wie zur Linken niemand? Oder soll es verboten sein, die Existenzberechtigung eines Staates Sachsen zu erörtern? Wie wüßt Du denn jemand beweisen, daß dieses kleine Königreich mehr Recht auf Fortdauer gehabt habe, als das annektirte Königreich Hannover gehabt hat? Und für die Religion? Für welche denn? Für die katholische, oder für die evangelische, für die evangelisch-orthodoxe oder für die liberal-protestantische, deren Vertreter sich seit Jahrhunderten gegenseitig diskreditiren, deren eine die andere eigentlich ausrotten müßte, wenn nicht die malitia temporum dies verböte? Und für die Familie? Da muß man doch erst fragen, welche Familie? Für die kirchlich eingesegnete Ehe, die in Deutschland vom Staate, oder für die Zivilehe, die von der Kirche für ein Konkubinat erklärt wird? Für die Arbeiterehe, wie sie sich unter dem Einfluß des modernen Lohnarbeitssystems gestaltet hat, wo der Mann die Nachtschicht und die Frau die Tagschicht in der Fabrik hat, oder wo beide gleichzeitig in der Fabrik arbeiten, und die Kinder entweder auf der Straße liegen oder, allein in der Stube eingesperrt, ohne Pflege verkümmern, mitunter auch das Haus anzünden und in den Flammen umkommen? Oder die vornehme mariage en trois, en quatre oder en x? (Heirath zu dreien, zu vieren oder zu unendlich vielen.) Lothar Bucher fand, nachdem er London und Konstantinopel studirt hatte, daß die Polygamie in der Residenz der Bibelgesellschaft und der Prüderie häufiger und schlimmer sei als in der Residenz des Nachfolgers des Propheten; er kenne, sagte er, u. a. einen vornehmen Herrn in London, der gleichzeitig für sieben Odalisken je ein Appartement bezahle, und alle, die den Orient wie den Occident kennen, finden dasselbe; die frommen Londoner aber würden mit Entrüstung dagegen protestiren, wenn man ihre Sittlichkeit niedriger taxiren wollte, als die der Berliner. Daß der Bauer nur eine Bäuerin, der Handwerksmeister nur eine Meisterin und der Lehrer nicht mehr als eine Lehrersfrau hat — wie es recht ist —, das bringt schon der natürliche Lauf der Dinge von selbst so mit sich, das ist nie und nirgends in der Welt anders gewesen, das hat sich bei Griechen, Juden, Egyptern, Römern, Germanen so gemacht, das macht sich heute noch so bei den Chinesen wie bei den Japanern, bei den Indern wie bei den Türken, und das würde so bleiben, auch wenn sich kein Gesetzgeber, kein Richter, kein Geistlicher und keine Polizei um die Ehesachen kümmerte. Daß es aber über und unter dieser Mittelschicht drüber und drunter geht, das haben alle Richter und Geistlichen der Christenheit bis auf den heutigen Tag nicht zu ändern vermocht, zu geschweigen von dem, was diese Herren selbst mitunter in „Sittlichkeit“ gelehrt haben. Jedenfalls können sich Bebel und Liebknecht mit ihrem Familienleben noch sehen lassen neben dem Kanzler Leist, dem Lord Oberrichter von Kamerun, dem soeben der Disziplinargerichtshof das Zeugniß ausgestellt hat, daß er ein tüchtiger und pflichtgetreuer Beamter sei. Und was endlich das Eigenthum anlangt“ —

— „Nun hör' aber endlich mal auf mit Deiner langweiligen unverschämten Predigt! Das ist's ja eben, was wir wollen mit einer Aenderung der Gesetzgebung: solchen frechen Kerls, die uns kritisiren, wie Du eben thust, das Maul stopfen.“

— „Nun, wenn Ihr uns an allen Orten das Maul verbindet, im Reichstag müßt Ihr uns wenigstens reden, und das Gerede müßt Ihr auch drucken lassen!“

— So—o—o? Nein, das müssen wir gar nicht! Gerade diesem Unfug wollen wir ja steuern!“

— „Nun, dann werden die Proletarier, wird überhaupt die Opposition auf die Straße gehen müssen, wie in Wien.“

— „Oho, das fehlte uns gerade noch! Argumente von der Straße passen uns noch weit weniger als dem Fürsten Windischgrätz. Du wirst Dir doch nicht einbilden, wir in Preußen würden hinter Bruder Langsamvoran in der Schneidigkeit zurückbleiben? Da laß Du nur unsere Polizei und unser Militär sorgen! Und wer die empfangenen Hiebe nicht einsteckt, ohne zu mucken, auf den lassen wir den Brausewetter los!“

— „So, so! Also mit der Revolution der Ideen durch Wort und Schrift ist's so gut aus im modernen Europa wie mit der blutigen Revolution, und wir sind bei der chinesischen Ordnung — ja richtig, daß es vor allem ein Kampf für die Ordnung sein soll, daran habe ich ja vorhin gar nicht gedacht — so wären wir also glücklich im himmlischen Reiche angelangt. Und eigentlich ist es ja auch die höchste Zeit dazu; wo bliebe es denn, dieses schöne Reich, wenn wir es nicht aufrichteten, hier im Westen, da es im Osten zerfällt? Aber freilich, mit der Revolution hört auch verschiedenes andere auf, eigentlich alles, denn was ist denn das Leben, beim Lichte besehen, anderes, als die Revolution in Permanenz? Darum sind es von jeher die unruhigsten und revolutionärsten Völker und Staaten, wie Athen gewesen, die

*) Aus der von uns schon öfters erwähnten trefflichen Wiener Wochenschrift „Die Zeit“.

**) Das oberste Gericht der Juden in Jerusalem.

Rechtsanwalt Dr. Friedmann: Ich wollte hier nur hervorheben, daß die Herren doch wirklich offene Thüren einrennen.

Staatsanwalt Strehler: Ich möchte fragen, ob die Vertheidigung noch auf die Vernehmung des Direktors Goldschmidt und anderer Herren der Berliner Bank besonderes Gewicht legt? Ich würde nämlich in der Lage sein, nach der heutigen Sitzung auf weitere Beweisaufnahme zu verzichten, in der Voraussetzung, daß der Gerichtshof die Sache ebenso wie ich für ausreichend geklärt hält. — Präs.: Eine derartige Erklärung wird der Gerichtshof doch nicht abgeben mögen. — Staatsanwalt: Dann schlage ich vor, daß ich morgen vielleicht plädire und der Gerichtshof sich vorbehält, eventuell die Beweisaufnahme noch fortzusetzen.

Rechtsanwalt Dr. Friedmann: Ich könnte auf den Direktor Goldschmidt verzichten, wenn folgende Behauptungen als wahr unterstellt werden: Treuherz hat keineswegs eigenes baares Geld zu liegen gehabt, sondern hat in sehr vielen Fällen die Wechsel in der Weise machen müssen, daß er 8 pCt. bei der Berliner Bank hat zahlen und die vorgeschriebenen Kautelen hat leisten müssen. Er hat zahlreiche Ricambien einlösen müssen und vielerlei Verluste gehabt.

Präs.: Es wird wohl kein Zweifel darüber sein, daß Treuherz von solchen Personen, die zahlungsfähig und durchaus sicher waren, höhere Zinsen nahm, um damit die Verluste zu decken, die er bei unsicheren Darlehnsnehmern zu erleiden hatte.

Rechtsanwalt Dr. Friedmann: Wenn das als richtig zugegeben wird, kann ich auf einen diesbezüglichen Beweis verzichten. Nun ist hier noch ein Zeuge zur Stelle, welcher bekunden will, daß er verschiedene Waarengeschäfte mit Treuherz gemacht hat, wiederholt bei Abschluß von Geldgeschäften durch denselben zugegen war und bezeugen könne, daß er im Verkehr mit seinen Kunden sehr koulant war. — Staatsanwalt: Das soll gar nicht bestritten werden; im Gegentheil hat schon die Anklage hervorgehoben, daß Treuherz bei den Darlehnssuchern in dem Rufe stand, koulant zu sein.

Rechtsanwalt Dr. Ivers: Auch mein Klient Spiegel hat noch eine ganze Musterkarte von Namen solcher Personen, welche bekunden sollen, daß er den Geldsuchern äußerst koulant entgegen kam, oft sehr milde Bedingungen stellte und in manchen Fällen auf seine Spesen überhaupt verzichtete.

Präs.: Es wird dies wohl zugegeben werden können, daß so etwas wohl auch manchmal vorgekommen sein mag. Andererseits würde ein solcher Beweis vielleicht doch auch dem Staatsanwalt eine Handhabe zu dem Beweise geben, daß in den Fällen, in denen die Bedingungen recht schwer waren, eine Nothlage vorgelegen haben müsse.

Unter den weiter vernommenen Zeugen befinden sich einige Postbeamte, welche mit Spiegel in Verbindung getreten waren. Bei ihnen handelte es sich nicht um eine Nothlage, sondern mehr um Ausgaben für die Annehmlichkeiten des Lebens, Ermöglichung eines Landaufenthaltes für die Frauen ꝛc. Die Zeugen geben zu, daß es ihnen möglich gewesen wäre, von dem Post-Spar- und Vorschußverein das Geld zu erhalten, sie wollten sich aber der Behörde nicht decouviren.

Eine kleine Beamtenfrau hat bei Spiegel ein Darlehen von 100 M. entnommen, weil sie mit dem Wirthschaftsgeld nicht ausgekommen war, eine andere Frau war zu Spiegel gegangen, weil sie zu zwei Hochzeiten geladen war und anständige Geschenke machen wollte, eine dritte nahm ein Darlehen auf, um ihrer Tochter bessere Wäsche kaufen zu können.

Die meisten der noch zur Stelle befindlichen Zeugen, welche zumeist nur noch ganz kurz vernommen werden, bestreiten, sich in dringender Nothlage befunden zu haben.

In der weiteren Beweisaufnahme zeigt sich kein Fall, der irgendwie von den übrigen abwiche oder besonders interessante Momente darböte. Interessant ist nur die Feststellung des Präsidenten, daß es nicht wahr sein könne, wenn Treuherz behaupte, er habe seine Geschäfte am 1. Januar 1890 mit der Nummer 15 000 begonnen. Ein Wechsel vom 2. Januar trägt nämlich schon die Nummer 16 377.

Ein Gerichtsassessor Geppart, der noch als Zeuge vernommen wird, hat in den Jahren 1888 bis 1893 theils zur Bestreitung der Kosten für eine militärische Uebung, theils zum Ankauf eines Pferdes und sonstiger Luxusausgaben Darlehne im Gesammtbetrage von ca. 3000 M. entnommen und dafür mindestens 15 pCt. Zinsen pro Vierteljahr gezahlt. In einer Nothlage hat sich der Zeuge nicht befunden. Er hat s. Z. eine Erbschaft gemacht, auf welche aber schon viele Schulden aufgenommen waren, denn Rechtsanwalt Dr. Rosenstock hatte s. Z. 30 000 M. Schulden für den Zeugen regulirt.

Als letzter Zeuge wird Prokurist Max Stechmesser von der „Berliner Bank" vernommen. Derselbe giebt über den Geschäftsverkehr des Angeklagten Treuherz mit der Berliner Bank folgendes Bild. Der Umsatz betrug: im 1. Semester 1890 241 476 M.; im 2. Semester 190 788 M.; 1. Semester 1891 146 528 M., 2. Semester 145 679 M.; 1. Semester 1892 109 502 M., 2. Semester 142 028 M.; 1. Semester 1893 120 516 M., 2. Semester 115 905 M.; 1. Semester 1894 591 481 M. In diesen Ziffern sind die Zahlungen enthalten, die Treuherz für Ricambien zu leisten hatte. Eine genaue Ziffer über die Anzahl und die Höhe der Ricambien vermag der Zeuge nicht anzugeben. Treuherz erklärt, daß die Zahl der Ricambien recht groß war und von 10 Wechseln etwa 6 bezahlt und 4 nicht bezahlt worden sind. — R.-A. Dr. Löwenstein beantragt, dem Zeugen aufzugeben, nach dieser Richtung hin die Bücher noch einmal durchzusehen und den Zeugen sowie den Direktor Goldschmidt zu morgen vorzuladen. — Zeuge Stechmesser bekundet weiter, daß durch die Depotabzüge von 10 pCt. für den Angeklagten ein Guthaben von 12 000 M. gebildet worden war, welches bis auf einige hundert Mark durch die Ricambien absorbirt ist. — Staatsanwalt Strehler erklärt, daß er auf diese Erörterungen gar keinen Werth lege, da es für die Beurtheilung der ganzen Sachlage nicht darauf ankomme, ob vielfach mit Verlust gearbeitet worden sei.

Auf die nochmalige Vorladung des Zeugen Stechmesser wird verzichtet und um 4 Uhr die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Gerichts-Zeitung.

Der Bierboykott resp. die Saalsperre beschäftigte kürzlich in einer interessanten Zivilklage des Dr. Merker gegen den Gastwirth A. Zameitat, Rüdersdorferstr. 45, das hiesige Landgericht I. Der Kläger beanspruchte gegen Zameitat eine Konventionalstrafe von 500 M. und begründete dies wie folgt: Mit Rücksicht auf den zwischen der Sozialdemokratie und den Brauereien Berlins ausgebrochenen Streit hätten sich auch die Saalbesitzer zur Wahrung ihrer Interessen vereinigt, in der Versammlung am 5. Juni bei Boltz in der Alten Jakobstr. 75 sich durch Resolution solidarisch erklärt mit den Maßnahmen des Vereins der Brauereien Berlins und Umgegend und verpflichtet bei einer Konventionalstrafe von 500 M. in jedem einzelnen Falle und Ausschluß aus dem Ring, ihre Säle zu keiner sozialistischen und anarchistischen Versammlung oder an Gewerkschaftsvereine ꝛc., die sozialistischen resp. anarchistischen Bestrebungen huldigen, herzugeben, falls der Boykott gegen die Brauereien und Gastwirthe bis zum 15. Juni cr. nicht aufgehoben sei oder sich wiederholt ꝛc. Unter den Besuchern dieser Versammlung habe sich auch Zameitat befunden und nicht nur der Resolution zugestimmt, sondern auch eingewilligt, daß der Kläger das Inkasso für jeden Kontraventionsfall übernehme resp. einklage. Der Beklagte habe nun, gleichwohl er der Resolution durch Namensnennung ausdrücklich zugestimmt habe, wiederholt kontravenirt und seine Säle doch den sozialdemokratischen Versammlungen überlassen. Es solle deshalb zunächst nur für einen Fall unter Vorbehalt der Nachforderung der Betrag von 500 M. eingeklagt werden. Auf diese Klage beantragte Rechtsanwalt Freudenthal die Abweisung und fügte eine längere Begründung bei, in welcher er auf die Entstehungsursachen des Bierkriegs zurückgriff. Am 1. Mai d. J. sei eine große Anzahl von Böttchern, welche in den Brauereien beschäftigt waren, nicht erschienen und infolgedessen hätten dreren Arbeitgeber beschlossen, diese Leute bis zum 7. Mai überhaupt nicht mehr zu beschäftigen. Diese Maßregelung habe die Berliner Böttchergesellen veranlaßt, in einer öffentlichen Versammlung vom 3. Mai zu beschließen, daß in eine Lohnbewegung eingetreten werde und gegen zwei Stimmen sei festgesetzt worden, daß folgende Bedingungen gestellt werden sollten: Im Brauereibetrieb 30 M. Minimallohn, neunstündige Arbeitszeit, Fortfall der Ueberstundenarbeit, Freigabe des 1. Mai, Entnahme sämmtlicher Arbeitskräfte vom Arbeitsnachweis der organisirten Böttcher und bei Kellerarbeiten 50 Pf. Aufschlag pro Kopf. Auch für die Betriebe außerhalb der Brauereien wurden besondere Bedingungen gestellt. Dann wurde der Streik beschlossen und eine Kommission von neun Mitgliedern gewählt, welche mit den Unternehmern zu verhandeln hatte. Zu den „Ringbrauereien" gehört auch die Bergschloß- und die Unions-Brauerei. Da auch bei diesen die Aussperrmaßregel getroffen war, begab sich die Kommission zu den Direktoren der beiden Brauereien, und dort stellten sie ihre Bedingungen. Sie wurden jedoch abgewiesen, und nun wurde in einer Rixdorfer Versammlung beschlossen, die Lohnbewegung der Böttcher zu unterstützen. Der Brauerring verlangte Aufhebung dieses Beschlusses, wurde jedoch abgewiesen und nun beschloß der „Ring", die schon in Aussicht gestellten Maßregeln zur Ausführung zu bringen, 1. den Betrieb zu beschränken, 2. 20 pCt. ihrer Arbeiter zu entlassen, insbesondere diejenigen, welche sich bisher an den Bestrebungen hiesiger Arbeiter durch Boykottirung der Brauereien Zugeständnisse in Sachen des Böttcherstreiks zu erzwingen, betheiligt haben und 3. den Arbeitsnachweis der Böttcher nicht mehr zu benutzen. Die Brauereien machten auch öffentlich bekannt, daß die Böttcher die Arbeit freiwillig niedergelegt hätten, obgleich sie bei 27 M. Minimal-Wochenlohn und 9½stündiger Arbeitszeit am besten gestellt gewesen seien. Es folgte nun die Boykottirung von sieben Brauereien, und zwar wurde das damit motivirt, daß die Böttchergesellen in ihrem Lohnkampfe unterstützt werden sollten. Der Brauereiring habe sich nun um Hilfe an die Saalbesitzer gewendet, und in deren Resolution heiße es auch ausdrücklich, daß die Saalbesitzer sich mit den „Maßnahmen des Vereins der Brauereien Berlins solidarisch" erklärten. Nach alledem sei erwiesen, daß es sich nur um Vereinigungen und Verabredungen im Sinne des § 152 der Gewerbe-Ordnung handele, und für aus diesen übernommene Verpflichtungen gebe es ein Klagerecht überhaupt nicht. Aus diesem Grunde sei die Klage ohne weiteres abzuweisen. Die Zivilkammer des Landgerichts I hielt diese Ausführungen für durchaus stichhaltig und durchgreifend und wies deshalb die Klage kostenpflichtig ab.

Eine für Werkführer, Direktricen u. s. w. äußerst wichtige Entscheidung des Gewerbegerichts ist dieser Tage vom hiesigen Landgericht I bestätigt worden. Es handelte sich um eine Auslegung des § 133c Nr. 4 der Gewerbe-Ordnung. Dieser Paragraph enthält die Bestimmung, daß die sofortige Aufhebung des Dienstverhältnisses der im § 133a bezeichneten Personen (Betriebsbeamte, Werkmeister und ähnliche Angestellte, sowie Maschinentechniker, Bautechniker, Chemiker, Zeichner ꝛc.) u. a. insbesondere verlangt werden kann, wenn sie durch anhaltende Krankheit, oder durch eine längere Freiheitsstrafe, oder Abwesenheit an der Verrichtung ihrer Dienste verhindert werden. Hierzu bemerkt der letzte Absatz des Paragraphen, daß die vertragsmäßigen Leistungen des Arbeitgebers für die Dauer von sechs Wochen in Kraft blieben, wenn die Verrichtung der Dienste durch unverschuldetes Unglück (etwa Krankheit) verhindert worden ist. Jedoch, heißt es weiter, mindern sich die Ansprüche in diesem Falle um denjenigen Betrag, welcher dem Berechtigten aus einer auf grund gesetzlicher Verpflichtung bestehenden Krankenversicherung oder Unfallversicherung zukommt. In dem fraglichen Falle wurde nun die Frage entschieden, ob die sechs Wochen, während der ein „durch unverschuldetes Unglück an der Verrichtung seiner Dienste verhinderter" Werkführer u. s. w. Anspruch auf seinen Lohn hat, vom Behinderungstage oder vom Tage der Entlassung ab zu rechnen sind. Die Klägerin war als Direktrice gegen 125 M. monatlich beschäftigt gewesen. Am 5. Januar erkrankte sie und am 1. Februar wurde sie entlassen, nachdem ihr der Beklagte das Gehalt für den Januar ungeschmälert gezahlt hatte. Damit gab sich die Klägerin aber nicht zufrieden, sie beanspruchte vielmehr noch für sechs Wochen, vom Tage der Entlassung ab gerechnet, ihr Gehalt mit 187,50 M. Der Beklagte machte dagegen geltend, daß der letzte Absatz des § 133c nur „meinen könne", die sechswöchentliche Frist sei vom Tage der Behinderung ab zu rechnen.

Das Gewerbegericht verurtheilte jedoch den Beklagten, indem es nur 21,75 M. von der Klagesumme in Abzug brachte, welche die Klägerin in der Zeit vom 1. Februar bis zum 8. März aus der Krankenkasse bezogen hatte: Es erklärte damit den Entlassungstag als denjenigen, von welchem ab die betreffenden sechs Wochen zu rechnen sind. Das Landgericht bestätigte, wie schon gesagt, die Entscheidgung des Gewerbegerichts unter ausführlicher Begründung.

Versammlungen.

Von den Lichtdruckern war eine öffentliche Versammlung zum Sonntag Vormittag einberufen, welche die Mißstände im Gewerbe, insbesondere bei der Firma Neumann, Ritterstraße, erörterte. Aus den Reden des Referenten Schöpke, des Vorsitzenden Sillier und Anderer, die bei der genannten Firma beschäftigt sind, klang hervor, daß ein erheblicher Theil der in diesem Unternehmen thätigen Arbeiter einen Verdienst erzielt, der das Weiterarbeiten fast zur Unmöglichkeit macht. Handpressendrucker, gut eingearbeitete Leute, sollen infolge der unvollkommenen Einrichtung im Geschäft und aus Mangel an verwendbarem Material mit einem Wochenverdienst sich begnügen müssen, der zwischen 9—15 M. beträgt. Der in der Versammlung anwesende Oberdrucker der Firma vertheidigte das Verhalten derselben mit dem Hinweis, daß die Unternehmer alles gethan haben, um ihren Arbeitern einen ausreichenden Verdienst zu ermöglichen. Die Ansicht der Versammelten ging dahin, daß es durchaus an der Zeit sei, die Firma Neumann — die eine so unrühmliche Ausnahme in diesem Falle bilde — zur Abstellung der durch ihre Schuld hervorgerufenen Unzuträglichkeiten zu veranlassen. In einer Resolution, die keinen Widerspruch bei ihrer Annahme fand, wurde Protest gegen die geschilderten Praktiken erhoben und das Bureau der Versammlung beauftragt, die Regelung der Angelegenheit in die Hand zu nehmen. — Die nächste Versamm-

---

das größte Quantum echten Menschenlebens produzirt haben. In der Zeit, wo Italien, politisch allerdings meistens vom Auslande abhängig, dennoch eine dreifache Weltherrschaft ausübte: durch die Kirche, durch den Geist und durch das Geld, wo es den Handel und die Industrie, wo es die modernen Künste und Wissenschaften schuf, einschließlich der Staatskunst und der Finanzkunst, der Kriegswissenschaft und der Finanzwissenschaft, in jener Zeit hat es, wie ihm einer seiner Geschichtsschreiber nachrechnet, über 7000 Revolutionen durchgemacht. Das einzige Florentinervölkchen, das in den 300 Jahren von Dante's Geburt bis zum Tode Michel Angelo's mehr für die Menschheit geleistet hat, als die unzähligen Millionen Russen in ihrem tausendjährigen Thränen- und Schnapsdusel, hat diese Riesenleistung unter immerwährenden Revolutionen vollbracht: nicht trotz dieser ewigen Unruhe, sondern durch sie, da sie nichts anderes war, als potenzirtestes Leben: ein Prozeß, in welchem der ewige Widerspruch zwischen Idee und Wirklichkeit, zwischen der inneren Struktur der Gesellschaft und der äußern Staatsform fortwährend aufgehoben wurde; ein Prozeß, der in jedem Augenblick neue Gestaltungen, Vorwürfe für den denkenden Verstand wie für die dichtende Phantasie und die bildenden Künste hervorbrachte, kurzum, fortwährend Kultur schuf."

— „Ach was Kultur, Du Kindskopf! Die brauchen wir nicht mehr! Haben genug von dem alten Plunder: Bildern und Gypsfiguren, Versen und gelehrten Schwarten! Die einzigen Künste, die was werth sind, bedürfen keiner Revolution; das Schießen und Fechten bringen wir unseren Kerls viel besser bei, als es Deine alten Athener und Florentiner gekonnt haben, die Kunst der Champagnerbereitung wird so wenig verloren gehen wie die Kunst, durch die Schwingungen von Messingblech und Schafdärmen die Beine unserer Balleteusen in rhythmische Bewegung zu setzen, und vor allem: die Zeit kommt auch heran, wo wir was Gutes in Ruhe schmausen mögen! Diese Zeit ist heute herangekommen, ein- für allemal, auch schon für uns Jüngere, und in dieser Ruhe wollen wir uns nicht stören lassen, und die Kunst, was Gutes für den Schnabel zu bereiten, geht in der Ordnung nicht verloren, die chinesische Küche soll ja ganz famos sein, nicht wahr, Herr Geheimrath? Ihr Neffe, der Legationsrath, war ja wohl dort?"

— „Ja wohl, Herr Lieutenant, — erwiderte der Angeredete, der, in den Genuß seiner Havanna vertieft, zwar nur mit halbem Ohre hingehört, aber doch die Ergüsse des Oberlehrers hie und da mit einem spöttischen Lächeln und die schneidigen Hiebe des Amtsrichters mit beifälligem Kopfnicken begleitet hatte — ja wohl, Herr Lieutenant, ich komme Ihnen was!"

— „Prosit, Herr Geheimrath! Auf China, mit dem uns der dumme Phantast da zu ärgern gedachte, stoßen wir an! Hoch lebe der Zopf!"

— „Und das Schwert, Herr Lieutenant, des Zopfes Beschützer!"

Neisse Karl Jentsch.

Eine öffentliche Lesehalle zu Berlin.

Von geschätzter Seite wird uns geschrieben! In der Stadtverordneten-Versammlung vom 13. März 1894 ward von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, daß die Benutzung der städtischen Volksbibliotheken — zum größten Theil infolge der bestehenden unpraktischen Einrichtungen — eine recht schwache sei. Vergleicht man den Bericht 1893/94 des Magistrats zu Berlin über die Verwaltung der städtischen Volksbibliotheken, wo wir 375 887 Bände-Entleihungen (13 000 Bände mehr als im Vorjahr) angegeben finden, mit dem was die öffentlichen Bibliotheken Englands und Amerika's leisten, so ist es geradezu erstaunlich, wie sehr Berlin auf diesem Gebiet zurücksteht. Die genaueren Daten sind zu finden in Prof. E. Royer's Buch „Entwickelung und Organisation der Volksbibliotheken", Leipzig. Engelmann. Ich spreche hier natürlich von dem, was den breiten Massen des Volkes zugänglich ist. In jener Stadtverordneten-Versammlung ward als besonders hinderlich für eine stärkere Benutzung der Bibliotheken bezeichnet, daß diese an Wochentagen nur zu einer Zeit geöffnet seien, zu der es der arbeitenden Bevölkerung unmöglich ist, sie zu benutzen; an Sonntagen aber von 11—1 sei der Andrang so groß, daß mancher Leser eine halbe Stunde auf Abfertigung warten müsse. Ferner ward auf die Schwierigkeit bei der Ausstellung des Bürgschaftsscheines und auf die Nothwendigkeit von Lesesälen hingewiesen. Eine Antwort auf die Resolution, die dementsprechend der Ausschuß dem Magistrat empfahl, ward — so viel mir bekannt — von letzterem noch nicht gegeben; hingegen hörte ich jüngst von zuverlässiger Seite, daß wenigstens die Volksbibliothek in der Gipsstraße (23a) von nun an 8 Mal wöchentlich in den Abendstunden zur Ausgabe von Büchern geöffnet sein soll. Hinsichtlich der Errichtung von Lesesälen, die schon in der Resolution nicht besonders betont ward, verlautet hingegen gar nichts.

So scheint es, daß die Stadtgemeinde sich in der That durch ein privates Unternehmen erst den Beweis der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer mit Bibliothek verbundenen öffentlichen Lesehalle in Berlin erbringen lassen will. Zur Gründung einer solchen hatte die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur schon im November 1893 begonnen, Geldmittel zu sammeln — stets mit der klarbewußten Absicht, nur Pionier auf diesem Gebiet für die spätere Bethätigung der Stadtgemeinde zu sein. Soll ich es als symptomatisch bezeichnen, daß — trotz lebhafter Bemühungen — für ein solches Unternehmen in der „Stadt der Intelligenz" ganze — 3000 M. bisher aus den Kreisen der Besitzenden zugesteuert worden sind? Eine lächerlich geringe Summe, wenn man damit vergleicht, was für die verschiedenen Wohlthätigkeits-Einrichtungen durch Bazare und ähnliche Scherze erzielt wird! „Glauben sie wirklich, den Arbeitern mit einer solchen Lesehalle einen besonderen Gefallen zu bereiten?" ist — ich zitire wörtlich — die oft gehörte, ironische Antwort. Nun, über den naiven Standpunkt des „Gefallen" bei der Gründung einer Einrichtung, die lediglich deshalb für's Erste von privater Seite in die Hand genommen ward, weil die städtische Verwaltung sich noch immer nicht dazu verstehen wollte, diese empfindliche Lücke zu füllen — über diesen Standpunkt brauche ich an dieser Stelle kein Wort zu verlieren. Er entspricht ganz der Auffassung weiter Kreise, die dem tiefen, echten Bildungsstreben der Arbeiter mit ebenso viel Verständnißlosigkeit wie Unkenntniß gegenüberstehen — einer Unkenntniß, die — im Vorbeigehen sei's erwähnt — glänzend durch die Thatsache illustrirt wird, daß diese sach- und menschenkundigen Beurtheiler selbst von der Existenz einer freien Volksbühne in Berlin niemals etwas läuten hörten, von weiteren Proben ganz zu schweigen. Natürlich kennen sie aber doch das „geistige Niveau" des Arbeiters ganz genau.

Die Lesehalle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur wird nun voraussichtlich schon am 1. Januar 1895 in der Neuen Schönhauserstr. 13 eröffnet. Die Benutzung ist natürlich unentgeltlich. Mit Entleihungen wird begonnen, sowie der vorhandene Büchervorrath es gestattet, was schon in kurzer Zeit der Fall sein dürfte. (An Wochentagen ist die Lesehalle Abends von 6—10 Uhr, am Sonntage vermuthlich den ganzen Tag offen; genauere Bestimmungen werden noch angegeben.) Es liegt mir fern, dieser einzelnen mit dürftigen Mitteln mühsam geschaffenen Lesehalle — oder auch den Lesehallen überhaupt in noch so großem Stile — eine übertriebene Bedeutung zuschreiben zu wollen. Nicht über das, was sie nicht leisten kann, brauche ich hier zu sprechen. Betonen will ich nur, daß diese Lesehalle unter den in Berlin waltenden Bibliotheksverhältnissen eine für die arbeitenden Klassen erwünschte Einrichtung ist, deren reger Besuch in doppeltem Sinne als nützlich zu bezeichnen ist. In dem Aufruf, der das Unternehmen ins Leben rufen sollte, hieß es: „Die Anschaffung der Bücher und Zeitschriften wird sich — — — keinesfalls nach Gesichtspunkten irgend welcher Bevormundung, sondern lediglich nach der Nachfrage richten, welche gerade in den Leserkreisen, auf die wir rechnen, nach zweifellosen Erfahrungen eine sittlich gesunde ist." Der Charakter der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur beugt auch Befürchtungen solcher Art vor. Blätter der verschiedenen Fachvereine werden selbstverständlich ausliegen. In jedem Fall wird es nur als erwünscht betrachtet, daß jede Ausstellung, sofern sich eine solche später in irgendwelcher Hinsicht als nothwendig erweist, hier sogleich öffentlich gemacht wird. Jede hierdurch ermöglichte Aenderung und Besserung aber ist umsomehr zu befürworten, als die rege und eifrige Benutzung der Lesehalle durch die arbeitende Bevölkerung ein unwiderleglicher und — ich hoffe es — wirksamer Beweis für die Nothwendigkeit der Errichtung einer öffentlichen Lesehalle in größerem Stile von Seiten der Stadt sein wird.

Ad. G.

kung, der über den Ausgang der Verhandlungen mit den Chefs Bericht gegeben wird, soll sich in zweiter Linie mit der Forderung eines Garantielohnes beschäftigen; man hofft dadurch die Schäden der Akkordarbeit bis zu einem gewissen Grade zu beseitigen.

In einer öffentlichen Bäckerversammlung vom Dienstag, den 4. Dezember, die im Niesl'schen Saale tagte, sprach über den Maximal-Arbeitstag im Bäckergewerbe der Bäckermeister Pfeiffer. Aus hygienischen und volkswirthschaftlichen Gründen hielt der Redner eine Begrenzung der Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß für unerläßlich. Auch in der Diskussion fand diese Ansicht keinen Widerspruch. Scholz erwähnte der dankenswerthen Veröffentlichungen des Dr. Oldenburg und trat einem Anhänger des Antisemitismus energisch entgegen. Die Versammlung stimmte schließlich folgender Resolution zu: „Die Versammlung ersucht die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages, die Regierung zu interpelliren, was dieselbe in betreff der Bäckerei-Arbeiter-Schutzbestimmungen zu thun gedenke." — Das langsame Tempo, so führten einige Redner aus, das die Regierung in dieser für die Betheiligten so wichtigen Frage innehalte, müsse die Bäckerei-Arbeiter veranlassen, schon jetzt zu erwägen, welche Stellungnahme geboten sei, wenn keine Schutzbestimmungen von seiten der Behörden erlassen werden. Man beauftragte die Agitationskommission mit den nöthigen Vorarbeiten, um im nächsten Frühjahr einen allgemeinen Kongreß der Bäcker Deutschlands einzuberufen, der sich ausschließlich damit zu beschäftigen hat, wie die Erringung des Zwölfstundentages und die Regelung der Arbeitsvermittelung einzuleiten ist.

In einer öffentlichen Töpfer-Versammlung, die am 5. Dezember bei Breuer, Gr. Frankfurterstr. 74, tagte, hielt Dr. Joël einen interessanten Vortrag über die moderne Naturanschauung und ihre Einwirkung auf die Gesellschaft, wofür die Versammelten ihm reichen Beifall zollten. Sodann gab der Kollege Daudert einen Ueberblick über die gegenwärtige wirthschaftliche Lage der Töpfer. Redner resümirt sich am Schluß seines Referats dahin, daß er empfiehlt, in Zukunft den Wettbewerb mit allen Bauten aufzunehmen, auch mit denjenigen, wo nicht tarifmäßig zahlende Unternehmer die Arbeit haben. Das Vorgehen nach dieser Richtung wurde im einzelnen festgelegt. Selbstverständlich muß darauf hauptsächliches Augenmerk gerichtet werden, daß diese Bauten dem Arbeitsnachweis gemeldet werden, und die Kollegen die Verpflichtung erfüllen, am Sonnabend genauen Bericht zu erstatten über Fortschritt oder Erfolg ihrer Agitation. Die Kollegen Lasow, Hoffmann, Habantz, Pech, Babiel, Haagen und Melzer erklärten sich für den Antrag Daudert. Von mehreren Rednern wurde darauf hingewiesen, daß der Antrag Daudert keine Aufforderung enthält dahingehend, auf gesperrten Bauten oder bei nicht tarifmäßig bezahlenden Unternehmern zu arbeiten. Die Versammlung stimmte hierauf einmüthig dem Antrage Daudert zu. Thieme befürwortete die Einberufung einer Konferenz der Töpfer Deutschlands. Redner schlug vor, diese Konferenz am 30. Dezember abzuhalten; dieser Vorschlag wurde akzeptirt und als Delegirte die Kollegen Lothar, Daudert, Lasow und Habantz gewählt.

Briefkasten der Expedition.

Für die ausgesperrten Brauerei-Arbeiter gingen ferner ein:

Spandauer Grüne Jungen, XIII. Rate, darunter vom rothen Schuster 1 M., von dessen Freund 1 M., 28,—. Lustige Brüder in der Wirthschaft zur Rosenau Höchst a. M. 1,55. Amerikanische Auktion bei Fritzen in Rixdorf —,60. Ueberschuß vom Stiftungsfest des Vergnügungsvereins „Nordwacht" (Moabit) 50,—. Werkstatt Z. Gitschinerstraße, 2,—. Von den Steinträgern der Schule Grauestraße (Norden) 2,60. Vom Bau Augsburgerstr. 33 durch Philipp 4,15. Gesammelt bei einer Geburtstagsfeier bei E. Berlin, Weberstraße 45, 1,50. Werkstatt Jungnickel, Langestr. 109, 1,50. Textilarbeiter Reichenbach i. Schl. 6,10. Die sieben Rothen aus 101 aus Hamburg 2. Rate 6,50. Ges. bei Langer, Admiralstr. 1, 1,50. Sologeld, Lutherstraße 2,—. Amerikanische Auktion im Bezirk Kube, Schönhauser Vorstadt 4,50. L. M., Buchdrucker —,90. Rothe Hochzeit, Naunynstraße 1,—. Amerikanische Auktion in Treptow bei Zornow 9,—. Andreas A. 7,50. Ertrag einer Tellersammlung im Verb. d. Barbiere Friseure ꝛc., Zweigverein Berlin 3,—. Butze 0,50. Von den Arbeitern der Firma S. Markus, Skalitzerstr. 10, 5,—. Ueberschuß des Todtensonntags von Rummelsburg 10,20. Ueberschuß von ringfreiem Bier, Spandauerstr. 30, 2. H., 20. Woche 5,90. Th. D. Sattler 3,—. Buchdruckerei Bischoff —,60. Gürtler O. Lundershausen 1,50. Für einen Vortrag des Genossen Wagner in der Volksversammlung am 4. d. M. bei Henke 5,—. F. Hellmuth 1,50. Vierprozente Sargtischlerei, Ziegelstr. 30, 3,50. Gesammelt bei einer Geburtstagsfeier bei W. M. Bundt 2,20. Drei ehrliche Spitzbuben durch Onkel 1,80. Ges. d. Meisterfeld 3,55. Ueberschuß v. Gänse-Ausspielen bei Tempel, Langestr. 78, 2,—. Durch E. M. v. einer Geburtstagsf., Adalbertstr., 1,85. Gesellen von Blume, Elisabeth-Ufer 55, 5,75. Geburtstagsfeier Oderbergerstraße, gesammelt durch Seidler 2,10. Gesangv. Jugendfreuden Amerik. Auktion 11,15. Beim Singen auf eigene Faust Münchener Brauhaus Oranienburg gesammelt 6,—. Von den Arbeitern von H. Wolter, Ritterstr. 74, 3,60. Gesangv. Maiengruß Friedrichshagen 5,—. Arbeiter-Bildungsverein Friedrichshagen 10,—. Ueberschuß vom ringfreien Bier, Spandauerstr. 30, 2. Hof, 21. Woche 4,70. Gürtler O. Lundershausen 3,—. Vierprozente Prinzenstraße 25 10,—. Berliner Steinsetzer 3,60. Firma C. Reinicke durch Max Harting 1,50. Von den organisirten Steinarbeitern Warthau's in Schlesien 12,95. Gesammelt Leierkasten-Hochzeit, Tieckstraße, 3,25. Grüne Jungens Sorauerstraße Nr. 4, durch H. F. 2,60. Ueberschuß einer Amerikanischen Auktion in Reichert's Restaurant, Willibald Alexisstraße Nr. 22 2,30. 5 Gürtler der Fabrik Ehestedt u. Robert 2,50. Hamburger Verein der Scheuerleute durch Döring 50,—. Werkstatt von Goltz, Skalitzerstraße 24a 2,—. Gürtler-Fabrik Ritterstr. 90 7,20. Tellersammlung des Holzarbeiter-Verbandes (Branche Modelltischler) 8,50. Ueberschuß v. N. Weltkal., 598. Bezirk 3,—. Pfropfenverein Wedding 2,50. Geburtstagsfeier beim dicken Adolph durch Hentze 2,10. Kolonie Wild-Amerika, Rixdorf, Vergnügen am 17. November 33,55. Lese- und Diskutirklub Aufklärung 10,—. Summa 390,85 M.

Berichtigung. In Nr. 284 soll es nicht Kraus, Ackerstraße 5, sondern Kramm, Ackerstr. 50, heißen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Mittwoch, den 12. Dezember, Abends 8½ Uhr, in Schmiedel's Festsälen, Alte Jakobstraße Nr. 32:
Grosse Versammlung.
Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen **P. Jahn.** 278/17

Gr. Volksversammlung
zum Besten der Arbeiter-Bildungsschule
am **Donnerstag**, den 13. Dezember, Abends 8½ Uhr, in **Fiebig's Salon**, Große Frankfurterstraße 28.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Schriftstellers Herrn **Manfred Wittich** aus Leipzig über: „Heinrich Heine und seine Zeit". 2. Diskussion.
Zu diesem belehrenden und interessanten Vortrag lade alle Parteigenossen und deren Familien zu zahlreichem Besuch ein.
Jedermann hat Zutritt! **Der Einberufer.**
55/15

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthe Berlins und Umgegend.
Freitag, den 14. Dezember, Nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen **Kessner, Schöneberg**, Grunewaldstraße Nr. 110:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Zubeil. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch ersucht 130/10
Der Vorstand. J. A.: **Köhn.**

Kartonbranche.
Donnerstag, den 13. Dezember, Abends 7½ Uhr, im Lokale von Ehrenberg, Innenstr. 16:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Fr. Freudenreich.
2. **Die Lohndrückereien und sonstigen Mißstände in der Kartonfabrik von Grunow, Langestraße, und auch in anderen Fabriken.**
3. Diskussion und Verschiedenes.
Diese Versammlung ist von hoher Wichtigkeit und wird dringend erwartet, daß **jede Fabrik** unbedingt vertreten ist.
Im Uebrigen sei mitgetheilt, daß die **Sperre über die Kartonfabrik von Cohn & Friedländer, Stralauerstr. 58**, unverändert fortdauert und die Arbeiterinnen gewarnt werden, weder in noch außer dem Hause dort Arbeit zu nehmen.
Zur Versammlung erwarten pünktliches und zahlreiches Erscheinen
75/11 **Die Vertrauenspersonen.**

Achtung! Dekateure! Achtung!
Donnerstag, den 13. d. Mts., Abends 8½ Uhr:
Versammlung
der Filiale 3 des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes bei Wienecke, Alte Jakobstraße Nr. 83.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl des Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission. 4. Verschiedenes. 1521b
Der Vorstand.

Turner! Große öffentliche Versammlung **am Donnerstag, den 13. Dezember cr.,** Abends 8½ Uhr, in den **Oranien-Hallen**, Oranienstr. 51.
Tagesordnung: 1. Bilder aus der Turngeschichte. Referent: Turngenosse Frey. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 108/13
Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Eintrittsgeld. **Der Einberufer.**

Künstl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzl., Zahnschmerz beseitigt, schmerzloses Zahnziehen. Theilzahlung. Goldstein, Oranienstr. 123

Gänzlicher Ausverkauf
wegen **vollständiger Auflösung** meines seit **vielen Jahren bestehenden Geschäftes** 68 Alexanderstraße 68.
Am Lager befinden sich noch: **Herren-, Damen- u. Kinderwäsche, Kleiderstoffe, Gardinen, Tisch- u. Bettdecken, Morgenröcke, Unterröcke u. Blousen. Sämmtliche Waaren** werden **bedeutend** unter dem **Selbstkostenpreise** abgegeben.
Gustav Heilborn, Alexanderstrasse 68.

Künstl. Zähne schmerzlos eingesetzt, festsitzend. Reparaturen sofort. Weniger Bemittelte Ermäßigung. **Kreslawski**, Spittelmarkt 13.

1000 Modell-Regenmäntel!
von 6—18 M., elegante **Winter-Jaquets** 7—15 M., **Modell-Jaquets** 10—18 M., **Wattirte Räder** mit Pelzbesatz 8—20 M., elegante **Golf-Capes** 7—15 M. Ladenpreis das doppelte. **Leipzigerstr. 91, I.**

Möbel, gebrauchte, kauft **Bartsch**, Schützenstr. 2.

Costüme, Blousen, Kleidchen,
Tricot-Taillen.
Eigene Fabrikation, solide, gut sitzend und doch billiger als in jedem Bazar. 1527b
L. Liepmann,
30. Alte Schönhauserstraße 30,
Ecke Weinmeisterstraße.

Fertige Pelzmuffen,
selbst gearbeitet, sowie sämmtliche Pelzwaaren. Einzelverkauf zu Engros-Preisen. **Dresdenerstr. 130, Hof 2 Tr.** beim Kürschnermstr. [1525b

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des **Süd-Ostens** für **37**
Gold-, Silber-,
Alfénidewaaren (Eg.-Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Straße 37

Soeben erschien eine **gemeinverständliche Agitationsbroschüre:** 1240L*
Die Religion soll Privatsache werden.
Glaube, Religion, Sittlichkeit und **Kirche im Verhältniß zur Sozialdemokratie.**
Von Gustav Keßler. Preis 20 Pf.
Zu beziehen durch alle Partei-Buchhandlungen, Kolporteure und Zeitungs-Spediteure sowie vom Verlag **Hans Baake, City-Passage.**

Achtung!
Zahnersatz, auch Theilzahl., wöchentl. 1 M., **Gackel**, Lausitzer Pl. 2, Elsasserstraße 12.

Großer Weihnachts-Verkauf.
1000 fertige Kostüme, alter Preis 20 bis 50 M., um das Lager zu räumen, jetzt nur 10 bis 25 M.
S. Bernstein, Alexanderstr. 8a.

Unstreitig beste u. billigste Bezugsquelle
Echt **Silber-**
Herrenremontoiruhr. 2 Jahre Garantie, kein Risiko, da Umtausch gern gestattet. Ges. Nachn. **M. 10.**50. Verl. gr. Preisliste. Nickelrem. v. 5,- Regulateur v. 6,-
Louis Lehrfeld, Pforzheim. 188

Baer Sohn BERLIN.
Feste Preise. Preise in Zahlen.
Geschäfts-Häuser. Gegründet 1891.
24a. Chausseestraße 24a.
am Friedrich-Wilhelmstädtisch. Theater.
11. Brückenstraße 11.
Ecke Rungestraße.
16. Gr. Frankfurterstraße 16.
Gegenüber dem National-Theater.
En gros et en detail.
Feste Preise. Preise in Zahlen.
Herren- u. Knaben-Bekleidung.

Zum Weihnachtsfest

empfehle mein **reichhaltiges Lager selbstgefertigter reeller Schuhwaaren** zu ausnahmsweise **billigen Preisen**, sowie **größte Auswahl** in echt russischen **Herren- und Damen-Gummischuhen.**
Hauptgeschäft: **Zur schlanken Line beim lieben Gustav, Oranienstr.**
2. Geschäft: Alte Jakobstraße 48a.
3. Geschäft: Rixdorf, Bergstraße 29.

Ober-Präsidium der Provinz Brandenburg O. P. Nr. 15 937. 87/3

Potsdam, den 27. November 1894.

Nachdem der Bezirks-Ausschuß dortselbst die Auflösung der Orts-Krankenkasse der Böttcher unterm 18. d. M. beschlossen hat, bestimme ich gemäß § 47 des Krankenversicherungs-Gesetzes in Verbindung mit Nr. 43 der Anweisung vom 10. Juli 1892 zur Ausführung des Krankenversicherungs-Gesetzes, daß

1. der Tag der Auflösung auf den 1. Januar 1895 festgesetzt wird,
2. das Kassenvermögen zur Berichtigung der etwa vorhandenen Schulden und zur Deckung der bereits entstandenen Unterstützungsansprüche zu verwenden und der etwa verbleibende Rest des Kassenvermögens an die Allgemeine Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen zu Berlin zu überweisen ist,
3. die Weiterversicherung der versicherungspflichtigen Personen bei der letztgenannten Kasse zu erfolgen hat.

Der Ober-Präsident
Staatsminister
gez. Achenbach.

An
den Vorstand der Orts-Krankenkasse der Böttcher zu Berlin.

Vorstehender Erlaß wird hierdurch bekannt gemacht.

Berlin, den 8. Dezember 1894.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse d. Böttcher.
gez. Büngel, Magistrats-Sekretär.

Unterzeichneter wünscht bei einem Genossen, Gegend Garten- od. Brunnenstraße od. in den diese durchschneidenden Straßen ein leeres, gut heizb. Zimmer mit sep. Eing. oder eine solche Schlafstelle inkl. Station, jedoch ohne Beheiz., vom 1. Januar ab unter billigen Bedingungen zu miethen. Gefl. Offerten mit Preisang. werd. schleunigst erbeten. **J. Ed. Pehmler**, Hussitenstr. 26, Hof Seitenfl. rechts, part l. 1528b

Mehl und alle 1242L* **Backzuthaten**
liefert in **anerkannt vorzüglicher Güte** jetzt ganz besond. preisw.
P. Herrguth,
Berlin, **Müllerstr. 180** (Weddingplatz). **Wiederverk. besond. Vorzugspreise.**

Hennigsdorferstraße 26
Wohnungen: 8, 12, 16 und 18 **Mark** monatlich.

Möbl. Schlafst. a. Herren Brandenburgstr. 4, 4 Tr. b. Bäcker. 1522b

Arbeitsmarkt.
Musikinstrumenten-Arbeiter-Streik!
Die Kollegen der Piano-Fabrik von **Görs & Kallmann**
haben infolge Maßregelungen und Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. **Zuzug ist strengstens fernzuhalten.**
198/13 **Die Lohnkommission.**

Vergolderinnen u. Belegerinnen auf Barockleisten finden dauernde Beschäftigung bei **Heidt u. Hoffmann**, Strelitz i. M. 1218Z*

Vergolderer auf glatte Leisten verlangt **Göpfert**, Markusstr. 44, 2 Tr.

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzl. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparat. sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. [14756

Gr. Weihnachts-Ausverkauf!

☞ **Wegen zu hoher Ladenmiethe** bin ich gezwungen mein bedeutendes Waarenlager aufzulösen. ☜ **Ich offerire:**

	1 Pfd.	1/16 Ctr.	1/8 Ctr.
Feinst. Wiener Auszugmehl	18	1,10	2,05
Feinst. Deutscher Kaiser-Auszug Mehl	16	95	1,85
Feinst. Weizenmehl 000	14	85	1,65
„ Weizenmehl 00	12	75	1,45

Neue Rosinen, Sultaninen u. Corinthen à Pfd. von 20 Pf. an.
Neue große süße Mandeln à Pfd. 70 Pf.
Feinstes Citronat à Pfd. 65 Pf.
Tannenbaum-Biskuit in großartiger Ausführung à Pfd. 50 Pf.
Neue Wall-, Hasel- und Paranüsse, spottbillig.
Baumlichte in allen Größen u. Farben.
Grosses Cigarren-Lager in nur feinen Marken per 100 Stück 2,90, 3,50, 3,65, 4,—, 4,80 bis 10 M.

Feinst. Holländ. Cacao's à Pfd. 1,35, 1,80, 2,10 M.
Feinste neue Souchong-Thees à Pfd. 1,80, 2,—, 2,40 M.
Feinste Pulver-Chokoladen 45, 55, 70 Pf.
Feinste Block-Chokolade à Pfd. 58 Pf.
Feinste Vanillen-Chokolade (ohne Mehlzusatz) à Pfd. 78 Pf.
Fein. alt. Nordh. Korn 1 gr. Fl. 65 Pf.
„ echter Stonsdorfer 1 „ „ 82 „
„ Berliner Getreidekümmel . . . 1 „ „ 85 „
„ echt. Alpenkräuter 1 „ „ 85 „
Mampe's Halb u. Halb 1 „ „ 1,15 „
Feiner alter Rum à Fl. von 85 Pf. an.
„ „ Cognac „ „ 1,30 an.
☞ Kostproben gratis. ☜
Präsent-Cigarren in groß. Auswahl, in geschmackvollen Kistchen zu 25 und 50 Stück. 12022*

Ferner empfehle ich meine anerkannt feinen **Kaffee's,** sowie alle **Kolonialwaaren** in nur bester Qualität zu auffallend billigen Preisen. **Prompter Stadt-, Post- und Bahn-Versand. Preislisten gratis und franco.**

A. Fiebach, Schwedterstr. 20 (Ecke Choriner-) Fernspr. III 8117.

GESCHÄFTSHAUS S. HEINE

Grosse Weihnachts-Messe.

Neuheiten für die Frühjahrs-Saison 1895 in

Kleiderstoffen.

Waschechte Elsasser Beige, schwere Köperwaare,
gestreift, karirt oder melirt, doppelt breit, Meter 90 Pfg.
Reinwollen Fouls, in allen Farben, 95 cm breit, Meter 75 Pfg.
Reinwollener Cheviot, in allen Farben, 100 cm br., Mtr. 1.—, 1,25 u. 1,75 Mk.
Reinwollener Cheviot, extra schwer, 120 cm br., Mtr. 2.—, 2,25 u. 2,50 Mk.

Ausverkauf
von Lagerbeständen in allen Abtheilungen für die Hälfte des bisherigen Preises.

Reste und einzelne Roben
☞ spottbillig. ☜

BERLIN, N. CHAUSSEESTR. 14.

Adolf Koenigsberger,

Passendes Weihnachtsgeschenk.

Stahl oxidirt Komplett 15 Mark.

Uhren und Juwelen,
Berlin NW., Friedrichstr. 86
(nahe den Linden).

Zum bevorstehenden Feste empfehle mein reichhaltiges Lager in 34/13

14kar. gold.	Herren-Remont.-Uhren offen	v.	50,—	M. an
14 „ „	Damen- „ „	„	25,—	„ „
14 „ „	Herren- „ Savonnettes	„	75,—	„ „
14 „ „	Damen-Remont.-Uhren	„	40,—	„ „
0,800 silb.	Herren- „	„	15,—	„ „
0,800 „	Damen- „	„	15,—	„ „
oxidirte Stahl-	Herren- „	„	12,50	„ „
„ „	Damen- „	„	13,50	„ „

Sämmtliche Uhren Schweizer Fabrikate unter 2jähriger Garantie. Ferner empfehle ich meine Spezialität „System Glashütte", 5 Jahre Garantie. Neuheiten in feinen Genfer Damen-Emaille-Uhren mit Schleifen. Uhrenbroches in oxidirt Stahl, Silber doublé und Gold. Echte Glashütter Uhren von A. Lange u. Söhne, sowie Genfer Uhren erster Firmen, wie Andemars, Badollet ꝛc. zu Katalogpreisen.

Sumatra, deckt mit 1¼ Pfund, hell, brennt schneeweiß, per Pfund 3,30 Mark, verkauft
Carl Roland, Mariannenstraße 23.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfest empfehle ich: **„Der 1. Mai"**, in sauberster Ausführung. **Lassalle, Marx, Hasenclever, Bebel, Liebknecht** u. s. w. **Sinnsprüche,** Büsten, Photographien in Kabinet und Visites.

1141L* **Karl Scholz, Wrangelstr. 32 part.**

Schulhygiene.

Die von mir erfundene
Tragvorrichtung für Schultornister
welche **das Tragen der Bücher erleichtert** und **Schiefwerden der Kinder verhindert,** wird in meiner Werkstatt **sofort** an jeder Mappe befestigt. 10572*

Preis 1,50 M.

A. Herzberg, Berlin SW, Jerusalemerstr. 66, Hof rechts part.

Kinderwagen-
☞ **Bazar** ☜
Max Brinner, Jerusalemerst. 42 am Dönhofsplatz u. **Brunnenstr. 6.**
Großartiger Weihnachts-Ausverkauf in Puppenwagen v. 1,75 M. an. Sportwagen, Kinderwagen zurückgef. Muster, außerord. ermäßigt

Verzugshalber: 1448b
Kleiderspinden 18, Muschelspinden 28, Kommoden 15, Bettstellen mit Federboden 26, Sophas 28, Plüschgarnitur, Trumeau, Küchenmöbel spottbillig Yorkstr. 75, Laden.

Milchkübel, Kannen, Satten, Maße, Siebe, Tafelwaagen, Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen Butterkneter, Drehrollen.
Jordan, Kl. Markusstr. 28.

In Roh-Tabaken und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten
!! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
☞ **Alexanderstr. 22.** ☜
Streng reelle Bedienung.
☞ Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Platze wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königstr. 59, vorn I., sollen über 100 Wirthschaftseinrichtungen, kurze Zeit verliehen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchenspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Nußbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 3 Mark, hochfeine Muschelkleiderspinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Cylinderbureaus, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Paneelsophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Coulissentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlins zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis Januar kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

[2383M]

Feith's weltberühmte
Harmonikas

Sensationell! Neuheit!

mit **Metall-Schutz-Ecken,** wodurch ein **Defektwerden** der Balgecken unmöglich ist. **Höchst elegant, prachtvoll im Ton. Großes Format** mit **10 Klappen, 2 Registerzügen, doppeltönig,** in **hocheleganter Ausstattung, nur Mk. 8,—.** Dieselbe etwas kleiner **Mk. 6,50.** Dieselbe mit 3 Register, dreichörig **Mk. 12,—.** Dieselbe mit 4 Register, 4chörig **Mk. 15,—.** Dieselbe mit **19 Klappen,** 2 Register, doppeltönig **Mk. 14,—.** Dieselbe mit 21 Klappen, 4 Register **Mk. 20,—.**

Ariophon
(Glocken-Harmonika) D. R. P. 50765 mit 10tönigem rein abgestimmtem Stahlglockenspiel, wodurch eine wunderbare Modulation erzielt wird. Glockenspiel kann auch abgestellt werden. 10 Klappen, 2 Register, doppeltönig **Mk. 16,—.** Zu jeder Harmonika **gratis eine leicht faßliche Schule zum Selbsterlernen.** Versand gegen vorher. Geldeins. oder Postnachnahme durch **Feith's Neuheiten-Vertrieb, Dresden-A., Pirnaischestr. 34. Berlin C., Stralauerstraße Nr. 41.**

Teppiche

auch an Private.
Sophagröße 4, 5, 6–10 M.
Salongröße 8, 12, 16–21 M.
Saalgröße 12, 14, 20, 38 M.
Tischdecken, Schlafdecken, Portièren, Gardinen. 11612*

Arthur Heinemann
Friedrichstr. 108,
vis-à-vis der Karlstraße.

Möbel-

Gelegenheitskauf
zu außergewöhnlich billigen Preisen. Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Nußbaum- u. Mahagoni-Kleiderspinden u. Vertikows 30 M., einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit Matratze 20 M.; Waschtoiletten, Küchenspinden, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.; Sophatische 6 M.; Säulen-Trumeaux 65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.; Paneelsophas 80 M.; Buffets, Silberschränke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureaux, Spiegel (wenig gebrauchte) zu halben Preisen und sollte es Niemand versäumen, wer gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis Januar kostenfrei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

Gekauft werden stets jede Anzahl weißer Mäuse, Tanzmäuse, Lachtauben, Meerschweine, Kaninchen, alle Arten Vögel und Tauben. 15195
Redtmann, Madaistr. 2, Schl. Bhf.

Stempel Vereins-Abzeichen ꝛc. **B. Guttmann, Brunnenstr. 9.**

Pelzwaaren-Fabrik, Göbel & Reinecke

Einzelverk. z. Fabrikpreisen.
☞ **Verkaufsstellen direkt in der Fabrik** ☜
Stallschreiber-Strasse No. 50/51, I (Ecke Alexandrinenstraße) und **Jerusalemer-Strasse 65** (Laden, an der Kirche).
Sämmtliche Waaren sind aus besten Winterfellen unter unserer eigenen fachmännischen Leitung hergestellt. Telephon Amt IV 9790.

Nie dagewesen!!

In dem **Konkurs** der Herren-Kleidermagazine
Kleiderbaron, Berlin, Landsbergerstraße 59 und
Centraldepot, Berlin, Oranienstraße 50,
sollen die kolossalen Bestände aus dieser Konkursmasse, bestehend aus
Herren- u. Knaben-Garderoben
nachdem dieselben nunmehr übernommen **schleunigst** noch **vor Weihnachten** zu **Tarpreisen** geräumt werden.

Nie dagewesen!!

Burkin-Knabenanzüge		von	2	M. an
„ Herrenhosen		„	2	„ „
„ Herrenanzüge		„	10	„ „
Schwere Winterpaletots		„	9	„ „
Prima Hohenzollernmäntel	mit reinwoll. Futter	„	25	„ „
Elegante Schlafröcke		„	7	„ „
Ulster mit Pelerine		„	12	„ „
Lodenjoppen		„	6	„ „

Verkaufszeit 10—1, 3—9 Uhr. Sonntags 8—10, 12—2 Uhr.

Halb und Halb.
Mampe mit Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagner Flasche
Mark 1,25
Carl Mampe
Likörfabrik Berlin N. 28
Zu haben in allen Colonialwaarenhandlungen

Warnung an alle Hausfrauen

Berlins und Umgegend.

Seitens neidischer Konkurrenz wird in der letzten Zeit der Versuch gemacht, unser **Karol Weil's Seifenextrakt** als eine Nachahmung anderer Fabrikate hinzustellen, ja ein Konkurrent hat die Stirn, dreist von einer minderwerthigen zu sprechen. Wenn auch für jeden Kaufmann der Zweck solcher unwahren Behauptungen handgreiflich ist, so fühlen wir uns doch den werthen Hausfrauen gegenüber zu folgender Erklärung verpflichtet:

Karol Weil's Seifenextrakt

ist keine Nachahmung, sondern eine nach eigenem Verfahren hergestellte, trockene, gemahlene Seife, und sowohl eigenartig in seiner Qualität wie auch in der Verpackung. Während sogenannte Seifenpulver meistens **roth** gepackt sind und eine runde Form haben, ist **Karol Weil's Seifenextrakt** nur in grauen vierkantigen Packeten gepackt. Ebenso verschieden wie das Aeußere ist auch der Inhalt. Rothe Packete enthalten meist geringwerthiges Zeug und sind daher der Wäsche oft geradezu verderblich, während **Karol Weil's Seifenextrakt** von so hervorragend guter Qualität ist, daß es von keinem ähnlichen Fabrikat auch nur erreicht wird.

Diejenigen werthen Hausfrauen, welche unser

Karol Weil's Seifenextrakt

noch nicht gebraucht, oder die mit sogenannten Seifenpulvern trübe Erfahrungen gemacht haben, bitten wir unsere Waare vorurtheilsfrei zu versuchen, wenn auch nur zum Kochen der Wäsche. Wir sind fest überzeugt, daß sie es fortwährend benutzen werden, denn es giebt kein besseres, sparsameres und billigeres Waschmittel. Aber achtet beim Einkauf auf die Schutzmarke Waschfaß, mit der jedes Packet oben und unten verschlossen ist und weiset alles andere energisch zurück.

Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der **ausgesperrten Schuhmacher** in **Erfurt** werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen
Bellealliancestr. 98|99 und
Rosenthalerstr. 63|64
in **vorzüglichster Beschaffenheit** zu den **billigsten Preisen verkauft.** Wir bitten uns durch reichliche Einkäufe zu unterstützen. 1102L*
Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co.

Verantwortlicher Redakteur: J. Dierl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW., Beuthstraße 2.